

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Ernst-Otto Czempiel

Der Stand der
amerikanisch-sowjetischen Beziehungen

Hannes Adomeit

Sowjetisch-amerikanische Beziehungen
unter Gorbatschow

Daniel Frei

Sowjetische und amerikanische Feindbilder

Wilfried von Bredow/Rudolf H. Brocke

Ost-West-Konflikt, Krisenbewußtsein
und Protestbewegung in Westeuropa

B 5/86
1. Februar

Ernst-Otto Czempiel, Dr. phil., geb. 1927; Professor für Auswärtige und Internationale Politik an der Universität Frankfurt; Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt.

Veröffentlichungen u. a.: Amerikanische Außenpolitik. Gesellschaftliche Anforderungen und politische Entscheidungen, Stuttgart 1979; Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, Paderborn 1981; Amerikanische Außenpolitik im Wandel. Von der Entspannungspolitik Nixons zur Konfrontation unter Reagan (Hrsg.), Stuttgart 1982; (zusammen mit Carl-Christoph Schweitzer) Weltpolitik der USA. Einführung und Dokumente, Bonn 1984; Friedensstrategien. Internationale Organisation, Demokratisierung und Handel als Mittel des Systemwandels, Paderborn 1986.

Hannes Adomeit, M. A., Ph. D., geb. 1942; Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen bei München. Zur Zeit Senior Visiting Fellow am Rand/UCLA Center for the Study of Soviet International Behavior, Santa Monica (Cal.).

Veröffentlichungen u. a.: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten: Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren, Baden-Baden 1983; (zus. mit Robert Boardman) Foreign Policy-Making in Communist Countries, Farnborough 1979.

Daniel Frei, Dr. phil., geb. 1940; Professor für Politische Wissenschaft/Internationale Beziehungen an der Universität Zürich.

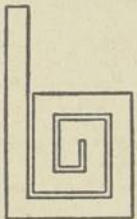
Veröffentlichungen u. a.: Der ungewollte Atomkrieg, München 1983; Internationale Zusammenarbeit, Königstein/Taunus 1982.

Wilfried Frhr. von Bredow, Dr. phil., geb. 1944; seit 1972 Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

Veröffentlichungen u. a.: Die Zukunft der Entspannung, Köln 1979; (zusammen mit Rudolf H. Brocke) Einführung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Stuttgart 1981; Moderner Militarismus. Analyse und Kritik, Stuttgart 1983; Deutschland — ein Provisorium, Berlin 1985.

Rudolf Horst Brocke, Dipl.-Politologe, geb. 1948; Wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit Wilfried von Bredow) Einführung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Stuttgart 1981; Deutschlandpolitische Positionen der Bundestagsparteien — Synopse (Erlanger Beiträge zur Deutschlandpolitik, Bd. 1), Erlangen 1985.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46040, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Ernst-Otto Czempiel

Der Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen

Im Jahr 1986 wird sich zeigen, ob im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wirklich eine Wende eingetreten ist, oder ob die Genfer Gipfelkonferenz vom November 1985 nur eine Fermate in der im übrigen unverändert anhaltenden Konfrontation darstellt. Auf dem 27. Parteitag der KPdSU, der Ende Februar stattfindet, wird die Sowjetunion unter ihrem Generalsekretär Gorbatschow, der dann gerade knapp ein Jahr lang amtiert, ihre Linie gegenüber den Vereinigten Staaten festlegen. Im November 1986 werden die Kongreß- und Gouverneurswahlen in den USA die innenpolitischen Weichen für die Ära nach Reagan stellen; dabei wird das Verhältnis zur Sowjetunion eine wichtige Rolle spielen. Schließlich wird das für den Juni geplante zweite Gipfeltreffen, wenn es denn zu diesem Termin — und überhaupt in diesem Jahr — zustande kommt, zeigen, ob sich die beiden Staaten etwas zu sagen haben, was über die Gespräche ihrer Rüstungskontrolldelegationen, die sich seit dem 16. Januar in Genf wieder treffen, hinausgeht. Zumindest würde ein zweites Gipfeltreffen die verstärkte Gesprächsbereitschaft signalisieren, würde Fehleinschätzungen vermindern und die beiderseitigen Bürokratien mit der Vorbereitung solcher Kooperation — anstatt der Konfrontation — beschäftigen. Aus all diesen Gründen hat der frühere amerikanische Präsident Richard Nixon seit langem jährliche Gipfelkonferenzen der Supermächte gefordert¹⁾.

Eine wichtige Entscheidung fiel schon am 31. Dezember 1985. Zu diesem Datum wäre — theoretisch — das niemals ratifizierte SALT-II-Abkommen ausgelaufen. Beide Seiten wollen seine Beschränkungen weiter einhalten. Zu seinen Gunsten hatten die Vereinigten Staaten bereits im August 1985 ein U-Boot der Poseidon-Klasse verschrottet, nachdem sie ein neues Boot der Trident-Klasse in Dienst gestellt hatten. Im Februar 1986 hat es also durchaus den Anschein, als würde sich das Verhältnis der beiden Supermächte weiter entspannen. Es bleibt bei ihrer Konfrontation ebenso wie bei dem Konflikt; die Formen des Austrags aber scheinen sich zu ändern und gewisse kooperative Elemente stärker zu berücksichtigen. Es wäre falsch, darin eine Rückkehr zu der Entspannungsperiode der siebziger Jahre zu sehen; genau so falsch wäre es indes, wollte man die Abkehr von Strategien, die die erste Reagan-Administration beherrschten, verkennen.

Eine neue Beziehung der beiden Supermächte zueinander scheint sich anzubahnen. Sie hat ihre Grundlage in der kompromißlosen Wahrung militärischer Stärke und deren ständiger Modernisierung. Darüber erhebt sich das Regime eines flexiblen Pragmatismus, der auch Kooperation zuläßt, und zwar dann, wenn sie in dem jeweiligen Interesse liegt. Gedacht wird dabei in erster Linie an die Regionalkonflikte in der Dritten Welt. Der Boykott Libyens durch die Vereinigten Staaten wird zeigen, ob es solche gegenseitigen Interessen gibt und wie weit sie reichen.

Antagonismus und Kooperation

Nun war das amerikanisch-sowjetische Verhältnis seit langem durch Antagonismus und Kooperation gekennzeichnet — gewiß von 1969 bis 1979, wahrscheinlich schon seit 1960 und vermutlich bereits schon seit 1955. Das Mischungsverhältnis variierte, wies aber stets beide Bestandteile auf. Auch die erste Reagan-Administration, die das Verhältnis zur Sowjetunion stark konfrontativ gestaltete, bewahrte mit dem Weizenhandel ein kooperatives Element.

Unterscheidet man zwischen deklaratorischer und operationaler Politik²⁾, so lassen sich auf der operationalen Ebene in der Periode von 1980 bis 1984 noch weit mehr kooperative Elemente entdecken. Das nukleare Monopol, über das beide Supermächte verfügen, zwingt sie in die faktische Gemeinsamkeit eines Duopols, dessen Verhaltenszwänge nur bei Strafe des gemeinsamen Untergangs außer acht gelassen werden dürfen. In dieser scheinbaren Plausibilität liegt das Kern-

¹⁾ Richard Nixon, Superpower Summitry, in: Foreign Affairs, 64 (1985) 1, S. 9.

²⁾ Dazu Coral Bell, From Carter to Reagan, in: Foreign Affairs, 63 (1985) 3, S. 400ff.

problem der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen verborgen.

Die Vereinigten Staaten sind vor die schwierige und schmerzliche Aufgabe gestellt, ihr Weltbild der Tatsache anpassen zu müssen, daß ihnen in der Sowjetunion ein Herausforderer entstanden ist, der laut und drängend nicht nur die Parität einfordert, sondern auch deren Anerkennung durch die Vereinigten Staaten. Dieser Prozeß durchzieht die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wie ein roter Faden, den Chruschtschow mit dem Berlin-Ultimatum von 1958 zu spinnen begonnen hatte. Schon die für 1960 geplante Pariser Gipfelkonferenz sollte dazu dienen, der Sowjetunion erstmals die amerikanische Anerkennung als einer zweiten Supermacht zu bringen. Was sich damals wegen des U-2-Zwischenfalls zerschlug, was in der Kuba-Krise von 1962 von den Vereinigten Staaten noch einmal machtvoll bestritten werden konnte, war um 1970 zum unbestrittenen, unbestreitbaren Fakt geworden: Die Sowjetunion hatte auf dem Gebiet der strategischen Nuklearwaffen mit den Vereinigten Staaten gleichgezogen, sie hatte die strategische Parität erreicht³).

Moskau gab sich damit nicht zufrieden. Sein eigentliches Ziel ist die politische Parität. Die Vereinigten Staaten sollen anerkennen, daß die Sowjetunion auch politisch gleichberechtigt ist, über dieselben Ansprüche auf Weltführung und Mitsprache verfügt, wie die Vereinigten Staaten. Die USA werden damit auf der ganzen Linie ihrer bisherigen Position durch die Sowjetunion herausgefordert. Sie sind — anders als die Westeuropäer, die als Mittelmächte in der Sowjetunion immer schon eine Großmacht zu sehen hatten — vor die Frage gestellt, wie sie mit einem Herausforderer umgehen sollen, der seine bis zur Mitte der sechziger Jahre gegebene eindeutige Inferiorität hinter sich gelassen, die strategische Pa-

rität erreicht hat und die politische Parität einfordert.

Die USA sehen sich damit einer geradezu klassischen Machtkonkurrenz ausgesetzt, die in vor-nuklearer Zeit und vor allem in Europa einen klassischen Kriegsgrund dargestellt hätte⁴). Sie stellt die Vereinigten Staaten, deren Tradition und außenpolitisches Selbstverständnis von dieser europäischen Tradition abweichen, vor die Frage, wie sie mit dieser Herausforderung umgehen sollen. Dabei betrifft diese Herausforderung nicht nur die militärische Dimension, wo sich die Vereinigten Staaten — wie sie es in den siebziger Jahren de facto taten — mit einem Verlust ihrer Vormachtstellung abfinden könnten. Die Herausforderung betrifft vor allem die politische Position der USA als der Führungsmacht des Freien Westens und seiner Legitimität. Von diesem Selbstverständnis sind kaum Abstriche möglich, und schon gar nicht gegenüber der Sowjetunion, die sich als Wahrer einer eigenen, antiwestlichen Legitimität versteht.

Unter diesem Aspekt war es für den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow ein großer Erfolg, daß er sich nach einem halben Jahr Amtszeit mit dem amerikanischen Präsidenten an den Genfer Tisch setzen und durch die langen Gespräche unter vier Augen zusätzlich die Anerkennung durch Ronald Reagan dokumentieren konnte. Daß darin ein Etappensieg der sowjetischen Seite lag, zeigt sich erst dann, wenn man die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auf solche „invisibles“ absucht. Sie erst geben den Ereignissen Sinn, enthüllen ihre Bedeutung. Die Sowjetunion wird manche Konzession machen, wenn sie sich dafür die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung durch die Vereinigten Staaten einhandeln kann. Auf einem anderen Blatt steht, ob sie sich damit zufriedengeben oder nicht fortschreiten wird über diese Parität hinweg hin zu einer sowjetischen Position von Superiorität.

Effizienz und Kontrolle

Dieser Machtkonflikt im Hintergrund erklärt die große Schwankungsbreite der amerikanischen Sowjetunionpolitik seit dem Amtsantritt der Regierung Nixon. Wechselnde Regierungen und die sie tragenden wechselnden Koalitionen haben versucht, auf diese Herausforderung der Sowjetunion befriedigende Antworten zu geben.

³) Dazu John M. Collins, U.S.-Soviet Military Balance. Concepts and Capabilities 1960—1980, New York 1980.

Man wird, will man das Wandlungstempo der amerikanischen Sowjetunionpolitik erklären, noch andere Faktoren heranziehen müssen. Unter ihnen spielt die außerordentliche Fragmentierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses eine besonders große Rolle⁵). Diese Fragmen-

⁴) Werner Link, Der Ost-West-Konflikt, Stuttgart 1980, S. 20.

⁵) I. M. Destler et. al, Our Own Worst Enemy, New York 1984.

tierung erlaubt nicht nur, sie institutionalisiert den Einflüßwettbewerb zwischen dem Weißen Haus, dem Außen- und dem Verteidigungsministerium. Die Reagan-Administration macht davon keine Ausnahme, wie die Kontroverse zwischen Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger⁶⁾ sowie der hohe Verbrauch an Nationalen Sicherheitsberatern zeigt⁷⁾.

Der Zersplitterung der Exekutive entspricht auf der Seite der Gesellschaft eine Vielzahl unterschiedlicher außenpolitischer Grundanschauungen. In der Regel werden zwei große Gruppierungen unterschieden⁸⁾, durchaus aber auch vier⁹⁾. Die Einstellung gegenüber der Sowjetunion läßt sich, so Robert J. Pranger, in sechs Gruppen unterteilen¹⁰⁾. Die umfassende und langfristige Analyse der außenpolitischen Einstellungen der amerikanischen Elite durch James N. Rosenau und Ole R. Holsti ergab zumindest drei große unterscheidbare außenpolitische Grundeinstellungen¹¹⁾. Berücksichtigt man ferner, daß, da in den Vereinigten Staaten konsensbildende und konsensstabilisierende Parteien im europäischen Sinne fehlen, jede Administration auf einer eigens hergestellten Koalition politischer und gesellschaftlicher Kräfte beruht, so wird das Tempo des Wandels, der sich im übrigen nur zum Teil aus unterschiedlichen außenpolitischen Optionen herleitet, durchaus verständlich. Das amerikanische Herrschaftssystem ist

nicht auf Effizienz, sondern auf Kontrolle gerichtet; es will „den Staat“ nicht stärken, sondern schwächen, um auf diese Weise auch die Entwicklung einer Machtpolitik im europäischen Stil zu verhindern. Wenn eine solche Machtpolitik sich dennoch zeigte, etwa in Gestalt der „imperialen Präsidentschaft“ Nixons¹²⁾, wurde sie wieder kooptiert. Das „Kriegsvollmachtengesetz“ von 1973 war gewiß nicht perfekt, aber durchaus wirksam¹³⁾.

Die Vereinigten Staaten konnten sich dieses Herrschaftssystem solange leisten, solange sie entweder durch eine isolationistische Politik oder durch eine überragende Machtposition außenpolitisch nicht unter Druck gerieten. Seit dem Ende der fünfziger Jahre aber begann die Sowjetunion exakt diesen Druck auszuüben. Die USA sehen sich damit vor eine doppelte Frage gestellt: Wie sollen sie ihr außenpolitisches Verhältnis zur Sowjetunion einrichten? Und zweitens: Verlangt der globale Konflikt mit der Sowjetunion nicht auch, die Effizienz des Herrschaftssystems stärker zu betonen als die Kontrolle? Auch dieses Problem wurde von Richard Nixon bereits vorgeführt, und zwar im Watergate-Skandal. Es hat in der einen oder anderen Form auch die nachfolgenden Administrationen belastet, bis hin zu dem Versuch Reagans, Ende 1985 alle höheren Beamten seiner Administration einem Lügendetektor zu unterwerfen.

Dieses ordnungspolitische Dilemma der Vereinigten Staaten, angesichts der Bedrohung durch die Sowjetunion zwischen der Erhöhung sicherheitspolitischer Effizienz einerseits und der Beibehaltung, eventuell sogar noch Intensivierung demokratischer Kontrolle andererseits unterscheiden zu müssen, wird hier nicht weiter behandelt. Man muß es aber im Auge behalten, weil es politikwissenschaftlich von großer Bedeutung ist. Sollte sich unter dem Druck des außenpolitischen Gegensatzes zur Sowjetunion das amerikanische Herrschaftssystem, die amerikanische Demokratie ändern, so würden die Folgen sich mittelfristig auch in der Außenpolitik niederschlagen.

⁶⁾ Philip Taubmann, Shultz-Weinberger Feud: A Source of Key U.S. Policy Stalemates, in: International Herald Tribune (fortan zit. IHT) vom 24. April 1985, S. 8.

⁷⁾ Der Rücktritt McFarlanes wurde im Frühjahr 1985 durch die Umorganisation des Weißen Hauses, die Regan zum Stabschef machte, vorbereitet. IHT vom 13./14. April 1985.

⁸⁾ Thomas L. Hughes, The Crack-Up: The Price of Collective Irresponsibility, in: Foreign Policy, (Herbst 1980) 40, S. 33 ff. Ferner William W. Whitson, Overview, in: The U.S. Role in a Changing World Political Economy: Major Issues for the 96th Congress, Joint Committee Print, Washington 1979, S. 129 f.

⁹⁾ Richard A. Falk, Beyond Internationalism, in: Foreign Policy, (Herbst 1976) 24, S. 65 ff.

¹⁰⁾ Robert J. Pranger, Six U.S. Perspectives on Soviet Foreign Policy Intentions, in: AEJ Foreign Policy and Defense Review, 5 (1979) 1, S. 2 ff.

¹¹⁾ James N. Rosenau/Ole R. Holsti, U.S. Leadership in a Shrinking World: The Breakdown of Consensus and the Emergence of Conflicting Belief Systems, in: World Politics, XXXV (April 1983) 3, S. 368 ff.

¹²⁾ Der Begriff nach Arthur M. Schlesinger Jr., The Imperial Presidency, New York 1973.

¹³⁾ Jacob K. Javits, War Powers Reconsidered, in: Foreign Affairs, 64 (1985) 2, S. 130 ff.

Rüstungskontrolle und Pragmatismus

Die erste amerikanische Administration, die sich mit der sowjetischen Forderung nach Parität auseinandersetzen hatte, war die von Richard Nixon und Henry Kissinger. Bis zum Ausgang der sechziger Jahre konnten die Vereinigten Staaten unbestritten als Weltmacht Nummer Eins gelten. Sie hatten sich seit 1964 zunehmend in den Konflikt in Vietnam verstrickt, dem bis zu seiner Beendigung ihre ganze Aufmerksamkeit galt. Als dieses Trauma langsam wich, stellte Washington fest, daß die Sowjetunion aufgrund ihrer Demütigung in der Kuba-Krise einen Aufrüstungsprozeß eingeleitet hatte, der ihr zu Beginn der siebziger Jahre die nukleare Parität verschaffte und sie perspektivisch auch zu einer maritimen Großmacht werden zu lassen versprach¹⁴). Schon bei dem ersten Treffen zwischen Präsident Nixon und dem sowjetischen Botschafter Dobrynin am 17. Februar 1969 drängte die Sowjetunion auf die Einberufung einer Gipfelkonferenz und die Einleitung eines Rüstungskontrollprozesses, mit dem sich Moskau die amerikanische Anerkennung seiner Parität zu verschaffen suchte¹⁵).

Die Rüstungskontrolle bildete das Eingangstor zur Periode der Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Sie darf jedoch nicht mit einer Appeasement-Politik verwechselt werden. Kissinger und Nixon ließen sich auf die nukleare Parität mit der Sowjetunion ein, weil sie die sowjetische Aufrüstung nicht verhindern konnten. Mit Hilfe der Rüstungskontrolle ließ jene sich aber beschränken. Diese Rationalität steht hinter dem SALT-Prozeß, und zwar bis heute. Er liegt, ungeachtet der Rhetorik, im beiderseitigen Interesse. Kissinger versprach sich darüber hinaus eine disziplinierende Wirkung des nuklearen Potentials auf die Außenpolitik der Sowjetunion.

War die Administration Nixon also bereit gewesen, die strategische Parität der Sowjetunion zu akzeptieren und zur Grundlage eines Verständigungsprozesses über die Rüstungskontrolle zu machen, so war sie weit davon entfernt, der Sowjetunion auch die politische Parität zuzugestehen. Im Gegenteil: Kissinger verfolgte mit seiner Linkage-Politik eine Strategie der Selbsteindämmung der Sowjetunion¹⁶). Er versuchte mit einer

Vielzahl von Kooperationsabkommen, die Sowjetunion in ein Beziehungsnetz einzubinden, dessen Vorteile sie für den Verzicht auf außenpolitische Expansion entschädigen sollten. Auch dies war eine Art der Großmachtpolitik. Dem Gegner wurde Wohlverhalten nahegelegt. Solches wurde ihm durch Belohnungen vor allem im wirtschaftlichen Bereich schmackhaft gemacht und gleichzeitig durch die Androhung der Rücknahme und der Rückwendung zu totaler Konfrontation aufgezwungen. Es war Weltmachtpolitik: „on the cheap“¹⁷).

Es kann hier offen bleiben, ob eine derartige Politik je hätte funktionieren können, ob die Sowjetunion die Kontrolle strategischer Rüstungen und die darin liegende Anerkennung der Parität durch die Vereinigten Staaten so hoch veranschlagt haben würde, daß sie auf Dauer den Status quo bewahrt, auf jegliche Expansion ihres politischen Einflusses verzichtet hätte. Im sowjetischen Begriff der friedlichen Koexistenz ist dieser Verzicht zweifellos nicht angelegt. Auch die — maßgeblich auf sowjetische Entwürfe zurückgehende — „Grundsatzklärung über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen“ von 1972¹⁸) enthält diesen Verzicht nicht, jedenfalls nicht in sowjetischer Sicht¹⁹). Vielmehr sieht Moskau darin amerikanische Anerkennung, daß „Gleichheit die Grundlage der Sicherheitsinteressen beider Mächte“ darstellt²⁰). In Angola 1974 und im Horn von Afrika 1978 hat sich die Sowjetunion entsprechend verhalten. Mit einem gewissen Recht hat der Sicherheitsberater von Präsident Carter, Brzezinski, später festgestellt, daß die Entspannung im „Sand von Ogaden“ begraben liegt²¹).

Wahrscheinlich wurde sie schon früher begraben, und zwar durch ihre Gegner in den Vereinigten Staaten. Wie sie sich in den SALT-Verträgen, den zahlreichen Kooperationsabkommen und den jährlichen Gipfeltreffen niederschlug, hatte die Entspannungspolitik zweifellos das Klima zwischen den beiden Supermächten verändert. Zur Konfrontation war ein erhebliches Moment von

¹⁷) David P. Calleo, *The Imperious Economy*, Cambridge (Mass.) 1982, S. 119.

¹⁸) Die Erklärung ist abgedruckt in: *Europa-Archiv* 27 (1972) 12, S. D 289—291. Sie ist auch zugänglich in Ernst-Otto Czempel / Carl-Christoph Schweitzer (Hrsg.), *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 210, Bonn 1984, S. 327—329.

¹⁹) Raymond L. Garthoff (Anm. 15), S. 297.

²⁰) Ebd.

²¹) Zbigniew Brzezinski, *Power and Principle. Memoirs of the National Security Adviser 1977—1981*, New York 1983, S. 189.

¹⁴) Collins (Anm. 3), S. 115 ff., 178 ff., 242 ff.

¹⁵) Raymond L. Garthoff, *Détente and Confrontation. American-Soviet Relations from Nixon to Reagan*, Washington (Brookings) 1985, S. 69 ff., 195. Die umfassende Studie von Garthoff ist von grundlegendem Wert für die Entwicklung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses.

¹⁶) Dazu Gebhard Schweigler, *Von Kissinger zu Carter*, München 1982; und Christian Hacke, *Die Ära Nixon-Kissinger. 1969—1974*, Stuttgart 1983.

Kooperation getreten, das die weltpolitische Position der Sowjetunion verbesserte. Wenn die Sowjetunion ihre Zusammenarbeit weltweit anbot, konnte sie ihren Einfluß überall dort geltend machen, wo bisher der des Westens ausschließlich geherrscht hatte.

Die neuralgische Region, in der die Sowjetunion diese Strategie paradigmatisch vorführte, war der Nahe Osten. Wenn es auch dem diplomatischen Geschick Henry Kissingers gelang, die Sowjets aus der Regelung des Yom-Kippur-Krieges herauszuhalten und ihre Kondominium-Pläne zunichte werden zu lassen, so rief die schiere Perspektive einer solchen maßgeblichen Beteiligung der Sowjetunion an der politischen Regelung im Nahen Osten diejenigen Kräfte in den Vereinigten Staaten auf den Plan, die eine solche Konsequenz der Entspannungspolitik für gefährlich und schädlich hielten.

Die Entspannungspolitik als Antwort der Nixon-Kissinger-Administration auf die sowjetische

Herausforderung scheiterte damit nicht nur an dem politischen Expansionismus Moskaus; sie scheiterte auch an der Kritik einer inneramerikanischen Koalition, der die Folgen dieser Entspannungspolitik zu weit gingen. Konservative, Liberale und Parteigänger Israels trafen sich mit den Mitgliedern der Führungselite des Kalten Krieges, um die Entspannungspolitik mit den daraus fließenden Folgen für Israel und die amerikanische Weltpolitik zu Fall zu bringen.

Um die Mitte der siebziger Jahre wurde im Zusammenhang mit dem Jackson-Vanik-Amendment die Koalition aktiv, die auf die Herausforderung nicht mit Rüstungskontrolle und Entspannung, sondern mit Aufrüstung und Konfrontation antworten wollte²²). Sie trug maßgeblich dazu bei, daß die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages hinausgezögert wurde; mit dem Amtsantritt der Reagan-Administration kam sie an die Schalthebel der amerikanischen Außenpolitik.

Rüstungskontrolle und ideologische Offensive

Zuvor hatte in den Jahren 1976 bis 1980 der demokratische Präsident Jimmy Carter eine alternative Strategie gegenüber der Sowjetunion eingeschlagen. Während Gerald Ford in seinem kurzen Interludium von 1974 bis 1976 zusammen mit seinem Außenminister Kissinger im wesentlichen die Politik von Rüstungskontrolle und Entspannung fortzusetzen versuchte, also der Sowjetunion militärische Parität ausdrücklich zugestand und ihren Anspruch auf die politische Parität zumindest hinnahm, bestritt ihr Carter diese politische Parität ausdrücklich. Er ging, zusammen mit seinem Außenminister Cyrus Vance, davon aus, daß die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein würden, der Sowjetunion die militärische Parität zu nehmen. Bei dem in der Sowjetunion herrschenden Grad von Repression war Moskau in der Lage, jeden von ihm für erforderlich gehaltenen Rüstungsaufwand zu treiben, ohne besondere Rücksicht auf die möglicherweise kollidierenden Konsuminteressen der Sowjetgesellschaft nehmen zu müssen. Wer eine weitere sowjetische Aufrüstung verhindern und den Rüstungswettlauf abbremsen wollte, konnte dies nur mit der Sowjetunion, nicht gegen sie, unternehmen.

Konsequent hat die Carter-Administration die Arbeiten an der Kontrolle der strategischen Rüstung vorangetrieben. Während ihr erster Vorschlag vom März 1977, der maßgeblich von Senator Jackson inspiriert worden war, wegen sei-

ner Einseitigkeit und seiner Abweichung von dem bisherigen Ansatz kaum Erfolgsaussichten besaß, konnte die Carter-Administration nach Überwindung zahlreicher Widerstände im Sommer 1979 den SALT-II-Vertrag vorlegen. Wenn er auch das Nuklearpotential beider Seiten nicht nennenswert kürzte, so verhinderte er doch dessen weitere Erhöhung und schloß mit seinen zahlreichen Präzisierungen so manches Schlupfloch²³). Die Qualität dieses Vertragswerks läßt sich daran erkennen, daß es — wie erwähnt —, obwohl es in den Vereinigten Staaten niemals ratifiziert und von der Reagan-Koalition in ihrem Wahlkampf heftig attackiert worden war, bis heute de facto beachtet wird.

Im Gegensatz zu Nixon und Kissinger war Präsident Carter indes nicht bereit, der Sowjetunion die politische Parität zugestehen, und zwar nicht einmal de facto, durch schweigende Hinnahme. Präsident Carter begann seine Amtszeit mit einer vehementen Kampagne für die Menschenrechte, die zwar nicht exklusiv, aber doch in erster Linie auf den Kommunismus der Sowjetunion gerichtet war. Carter „hoffte und

²²) Dazu grundlegend Paula Stern, *Water's Edge. Domestic Politics and the Making of American Foreign Policy*, Westport (Conn.) 1979, und neuerdings Raymond L. Garthoff (Anm. 15), S. 406.

²³) Dazu Heinz-Jürgen Beuter, *Von SALT zu START. Ein System antagonistischer Rüstungssteuerung*, Baden-Baden 1982.

glaubte, daß die Ausbreitung der Menschenrechte in der ganzen Welt die Welle der Zukunft sein würde und ... (er) wollte, daß die Vereinigten Staaten an der Spitze dieser Bewegung“ sein sollten²⁴). Dabei war ihm klar, daß „die Förderung der Menschenrechte querliegen würde zu unseren Beziehungen mit der Sowjetunion und anderen totalitären Regierungen ... selbst zu einigen unserer alten westlichen Alliierten“²⁵).

Damit bestritt Carter die politische Legitimität der Sowjetunion, bestritt er die politische Gleichberechtigung Moskaus. Er prangerte den Totalitarismus und die Repression an, die das bolschewistische System der Sowjetunion kennzeichnen, und setzte ihnen den überlegenen Anspruch der Freiheit und der Demokratie entgegen, die die Regierungssysteme des Westens charakterisieren. Als dessen Repräsentant hatten sich die Vereinigten Staaten seit 1945 stets verstanden. Jimmy Carter erkannte sehr richtig, daß in dem Antagonismus zwischen Kommunismus und Liberalismus die eigentliche Wurzel des Ost-West-Konfliktes lag und zielte mit seiner Kampagne für die Menschenrechte darauf ab, hier wieder initiativ zu werden.

Carter also antwortete auf die sowjetische Herausforderung mit einer Mischung aus rüstungskontrollpolitischer Kooperation und ideologischer Offensive. Er akzeptierte die militärische Parität der Sowjetunion und offerierte Zusammenarbeit, um den Rüstungswettlauf einzudämmen. Er bestritt ihr aber ausdrücklich die politische Parität und reklamierte statt dessen die überlegene Legitimität des Systems der westlichen Demokratie. Außenminister Vance versuchte, diese Überlegenheit in eine politische Strategie der USA in der Dritten Welt umzusetzen. Wenn er sich auch weigerte, hinter jedem afrikanischen Busch einen Kommunisten zu erblicken, so bemühte er sich doch, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme in der Dritten Welt lösen zu helfen. Sehr richtig sah er darin die beste Möglichkeit, die Erweiterung des sowjetischen Einflusses in der Dritten Welt zu unterbinden. Für ihn bestand „der beste Weg, die sowjetische und kubanische Ausnutzung der Rassenkonflikte im südlichen Afrika zu verhindern“, darin, daß sich „die Vereinigten Staaten mit dem Prinzip der Herrschaft der Mehrheit identifizierten“²⁶). Ebenso sollten die Auslandshilfe und die Außenwirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten dazu beitragen, daß wenigstens

die größten Nöte in der Dritten Welt gelindert werden würden.

Präsident Carter hatte kaum Zeit, die Tragfähigkeit dieses Ansatzes auszuprobieren. Unmittelbar im Weißen Haus stand der Sicherheitsberater Brzezinski bereit, den Carterschen Ansatz zu verlassen und zu irgendwelcher Art von Konfrontationspolitik zurückzukehren. 1978, im Zusammenhang mit der sowjetischen Luftbrücke für kubanische Soldaten nach Äthiopien, gelang es Brzezinski, das Ruder der amerikanischen Außenpolitik den Händen von Vance zu entwenden und in die eigenen zu nehmen. Brzezinski reflektierte damit den Stimmungswandel, der sich im Innern der Vereinigten Staaten bereits vollzogen hatte. Die Reagan-Koalition mit dem ‚Committee on the Present Danger‘²⁷) hatte 1975 die Nominierung Reagans zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten knapp verfehlt; sie war aber sehr erfolgreich darin gewesen, ihr außenpolitisches Konzept bis in die politische Mitte der Vereinigten Staaten hinein zu verbreiten. Dieses Konzept verwarf jegliches Element von Kooperation und Entspannung mit der Sowjetunion, die als ausschließliche Nutznießerin der bisherigen amerikanischen Politik hingestellt wurde. Die Koalition sah in der Entspannungspolitik nichts weiter als einen groß angelegten Täuschungsversuch der Sowjetunion, mit dem sie die Vereinigten Staaten in Sicherheit wiegen und ihre eigene Aufrüstung vorantreiben wollte. Mit dieser Interpretation wollte sie den alten Konsens aus der Zeit des Kalten Krieges wieder beleben, der die Sowjetunion als einen Gegner angesehen hatte, dem gegenüber allein Mißtrauen, Wachsamkeit, Aufrüstung und Machtpolitik angemessen sein konnten²⁸).

Die Reagan-Koalition verfolgte mit dieser Kampagne nicht nur außenpolitische Ziele. Im Gegenteil: Das „Buschfeuer“, das Ronald Reagan als Kandidat seit Mitte der sechziger Jahre in den Vereinigten Staaten zu entzünden hoffte²⁹), sollte die Sozialpolitik der ‚großen Gesellschaft‘ verbrennen und die traditionelle innenpolitische Wertordnung der amerikanischen Gesellschaft wiederherstellen. Die außenpolitische Komponente wurde diesem Konzept mehr durch das ‚Committee on the Present Danger‘ zugeführt, das in der Koalition von Alter und Neuer Rechten die Außenpolitik des extremen Konservati-

²⁴) Jimmy Carter, *Keeping Faith. Memoirs of a President*, New York 1982, S. 144.

²⁵) Ebd.

²⁶) Cyrus Vance, *Hard Choices. Critical Years in America's Foreign Policy*, New York 1983, S. 257.

²⁷) Jerry W. Sanders, *Peddlers of the Crisis: the Committee on the Present Danger and the Politics of Containment*, Boston 1983.

²⁸) Zu den Einzelheiten vgl. Phil Williams, *Détente and US Domestic Politics*, in: *International Affairs*, 61 (Sommer 1985) 3, S. 431 ff., 443 ff.

²⁹) Dazu David S. Broder, *Changing of the Guard. Power and Leadership in America*, New York 1980.

vismus der Republikanischen Partei zu definieren übernommen hatte.

Diese Interpretation der sowjetischen Außenpolitik schien nachhaltig bestätigt zu werden, als die Sowjetunion im Dezember 1979 militärisch in Afghanistan zu intervenieren begann. Hatte Moskau damit nicht selbst bewiesen, daß es die Entspannungspolitik der Carter-Administration sogar zu Zwecken der militärischen Expansion mißbrauchte? Jimmy Carter selbst gab die Antwort, indem er die Invasion als „eine klare Be-

drohung des Friedens“ und eine „fundamentale und anhaltende Wendemarke“ in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen bezeichnete³⁰⁾. Mit der Anordnung wirtschaftlicher Sanktionen, in deren Kern das Weizenembargo stand, wies Carter Zwangsmaßnahmen als das geeignete Mittel aus, mit dem allein sich sowjetisches Verhalten erfolgreich beeinflussen ließ. Mit Recht konnte sein Sicherheitsberater Brzezinski später sagen, daß die Reagan-Administration nur fortsetzte, was die Carter-Administration ihrerseits bereits begonnen hatte.

Konfrontation und Isolierung

Die Jahre von 1980 bis 1983 stellen eine Baisse in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen dar. Sie wurde noch von Präsident Carter eingeleitet, der sich damit von seiner ursprünglichen Sowjetunionpolitik weit entfernt hatte. Beendet wurde sie von der Reagan-Administration, die sich damit ebenfalls von ihren Ursprungspositionen distanzierte.

Reagans Ausgangsposition war ganz eindeutig gewesen: Konfrontation und Isolierung der Sowjetunion erschienen in dieser Zeit als die angemessene Strategie gegenüber einem Gegner, der offensichtlich nichts anderes beabsichtigte, als die Vereinigten Staaten militärisch zu überholen und weltpolitisch zu unterlaufen. Den dahinter liegenden Anspruch der Sowjetunion auf militärische und politische Parität mit den Vereinigten Staaten bestritt Präsident Reagan rundweg. Er verwandelte das gemäßigte Aufrüstungsprogramm, das Carter 1978 eingeleitet hatte, in einen riesigen Rüstungsschub, dem allein in den ersten fünf Jahren 1,5 Billionen Dollar gewidmet werden sollten. Von vornherein verneinte Reagan eine politische Parität der Sowjetunion. In seiner Rede in Westpoint vom 27. Mai 1981 bezeichnete er diese als eine „böse Macht“ und nahm damit den Begriff „Reich des Bösen“, mit dem er Moskau in einer Rede vom 8. März 1983 in Orlando belegte, schon vorweg³¹⁾.

Zumindest in den ersten Jahren versuchte also die Reagan-Administration, ihre Sowjetunionpolitik deutlich von der ihrer Vorgänger abzugrenzen und Moskau weder die eine noch die andere Parität zuzugestehen. Dabei muß offen bleiben, ob die Sowjetunion wirklich die gleiche strategische Kapazität besaß wie die Vereinigten

Staaten, ganz zu schweigen von der Überlegenheit, die ihr von Reagan bescheinigt wurde. Im amerikanischen Generalstab war man jedenfalls noch Ende 1982 der Auffassung, daß im Bereich der strategischen Nuklearwaffen höchstens eine „essential equivalence“ und auf allen anderen Gebieten nach wie vor eine Überlegenheit der Vereinigten Staaten herrsche³²⁾.

Ebenso muß offenbleiben, ob die Reagan-Administration jemals versucht hat, die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten zu restaurieren. Lediglich im maritimen Bereich erklärte sie öffentlich, sie sei „entschlossen, die maritime Überlegenheit über die Sowjets wiederherzustellen und beizubehalten“³³⁾. Eindeutig ist, daß die Reagan-Administration Verteidigung und Sicherheit in erster Linie durch die eigene militärische Macht und erst danach, sozusagen zusätzlich, durch Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion sicherstellen wollte. Außenminister Shultz sagte noch am 15. Juni 1983, daß die Weltpolitik der Vereinigten Staaten darauf beruhe, die Sowjetunion durch militärische Macht abzuschrecken, anstatt sie in ein Netz der Interdependenz einzubinden³⁴⁾. Die Strategie verließ sich ausschließlich auf den Zwang, sie schloß die Kooperation weitgehend aus.

Konsequent wurden in den ersten drei Jahren der Reagan-Administration fast alle institutionalisierten Kontakte, die während der Entspannungsperiode zwischen den USA und der UdSSR

³⁰⁾ Jimmy Carter (Anm. 24), S. 472.

³¹⁾ Abgedruckt in: Wireless Bulletin (künftig zit. WB) 100 vom 29. Mai 1981, S. 11.

³²⁾ United States Congress 97/2, Committee on Armed Services, Senate: Structure and Operating Procedures of the Joint Chiefs of Staff, Hearing, 16. Dezember 1982, Washington 1983, Statement Admiral Holloway, S. 5.

³³⁾ Caspar W. Weinberger, Annual Report to the Congress on FY 1983 Budget, 8. Februar 1982, Washington 1982, S. II—12.

³⁴⁾ WB 108 vom 2. Juni 1983.

ingerichtet worden waren, unterbrochen. Davon war auch die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit betroffen. Das amerikanisch-sowjetische Verhältnis ähnelte dem zu Zeiten des Kalten Krieges. George Kennan sah es sogar in einem „furchterregenden und gefährlichen Zustand“, „auf dem Weg zum Krieg“³⁵). Nachdem im November 1983 die ersten Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik stationiert worden waren, verließ die Sowjetunion die erst knapp ein Jahr zuvor begonnenen Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Genf, wenige Tage später auch die über die strategischen Systeme.

Der Jahreswechsel 1983/1984 bezeichnet dann aber nicht nur den Tiefpunkt der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, er bezeichnet auch den Zeitpunkt der Wende. In einer Grundsatzrede vom 16. Januar 1984³⁶) und wenige Tage später auch in seiner State of the Union-Botschaft vom 24. Januar warb der amerikanische Präsident für verbesserte amerikanisch-sowjetische Beziehungen. Sie sollten dazu dienen, das Element der Gewalt bei der Konfliktlösung zu vermindern, die Rüstung beider Seiten zu reduzieren und ein besseres Verständnis der Position der jeweiligen anderen Seite zu ermöglichen.

Vollzog sich diese Wende zunächst nur auf der Ebene der deklaratorischen Politik, so wurde sie gerade hier besonders deutlich. Im operationalen Bereich hatte sich die Reagan-Administration immer zurückhaltender und pragmatischer gezeigt, als es die starken und kritischen Worte vermuten ließen. Andererseits wurde zunächst nur die Rhetorik korrigiert; an der Aufrüstung und der Zurückhaltung gegenüber der Rüstungskontrolle änderte sich wenig. Allerdings vermehrten sich die Kontakte, wurde das Schweigen zunehmend durch Gespräche ersetzt. Am 28. September 1984 empfing Präsident Reagan zum ersten Mal den sowjetischen Außenminister Gromyko.

Diese Wende — wenn man sie denn so bezeichnet — hatte vermutlich drei Gründe. Präsident Reagan hatte stets erklärt, daß er nach erfolgter Wiederaufrüstung der Vereinigten Staaten das Gespräch mit der Sowjetunion erneut aufnehmen wollte; diesen Zeitpunkt hielt er offensichtlich jetzt für gekommen. Sodann dürften die Präsi-

dentschaftswahlen vom November 1984 ihre Schatten vorausgeworfen haben. Die öffentliche Meinung war längst nicht mehr, wie noch 1981, an Konfrontation und Aufrüstung interessiert. Damals hatten drei von vier Amerikanern Reagans harte Linie gegenüber der Sowjetunion unterstützt³⁷). Drei Jahre später fand diese Politik nur noch bei 24 bzw. 17 % der Bevölkerung Zustimmung³⁸).

Es gab aber auch handfestere Gründe für eine Kurskorrektur. Die Kritik der westeuropäischen Alliierten an der harten Linie Washingtons wuchs, zumal sie deren Folgen im Sommer 1983 durch den von Reagan verhängten Boykott des Baus der sowjetischen Erdgasröhrenleitung am eigenen Leibe deutlich verspürt hatten. Sodann wuchs der Unmut im Kongreß über die ausbleibenden Rüstungskontrollgespräche; am 4. Mai 1983 hatte das Repräsentantenhaus sozusagen auf eigene Faust eine Resolution verabschiedet, die die Nuklearwaffen beider Seiten auf der damaligen Höhe einzufrieren verlangte³⁹).

Und schließlich hatte sich gezeigt, daß die Sowjetunion auf den durch verstärkte amerikanische Rüstung erzeugten Druck nicht im gewünschten Sinne reagiert, sondern ihre Position in vielen Bereichen verhärtet hatte⁴⁰). Gradmesser dafür war die Entwicklung der Emigration von Juden aus der Sowjetunion, die zehn Jahre zuvor den Anlaß für die Abkehr der Vereinigten Staaten von der Entspannungspolitik gegeben hatte. War 1973 noch 34 733 Juden die Auswanderungserlaubnis erteilt worden, so konnten 1983 nur noch 1 314, 1984 nur noch 896 Juden das Land verlassen⁴¹). Schließlich wies der Abschub eines koreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Jäger am 1. September 1983 erneut darauf hin, daß die größte Gefahr einer direkten amerikanisch-sowjetischen Verwicklung durch Vorgänge in der Dritten Welt ausgelöst werden konnte.

³⁸) IHT vom 22. Mai 1985.

³⁹) Einzelheiten in: U.S. Congress Committee on Foreign Affairs, House: Congress and Foreign Policy 1983, Washington 1984, S. 91 f.

Dazu Bernd W. Kubbig, (im Erscheinen).

⁴⁰) Siehe die Kritik von W. Averell Harriman, Clark M. Clifford und Marshall D. Shulman, in: IHT vom 3. September 1984, S. 4.

⁴¹) Zahlen nach New York Times vom 13. November 1985.

³⁵) IHT vom 25. Mai 1983, S. 1.

³⁶) WB 10 vom 16. Januar 1984, S. 2 ff.

³⁷) Umfrage der Washington Post/ABC, abgedruckt in: Washington Post vom 21. Oktober 1981, S. A 2.

Realismus, Stärke und Verhandlungen

Wie immer diese Gründe im einzelnen zu verteilten und zu gewichten sind, sie bilden einen Hintergrund, auf dem sich die von Außenminister Shultz in seiner Rede vom 28. Oktober 1984 in Los Angeles entwickelte neue Politik gegenüber der Sowjetunion sehr gut verstehen läßt. Allerdings muß zu diesem Hintergrund auch gerechnet werden, daß sich das sowjetische Verhalten den USA gegenüber im Sommer 1984 drastisch wandelte. Hatten die Sowjets Präsident Reagan in der ersten Hälfte des Jahres 1984 noch als Militaristen und Kriegstreiber hingestellt und gehofft, damit, wie auch durch ihren Abzug von den Genfer Rüstungskontrollgesprächen, auf den anlaufenden amerikanischen Wahlkampf einwirken zu können, so legten sie seit Juni 1984 ein konzilianteres Verhalten an den Tag. Sie richteten sich auf eine zweite Reagan-Administration ein, schlossen im Juli 1984 ein Abkommen über die Verbesserung des Heißen Drahts mit Washington ab und brachten Gespräche über den Kulturaustausch, über neue Konsulate, über die Fischfangrechte der Sowjetunion und über einen Grenzdisput in der Bering-See in Gang ⁴²⁾.

Das amerikanische Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen traf also auf eine sowjetische Bereitschaft. Diese Übereinstimmung setzte Außenminister Shultz in seiner Rede in Los Angeles nach der Auflistung der Differenzen mit der Sowjetunion festzustellen: „Es ist offensichtlich in unserem Interesse, mit der Sowjetunion eine Beziehung aufrechtzuerhalten, die so konstruktiv wie möglich ist.“ ⁴³⁾ Shultz brachte die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion auf die drei Leitbegriffe: „Realismus, Stärke und Verhandlung“. Eine Politik der Stärke, die auf Verhandlungen verzichtet, lehnte er als unrealistisch ab. Nüchterne Verhandlungen mit der Sowjetunion könnten sehr wohl zu beiderseitig nützlichen Ergebnissen führen.

In diesem Punkt ging Shultz sogar noch hinter die Linkage-Politik der Nixon-Administration zurück. Er lehnte es ab, Erfolge in einem Bereich abhängig zu machen von sowjetischem Wohlverhalten in anderen Bereichen. Zwar erwähnte er, daß ein solcher Zusammenhang hergestellt werden könnte — aber nicht prinzipiell, sondern nur aus taktischen Gründen. Andernfalls würde die Linkage-Politik auf eine Selbstbeschränkung der USA hinauslaufen. Wörtlich sagte Shultz: „Es ist für uns nicht immer zweckmäßig, Verhandlungen

abzubrechen und Abkommen auszusetzen. Wenn diese Verhandlungen oder Abkommen geführt und geschlossen wurden mit einem realistischen Blick auf ihren Nutzen für uns, dann sollten sie es wert sein, unter allen — es sei denn außergewöhnlichen — Umständen aufrechterhalten zu werden.“ Shultz veranschaulichte diese These konkret am Beispiel Afghanistan, wo er die amerikanischen Reaktionen als zwecklos bezeichnete, weil sie weder den wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten gedient noch die Sowjetunion aus Afghanistan herausgebracht hätten.

Man muß sich nur der Rolle erinnern, die die sowjetische Invasion Afghanistans beim ersten Wahlkampf Reagans und in den Jahren danach gespielt hatte, um das Ausmaß der Wende zu erkennen, die Shultz hier einleitete. Sie wird noch deutlicher, wenn man die Rede zum Vergleich heranzieht, die Shultz ein Jahr zuvor, am 15. Juli 1983, gehalten hatte. Auch dort hatte er dem Linkage- und Interdependenz-Ansatz, wie er von Kissinger bis Carter verfolgt worden war, eine deutliche Absage erteilt. Diese Absage war aber ganz anders begründet worden, nämlich durch den ausschließlichen Verlaß auf eine militärische Machtposition, die die Sowjetunion verlässlicher abschrecken sollte, als die Kooperation sie einzubinden vermochte. Genau diese Möglichkeit aber bewertete Shultz ein Jahr später noch höher als den Linkage-Ansatz.

Das Kennwort dieser Rede von Shultz ist das Bekenntnis zum Pragmatismus bei der Antwort auf die sowjetische Forderung nach Anerkennung einer politischen Parität für Moskau. Im Bereich der militärischen Parität bleibt die Haltung der Reagan-Administration unverändert. Sie ist auf die Stärkung des militärischen Potentials der Vereinigten Staaten gerichtet, um jeder sowjetischen Herausforderung begegnen zu können. Das kann in manchen Bereichen auch Überlegenheit bedeuten, etwa im Bereich der von Präsident Reagan am 23. März 1983 verkündeten „Strategischen Verteidigungsinitiative“. In jedem Fall bedeutet es kontinuierliche Aufrüstung und Zurückhaltung gegenüber Rüstungskontrollabkommen, die die amerikanischen Potentiale reduzieren. Hierin unterscheidet sich auch nach der Rede von Außenminister Shultz die Reagan-Administration von allen ihren Vorgängern, die gerade die Forderung der Sowjetunion nach Anerkennung ihrer militärischen Parität ernst genommen und auszunutzen versucht haben für den Abschluß von Rüstungskontrollabkommen, für eine „kooperative Rüstungssteuerung“ (Baudis-sin).

⁴²⁾ Leslie H. Gelb/Anthony Lake, *Diplomacy Restored?*, in: *Foreign Affairs*, 63 (1985) 3, S. 484 ff.

⁴³⁾ Die Rede ist abgedruckt in: *WB 196* vom 19. Oktober 1984, S. 4 ff., S. 5. Deutsche Auszüge in: *Europa-Archiv*, 40 (1985) 24, S. D 679 ff.

Die politische Parität der Sowjetunion aber, ihr Interesse an der Mitsprache bei der Steuerung und Regulierung von Konflikten in der Dritten Welt, trifft jetzt auf eine ganz pragmatische Haltung der Vereinigten Staaten. Sie wollen von Fall zu Fall entscheiden, ob Kooperation oder Konfrontation die bessere amerikanische Taktik darstellt. Bleibt es also durchaus auch bei der Konfrontation, so wird die Kooperation doch nicht mehr ausgeschlossen. In bezug auf die politische Parität nähert sich die Reagan-Administration damit dem Verhalten Nixons.

Man kann die These aufstellen, daß diese Annäherung nicht erst im Herbst 1984 erfolgt ist, son-

dern auf der operationalen Ebene bereits die gesamte Amtszeit Reagans kennzeichnet⁴⁴). Das würde dann bedeuten, daß sich von diesem Zeitpunkt an lediglich die Rhetorik der praktischen Politik angepaßt habe. Die These ist interessant, überzeugt aber auf einem wichtigen Gebiet der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nicht: auf dem der Rüstungskontrolle. Hier unterscheidet sich die Reagan-Administration nach wie vor von ihren Vorgängern, und zwar auf der operationalen Ebene, nicht nur auf der rhetorischen. Es bleibt abzuwarten, ob sich daran angesichts des auf der Genfer Gipfelkonferenz gefaßten Beschlusses, die Rüstungskontrollverhandlungen „zu beschleunigen“, etwas ändert.

Wirtschaftliche Interessen

In einem anderen Bereich hingegen verfuhr die Reagan-Administration von Anfang an ganz pragmatisch: auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen. Den Anfang machte die Aufkündigung des Carterschen Weizenembargos. Präsident Reagan nahm sie am 24. April 1981 vor, kaum daß er drei Monate im Amt war. Reagan bewertete die Exportinteressen der amerikanischen Farmer höher als die Geschlossenheit der amerikanischen Opposition gegenüber der Sowjetunion. Im Fall des Erdgasröhrenembargos (1982) und bei der Vergrößerung und Verschärfung der CoCom-Liste kehrten sich die Prioritäten um, traten die wirtschaftlichen Interessen — die allerdings vornehmlich auf europäischer Seite lagen — in den Hintergrund.

Die Reagan-Administration hat diesen Widerspruch wenig überzeugend damit zu erklären versucht, daß Weizenverkäufe sowjetisches Kapital verminderten, während Erdgaslieferungen es erhöhten⁴⁵). Ausschlaggebender dürfte gewesen sein, daß vom Röhrenembargo und von der Einschränkung des Technologieexports vornehmlich die Interessen der Europäer und der europäischen Töchter amerikanischer Konzerne betroffen waren, während das Weizenembargo unmittelbar die amerikanischen Farmer traf.

In dem selektiven Pragmatismus, der die Sowjetunionpolitik der Reagan-Administration kenn-

zeichnete, wurden die Interessen der amerikanischen Farmer auch fernerhin bedacht. Im Juni 1983, zu der Zeit, als alle anderen Beziehungen mit Moskau praktisch suspendiert waren, erneuerten die USA und die UdSSR zum dritten Mal für fünf Jahre das Abkommen über die landwirtschaftliche Zusammenarbeit. Acht Wochen später reiste der amerikanische Landwirtschaftsminister Block in die Sowjetunion und unterzeichnete dort ein Weizenabkommen mit fünfjähriger Laufzeit. Ein Jahr später, am 11. September 1984, erweiterte Präsident Reagan den Lieferungsumfang dieses Abkommens erheblich⁴⁶). Die Statistik zeigt, daß die amerikanisch-sowjetischen Handelsbeziehungen insgesamt unter der Verschlechterung der politischen Beziehungen nicht nennenswert gelitten hatten. Sie waren nie sehr extensiv gewesen, bestanden im wesentlichen aus amerikanischen Landwirtschaftsexporten und sowjetischem Export von leichtem Öl. Hatte der Gesamtumfang 1979 3,6 Mrd. Dollar betragen, so betrug er 1984 3,3 Mrd.⁴⁷).

Dennoch bereitete es offensichtlich Schwierigkeiten, die seit 1984 einsetzende politische Klimaverbesserung auch auf das wirtschaftliche Gebiet allgemein zu übertragen. Auf amerikanischer Seite bremste zunächst das von Verteidigungsminister Weinberger stets vorgebrachte militärische Interesse, keine strategisch wichtigen Güter in die Sowjetunion exportieren zu lassen und das Kriterium des „Strategischen“ möglichst extensiv ausulegen. Weinbergers Widerstand gegen die Handelsgespräche, die der amerikanische Handelsminister Baldrige im Mai 1985 in Moskau führte, konnte nur auf intensives Drängen von Außen-

⁴⁴) Coral Bell (Anm. 2), S. 490f.

⁴⁵) Dazu und zum ganzen Problemkreis Michael Mastanduno, *Strategies of Economic Containment: U.S. Trade Relations With the Soviet Union*, in: *World Politics*, XXXVII (1985) 4, S. 503 ff., 520f. Zum Technologieaspekt vgl. Jürgen Nötzold, *Technologie in den Ost-West-Beziehungen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 2/86 vom 11. Januar 1986, S. 15ff. Zum Problem des Hochtechnologieexports vgl. Reinhard Rode, *Hochtechnologie: Ein Januskopf*, ebd., S. 3ff.

⁴⁶) WB 225 vom 4. Dezember 1984, S. 13—14 u. ff.

⁴⁷) IHT vom 20. Mai 1985. *Statistical Abstract of the United States 1985*, S. 818, mit etwas anderen Zahlen.

minister Shultz überwunden werden⁴⁸⁾. Auf sowjetischer Seite haben die Erfahrungen mit dem Weizen- und dem Erdgasröhrenembargo offensichtlich dazu geführt, längerfristige Wirtschaftskontrakte vornehmlich mit westeuropäischen und japanischen Firmen abzuschließen, Geschäfte mit amerikanischen Firmen dagegen hauptsächlich im kurzfristigen Rahmen zu tätigen⁴⁹⁾.

Auf beiden Seiten lebt die Erinnerung an das Jackson-Vanik-Amendment zum amerikanischen Handelsgesetz von 1974, das die Gewährung der Meistbegünstigung an die Sowjetunion von der Erleichterung der jüdischen Emigration abhängig machte. Das Stevenson-Amendment band die Gewährung von Export-Import-Bankkrediten an diese Bedingung. Zwar hatte es 1979 schon einmal Versuche gegeben, diese Beschränkungen zu

lockern; sie fielen der Afghanistan-Invasion der Sowjetunion zum Opfer.

Besteht seit der Klimaverbesserung von 1984 erneut auf beiden Seiten Interesse an einer Handelsausweitung, so kann die Reagan-Administration nicht von der Unterdrückung der Menschenrechte in der Sowjetunion⁵⁰⁾, die Sowjetunion wiederum nicht von der sie diskriminierenden Behandlung durch das Jackson-Vanik-Amendment absehen. Diese prinzipiellen Beschränkungen sind nicht leicht zu beheben. Innerhalb der durch sie gesetzten Begrenzungen aber hat die Reagan-Administration einen flexiblen Pragmatismus gezeigt und sich dabei in vielen Fällen, wie etwa in dem der Verletzung der Walfangquoten durch die Sowjetunion, gegen Pressionen aus dem Kongreß durchgesetzt⁵¹⁾.

Rüstung und Pragmatismus

Nach der Rede von Außenminister Shultz am 18. Oktober 1984 setzte sich die Pragmatik, die bisher den operationalen Bereich, vor allem den der Wirtschaft, gekennzeichnet hatte, auch in die deklaratorische Politik hinein fort. Knapp vier Wochen danach beschlossen die beiden Supermächte, daß sich ihre Außenminister im Januar 1985 in Genf treffen und die Wiederaufnahme der Rüstungskontrollverhandlungen verabreden sollten. Danach geriet die amerikanisch-sowjetische Kommunikation wieder in schnelleren Fluß. Hatten sich die beiden Außenminister in den Jahren davor nur noch am Rande der UN-Vollversammlung in New York getroffen, so kamen sie 1985 fast jeden Monat zusammen. Wenn Reagan und Gorbatschow in der gemeinsamen Erklärung auf ihrer Gipfelkonferenz im November 1985 sich darüber einig waren, „den Dialog auf den verschiedensten Ebenen auf eine regelmäßige Basis zu stellen und zu intensivieren“⁵²⁾, so erhoben sie nur zum Beschluß, was im vorausgegangenen Jahr bereits praktiziert worden war.

Der Dialog wird in erster Linie dem Bereich der politischen Parität gelten, der Weltpolitik also, in der sich die beiden Supermächte begegnen. Auf dem Gebiet der Rüstung führen die USA und die

Sowjetunion vorläufig einen stummen Dialog über die militärische Parität. Die Sowjetunion setzt ihre Aufrüstungspolitik fort, in den Augen des amerikanischen Verteidigungsministers „die unaufhörliche Einführung neuer nuklearer und konventioneller sowjetischer militärischer Fähigkeiten“⁵³⁾. Das Militärbudget der Vereinigten Staaten hat sich seit 1978 mehr als verdoppelt; der Betrag für die Waffenbeschaffung hat sich dabei verdreifacht. Wengleich der Kongreß 1986 dem Verteidigungsbudget der Vereinigten Staaten ein Nullwachstum verordnet hat, so hatte er doch zuvor die Aufrüstungspläne der Reagan-Administration zu 95,7% verwirklicht und dabei die Beträge für acht größere Waffensysteme, angefangen von der MX und der Trident II bis hin zu Reagans Strategischer Verteidigungsinitiative, von 1,2 Mrd. Dollar 1980 auf die verlangten 20 Mrd. Dollar 1986 erhöht⁵⁴⁾.

Wenn auch nach wie vor nicht genau bekannt ist, wer den amerikanischen Präsidenten veranlaßt hat, 1983 die Strategische Verteidigungsinitiative zu starten⁵⁵⁾, so haben die USA SDI in Genf bis

⁴⁸⁾ IHT vom 20. Mai 1985.

⁴⁹⁾ Ebd. vom 1. März 1985, S. 1.

⁵⁰⁾ United States Congress 99/1, Committee on Foreign Affairs, House: Developments in Europe, May 1985, Hearing, Washington 1985, Statement Richard R. Burt, S. 6.

⁵¹⁾ Ebd., S. 50.

⁵²⁾ Abgedruckt in: Europa-Archiv 40 (1985) 24, S. D 689.

⁵³⁾ United States Department of Defense: Soviet Military Power, Washington 1985. Vorwort Caspar Weinberger. Für eine unabhängige Beurteilung der sowjetischen Aufrüstung seit 1980 vgl. John M. Collins, U.S. Soviet Military Balance 1980—1985, Washington 1985, S. 53 ff., 66 ff., 79 ff., und passim.

⁵⁴⁾ Zahlen des Center for Defense Information, Washington, zit. nach IHT vom 29. Mai 1985.

⁵⁵⁾ Ein informierter und ausführlicher Bericht über die Entstehung des Programms findet sich in: San José Mercury News vom 17. November 1985, S. 1, 20A to 21A.

her nicht zur Diskussion gestellt, sich allerdings darauf festgelegt, die Forschung dafür nur in dem durch den ABM-Vertrag begrenzten Rahmen weiterzuführen⁵⁶). Auf der Genfer Gipfelkonferenz vom November 1985, von der der amerikanische Abrüstungsbeauftragte Paul Nitze sich zunächst Vereinbarungen, dann jedoch zumindest „Richtlinien“ für die Rüstungskontrollgespräche in Genf versprochen hatte⁵⁷), ist — außer der ‚Beschleunigung‘ — nichts Konkretes beschlossen worden. Die Positionen sind zu weit entfernt, als daß sie sich auf der Genfer Gipfelkonferenz hätten überbrücken lassen.

Jenseits der Differenzen über Zahlen und Mischungen wird es bei der bis März geplanten laufenden Runde der Genfer START-Gespräche vornehmlich um die Verifikation gehen, vermutlich das schwierigste Problem. Hier gibt es zwar einen interessanten Hoffnungsschimmer, weil die Sowjetunion sich im Februar 1985 zum ersten Mal vertraglich bereit erklärt hat, sowjetische Nuklearfabriken durch die Internationale Atomenergie-Agentur, die in Wien sitzt, inspizieren zu lassen. Sie gab dies durchaus als Beispiel dafür aus, wie ihrer Ansicht nach eine internationale Verifikation auch auf dem Gebiet der Kernwaffen allgemein aussehen könnte⁵⁸). Auch der sowjetische Dreistufenplan zur Abrüstung vom 15. Januar 1986 enthält die Bereitschaft zur Inspektion vor Ort. Ob sich diese Bereitschaft auch konkret in den Genfer Verhandlungen bemerkbar machen wird, ist offen.

Ebenso offen ist, ob es an den beiden anderen Tischen in Genf zu Problemlösungen kommen wird. Im Genfer Kommuniqué war ein Interimsabkommen im Bereich der Mittelstreckenraketen erwähnt worden; denkbar ist, daß man sich beiderseits auf 140 Systeme einigt, auf diejenige Anzahl, die der Westen bei seinem Stationierungsprogramm im Dezember 1985 erreicht hat. Freilich bleibt die leidige Frage der Einbeziehung der französischen und britischen Systeme dabei außer acht. Vollends gedrückt ist die Stimmung am Tisch der Weltraumwaffen. Solange die Vereinigten Staaten nicht bereit sind, SDI zur Disposition zu stellen, und die Sowjetunion sich weigert, wenigstens die Forschung im SDI-Bereich zuzulassen, sind die Aussichten auf eine Verständigung gering.

Über die militärische Parität der Sowjetunion wird also in aller Praxis unilateral durch die jeweilige Aufrüstung entschieden, mit einer nur begleitenden Funktion der Verhandlungen. Die Genfer Gipfelkonferenz hat daran nichts geändert, hat in ihrem Schlußkommuniqué diese Tendenz vielmehr noch bestätigt. Die Wende im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis kam vielmehr dem anderen Bereich, dem der politischen Parität zugute. Hier wurde in Genf die Tendenz zum flexiblen Pragmatismus bestätigt, der auch die Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten im Bereich der Dritten Welt durchaus zuläßt. Sie verdient eine dementsprechende Beachtung.

Der „regionale Friedensprozeß“

Schon im Vorfeld der Genfer Konferenz war die Tendenz beobachtet und dann als Versuch der USA interpretiert worden, in Genf von dem wichtigen Thema der Rüstungskontrolle abzulenken und statt dessen die regionalen Probleme zu diskutieren. Das mag nicht unzutreffend sein: Politische Entscheidungen dienen immer mehreren Zielen zugleich. Der von Präsident Reagan in seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 24. Oktober 1985 vorgeschlagene „regionale Frie-

densprozeß“ enthielt aber nicht weniger als den Vorschlag, daß „sich Vertreter der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zusammensetzen . . ., um sich über Garantien über bereits erzielte Abkommen Gedanken zu machen“⁵⁹). Zwar sollen die beiden Supermächte den Friedensprozeß zwischen den streitenden Parteien in der Dritten Welt nicht oktroyieren, er muß vielmehr von den Beteiligten selbst eingeleitet und ausgeführt werden. Die beiden Supermächte sollen aber sehr wohl „die laufenden Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien unterstützen“ und dann eben ein Abkommen auch garantieren. In einer dritten Phase soll Wirtschaftshilfe den befriedeten Ländern die Rückkehr in die Weltgemeinschaft erleichtern.

⁵⁶) Zum Problembereich vgl. United States Congress, Office of Technology Assessment, Ballistic Missile Defense Technologies, Washington, September 1985; und dass. Anti-Satellite Weapons, Countermeasures and Arms Control, Washington, September 1985.

⁵⁷) Statement Paul Nitze, in: WB 207 vom 12. November 1985, S. 17 ff., und WB 210 vom 15. November 1985, S. 23 ff.

⁵⁸) Erklärung des Leiters der Abteilung Internationale Organisationen im sowjetischen Außenministerium Wladimir Petrowski, in: IHT vom 22. Februar 1985.

⁵⁹) WB 197 vom 25. Oktober 1985, S. 7. Hier zit. nach dem Teilabdruck in: Europa-Archiv, 40 (1985) 24, S. D 682.

Präsident Reagan hatte dabei ausdrücklich an Afghanistan, an Kambodscha, Äthiopien, Angola und Nicaragua gedacht, an Konflikte also, an denen die Sowjetunion direkt oder indirekt beteiligt ist. Der Sowjetunion dürfte es leicht fallen, auf amerikanische Engagements hinzuweisen und vor allem den Nahen Osten in die Liste mitzubringen. Dies kann den Verfassern der Rede Reagans — auf die dem Vernehmen nach der frühere Präsident Nixon maßgeblichen Einfluß genommen haben soll⁶⁰⁾ — kaum entgangen sein. In dem Vorschlag eines regionalen Friedensprozesses meldet sich die Nixon-Doktrin wieder zu Wort, darnach die Dritte Welt ihre Probleme vornehmlich selbst lösen soll. Auch die in der Grundsatzklärung von 1972 getroffene Verabredung der beiden Mächte, „alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit es nicht zu Konflikten oder Situationen kommt, die zur Erhöhung internationaler Spannungen führen würden“⁶¹⁾, schimmert wieder durch. Beide Supermächte wollten bestrebt sein, so hatten sie es weiter in dieser Grundsatzklärung beschlossen, „Bedingungen herbeizuführen, unter denen alle Länder in Frieden und Sicherheit leben können und nicht Gegenstand einer Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten von außen werden“.

Einsicht in die Weltlage, in die eigenen Interessen und in die eigenen Möglichkeiten hat also die Reagan-Administration dazu veranlaßt, im Bereich der politischen Parität der Sowjetunion ein rein pragmatisches Vorgehen einzuschlagen. Hier nähert sie sich offensichtlich der Politik der Nixon-Administration an, ohne deren kooperatives Verhalten auf dem Gebiet der militärischen Parität nachzuahmen. Aus Gründen der Ideologie hätte es eigentlich nahegelegen, daß Reagan im Bereich der politischen Parität die offensive Menschenrechtspolitik Carters aufgenommen und weitergeführt hätte. Dazu gibt es Ansätze, beispielsweise im „Project Democracy“, in dem seit 1983 die beiden großen Parteien und die Gewerkschaften zusammenarbeiten, um die Demokratisierung der Dritten Welt zu unterstützen. Sie wurden aber stets überlagert durch die Aufmerksamkeit, die die Reagan-Administration dem internationalen Terrorismus gewidmet hat, für des-

sen Bekämpfung die sowjetische Kooperation ebenfalls wichtig sein kann.

So hat die Reagan-Administration im Vergleich mit ihren beiden letzten Vorgängern mit der Verbindung von Aufrüstung im militärischen und Pragmatismus im politischen Bereich ein drittes Mischungsverhältnis vorgelegt. Nixon hatte Rüstungskontrolle mit Pragmatismus, Carter Rüstungskontrolle mit offensiver Menschenrechtspolitik verbunden. Die Reagan-Administration bietet Aufrüstung und flexiblen Pragmatismus im politischen Bereich an. Auf dieser Dimension hat sie sich der Strategie Nixons und Kissingers wieder angenähert. Sie scheint auszuführen, was ihr Henry Kissinger als Vorbereitung für das Genfer Gipfeltreffen ins Stammbuch schrieb: „Es muß spezielle Übereinkommen geben, die definieren, was die wirklich vitalen Interessen jeder Seite sind und welche Herausforderungen als erträglich gelten können. In der Vergangenheit waren diese Abkommen auf Allgemeinheiten beschränkt, die eine Illusion des Fortschritts geschaffen haben. Jetzt muß ein konkretes und definitives Programm ausgearbeitet werden.“⁶²⁾ Die Reagan-Administration folgt in diesem Bereich, wie ihr ihre Kritiker von rechts vorwerfen⁶³⁾, Nixons Konzept einer „nüchternen Détente“.

Im klassischen Vokabular wird man diesen Begriff wohl am ehesten mit „Realpolitik“ übersetzen können. Er beschreibt ein Konzept, auf das sich die Sowjetunion sehr gut versteht, auf dessen Spielregeln sie sich vermutlich am ehesten einlassen wird. Es verbindet militärische Stärke mit der Wahrnehmung politischer Interessen, deren einziges Regulativ die Vermeidung der direkten Konfrontation darstellt. Ob diese Strategie das Verhältnis der beiden Supermächte im Nuklearzeitalter auf Dauer gestalten kann, steht auf einem anderen Blatt. Einerseits muß wegen der Gefährlichkeit dieser Waffen die Rüstungsdynamik unter Kontrolle gebracht werden. Andererseits kann die Weltpolitik des Westens nicht davon absehen, daß ihr in der Sowjetunion ein rivalisierendes Legitimitätskonzept weltweit entgegentritt. In beiden Bereichen greift die „Realpolitik“, die das Verhältnis der beiden Supermächte nach Genf kennzeichnet, zu kurz.

⁶⁰⁾ Maclean's Magazine vom 4. November 1985, S. 27. Den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich Reimund Seidelmann.

⁶¹⁾ Die Erklärung ist abgedruckt in: Europa-Archiv, 27 (1972) 12, S. D 289—291.

⁶²⁾ IHT vom 6. Mai 1985, S. 5.

⁶³⁾ Norman Podhoretz, The Reagan Road to Détente, in: Foreign Affairs, 63 (1985) 3, S. 458. Siehe auch die beiden Aufsätze von Richard M. Nixon, The Case for „hardheaded“ Détente, in: IHT vom 23. und 24. August 1982.

Sowjetisch-amerikanische Beziehungen unter Gorbatschow

I. Ein neuer Geist von Genf?

Sowjetische Politiker und Propagandisten haben die Genfer Gipfelkonferenz als Erfolg verbucht. Bereits auf der Pressekonferenz am 21. November im Anschluß an die Gespräche mit Präsident Reagan hatte der sowjetische Parteiführer entsprechende Akzente gesetzt¹⁾. Zwar seien die Gespräche „offen, ausgedehnt und scharf (ostryi) — manchmal sogar außerordentlich scharf“ — gewesen. Auch seien die Standpunkte beider Mächte bei wichtigen Fragen — vor allem bei der Bewertung von SDI — weiterhin unvereinbar. Beide Seiten hätten sich aber aufmerksam die Argumente der Gegenseite angehört. In einigen Bereichen, zum Beispiel bei der Ausweitung wissenschaftlicher und kultureller Verbindungen, beim Erziehungswesen und dem Informationsaustausch, sei sogar Einigung erzielt worden. Vor allem sei aber ein guter Anfang zur Neuordnung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gemacht worden. Genf habe neue „Möglichkeiten für Fortschritte“ eröffnet und rechtfertige es, die „Zukunft mit Optimismus zu betrachten“.

Ganz im Einklang mit dieser optimistischen Sicht der Genfer Konferenz steht die Vereinbarung beider Seiten, die sowjetisch-amerikanischen Gipfelgespräche fortzusetzen. Inoffiziell verlautet, daß Gorbatschow im Juni 1986 Washington besuchen wird.

Diese Bewegung in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ist erstaunlich. Das Verhältnis zwischen den Supermächten hatte sich ja seit Ende der siebziger Jahre ständig verschlechtert. Die sowjetische Intervention in Afghanistan, die Verhängung von Sanktionen gegenüber der Sowjetunion, die Nicht-Ratifizierung der SALT-II-Verträge, der Beginn verstärkter amerikanischer Rüstungsanstrengungen, die nur schwer verhüllte Politik Reagans, „vulnerabilities of the Soviet empire“ zu nutzen und, falls möglich, zu verschärfen, die Auseinandersetzungen um die „Nachrüstung“ der NATO und der Abschluß der südkoreanischen Verkehrsmaschine

über Sachalin waren nur einige der Faktoren, die zu dieser Verschlechterung beigetragen hatten.

Obwohl gewisse Veränderungen in der Haltung Reagans die Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Gespräche erleichtert haben, ist doch der Wandel der *sowjetischen* Politik besonders bemerkenswert. Noch in einer unter Andropows Namen nach dem Abschluß der südkoreanischen Boeing herausgegebenen Erklärung²⁾ wurde die Regierung Reagans einer gezielten, verbrecherischen Provokation bezichtigt und praktisch als Verhandlungspartner abgeschrieben. „Falls irgend jemand noch Illusionen hinsichtlich einer möglichen Entwicklung der gegenwärtigen amerikanischen Regierung zum Besseren hatte“, hieß es dort, „so sind derartige Illusionen durch die jüngsten Ereignisse völlig beseitigt worden.“ Unter Tschernenko wurden derartige Interpretationen fortgeführt bis hin zu Anspielungen und Karikaturen, in denen Reagan mit Hitler verglichen wurde.

Trotz all dieser sowjetischen Vorwürfe und Anschuldigungen wurden im Sommer und Herbst die Weichen in Richtung auf eine Wiederaufnahme der Gesprächskontakte mit den USA gestellt. Moskau gab seinen Standpunkt auf, daß Rüstungskontrollverhandlungen über strategische Waffen nur nach dem Abzug der amerikanischen Raketen mittlerer Reichweite aus Westeuropa stattfinden könnten³⁾.

Aber auch nach dem Beginn der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen und Gorbatschows Amtsantritt ist die sowjetische Politik immer wieder auf Positionen eingeschwenkt, die von der Regierung Reagan vertreten worden sind. Beispielsweise gab die Sowjetführung ihre Haltung auf, es sei nicht sinnvoll, eine Gipfelkonferenz auch dann abzuhalten, falls der Hauptzweck darin bestünde, Argumente auszutauschen und sich gegenseitig kennenzulernen. Und wie noch

²⁾ Prawda vom 28. September 1983, S. 1.

³⁾ Als Begründung wurde angegeben, es handle sich bei den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen um „neue“ Gespräche.

¹⁾ Text in: Prawda vom 22. November 1985, S. 1—3.

zu zeigen ist, hat es gewisse Differenzierungen bei der Bewertung dessen gegeben, was unter legitimer „Forschung“ im Rahmen von SDI zu verstehen sei.

Diese Entwicklungen werfen eine Reihe wichtiger Fragen auf:

1. Worauf sind die Veränderungen der sowjetischen Haltung zurückzuführen? Sind sie ein Ergebnis innenpolitischen Machtwechsels oder aber von Verschiebungen der internationalen „Korrelation der Kräfte“? Hat sich die sowjetische Sicht der Regierung Reagan gewandelt und werden weitreichende Abkommen mit den USA heute in Moskau als möglich angesehen, oder aber handelt es sich bei den neuen sowjetischen Ansätzen lediglich um eine taktisch bedingte, propagandistische Schwenkung? Trifft es zu, daß — wie vor allem in der amerikanischen Presse zu lesen ist — die Strategische Verteidigungsinitiative Reagans und das Wiedererstarken der amerikanischen Militärmacht die Sowjets an den Verhandlungstisch zurückgebracht haben?

2. Warum hat die Sowjetführung die Verhinderung der „Militarisierung des Weltraums“ zum

Kernpunkt der Rüstungskontrollpolitischen Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten gemacht? Hat sie diese Entscheidung getroffen, weil SDI für sie eine große Herausforderung ist? Oder aber hat sie dieses Problem nur künstlich aufgebauscht?

3. Die ersten Runden bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sind von sowjetischer Seite als „völlig unfruchtbar“ bezeichnet worden. Wie groß sind die Chancen einer Einigung in den nachfolgenden Verhandlungsrunden? Ist unter der Voraussetzung, daß überhaupt ernsthaft verhandelt wird, anzunehmen, daß es zu einer Einigung in Teilbereichen kommt? Oder aber ist ein umfassendes Abkommen in allen drei Rüstungskontrollbereichen wahrscheinlicher? Befinden sich die Supermächte heute möglicherweise in einer Lage, in der Entspannung und Rüstungskontrolle getrennt werden können? Oder aber ist es noch immer so, daß Fortschritte bei Rüstungskontrollverhandlungen und eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen fest miteinander verbunden sind?

Auf all diese Fragen geht die vorliegende Untersuchung ein⁴⁾.

II. Die Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Gespräche: Gründe und Hintergründe

Der Hauptgrund für die Wiederaufnahme sowjetisch-amerikanischer Kontakte und den Beginn von Rüstungskontrollverhandlungen in Genf lag zweifellos in der weitgehenden internationalen Isolierung der Sowjetunion im Zeitraum vom Herbst 1983 bis Herbst 1984. Nach dem Beschluß des Deutschen Bundestages im November 1983 hatte die „Nachrüstung“ der NATO begonnen, und entgegen manchen westlichen Voraussagen kam es im Verlaufe der Stationierung weder in der Bundesrepublik noch in anderen westeuropäischen Ländern zu nennenswerten außerparlamentarischen Störaktionen, geschweige denn bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Die westeuropäische „Friedensbewegung“, auf welche die Sowjetunion in den Jahren 1977 bis 1983 einige — wenn nicht sogar große — Hoffnungen gesetzt hatte, um die Dislozierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa zu verhindern, zeigte bereits Anfang 1984 gewisse Auflösungserscheinungen. Neue Zielsetzungen, vor allem im ökologischen Bereich, traten in den Vordergrund dieser Bewegung.

In den wichtigsten europäischen Ländern sah sich die Sowjetunion 1984 weiterhin entweder

politisch konservativen und in Verteidigungsfragen atlantisch orientierten Regierungen gegenüber (Kohl in der Bundesrepublik, Thatcher in Großbritannien) oder Sozialisten, die die Nachrüstung und stärkere europäische Verteidigungsanstrengungen befürworteten (Mitterrand in Frankreich, Craxi in Italien). Für die Sowjetführung hatten sich infolgedessen die Chancen, Differenzen zwischen den westeuropäischen Staaten und innerhalb dieser Staaten zu nutzen, erheblich verringert.

Aber auch Moskaus Möglichkeiten, Konflikte zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa zu instrumentieren, hatten sich abgeschwächt. Bis Herbst 1983 hatte der angebliche Mangel an Festigkeit der Westeuropäer und die Ungewißheit über das endgültige Schicksal des NATO-Doppelbeschlusses die amerikanisch-westeuropäischen Beziehungen stark belastet.

⁴⁾ Eine ausführliche Darstellung, auf welche sich diese Untersuchung stützt, ist in folgender Arbeit des Verfassers enthalten: Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und SDI unter Gorbatschow: Neubeginn oder neue Verhärtung?, Ebenhausen, August 1985 (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-AZ 2443).

Verstärkt wurde diese Belastung durch die Auseinandersetzungen um Wirtschaftssanktionen gegenüber der UdSSR und den Transfer von westlicher Technologie in die Mitgliedsländer des Warschauer Pakts. Mit dem Beginn der Stationierung hatten jedoch die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen westeuropäischen Staaten und den USA an Schärfe verloren.

Zur Entschärfung der West-West-Beziehungen trugen gewisse Veränderungen in der amerikanischen Politik bei. Aus Wahlrücksichten mußte der Präsidentschaftskandidat Reagan ein zumindest taktisch motiviertes Interesse daran haben, ein weiches Image zu pflegen. Es gab aber, nachdem die USA gegenüber der UdSSR etwas mehr militärische Stärke und eine verbesserte Verhandlungsposition erlangt hatten, möglicherweise auch ein prinzipielles Interesse Reagans, weitreichende Rüstungskontrollvereinbarungen mit den Sowjets zu erzielen.

Gerade in dieser Entwicklungsphase der amerikanischen Politik stand aber die Sowjetunion unter dem Druck, ihre Drohungen mit politischen und militärischen „Gegenmaßnahmen“ in die Tat umzusetzen.

Sie nahm die offiziell von ihr im Oktober 1983 vorbereitete Stationierung von SS-21- und SS-23-Raketen in der DDR und der Tschechoslowakei auf.

Sie setzte die beiden anderen von ihr angedrohten militärischen Gegenmaßnahmen in Kraft: die Beendigung des von ihr einseitig verkündeten (und bereits vor Beginn der Nachrüstung der NATO verletzen) Moratoriums für die Errichtung neuer SS-20-Stellungen im europäischen Teil des Landes sowie die Verlegung von mit Nuklearwaffen bestückten U-Booten in „Seegebiete“ nahe der Küste der Vereinigten Staaten.

Sie brach die Verhandlungen in Genf (INF) und Wien (START) ab und machte die Rücknahme der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa zur Vorbedingung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen.

Der Logik der sowjetischen Verweigerungshaltung und der verbalen Strafaktionen entsprach es, daß die Politik der — ohnehin begrenzten — selektiven Entspannung gegenüber Westeuropa ganz aufgegeben wurde. Tendenzen zu einer verstärkten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der Westeuropäischen Union (WEU) in rüstungs- und sicherheitspolitischen Fragen wurden scharf von Moskau kritisiert. Insbesondere aber wurde die Bundesrepublik, die während der Nachrüstungsdebatte eine Schlüsselrolle gespielt hatte, zur Zielscheibe heftiger Angriffe: Sowjetische Politiker und Propagandisten stellten wieder ein

Anwachsen von „Revanchismus“ und „Militarismus“ fest.

Die von der UdSSR eingeschlagene „steinharte“ Linie in der Westpolitik (aber auch gegenüber Japan und China) führte nicht nur zu einer weitgehenden internationalen Isolierung Moskaus. Sie stieß auch im eigenen Lager auf Unverständnis und Widerspruch. Im Verlauf des Frühjahrs und Sommers 1984 machten vier der sowjetischen Partnerländer in Osteuropa — die DDR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien — auf verschiedene Weise deutlich, daß sie kein Interesse an einer Verschärfung der Ost-West-Beziehungen in Europa hatten. Sie schreckten vor der gegenüber der Bundesrepublik von Honecker noch im Herbst 1983 angedrohten „neuen Eiszeit“ zurück. Ihr Verhalten orientierte sich weniger an der sowjetischen Generallinie als an „Schadensbegrenzung“ und an der Suche nach „Koalitionen der Vernunft“.

Die Abweichung der osteuropäischen Staaten von der „steinharten“ sowjetischen Westpolitik wurde allerdings von einem wichtigen Faktor begünstigt: der Führungsschwäche in der Sowjetunion. Nach dem Tod Andropows im Februar 1984 kam mit Tschernenko wieder ein Mann hohen Alters und mit gesundheitlichen Problemen an die Macht, ein Kompromißkandidat allerdings, ein Parteiführer unbestimmten Übergangs und zudem noch ein Funktionär von zweifelhaftem Ideenreichtum. Die Führungsschwäche und die Richtungskämpfe im Kreml waren nicht mehr zu verbergen. Bereits wenige Wochen nach Tschernenkos Amtsantritt wurde offenkundig, daß eine Art „Breschnewismus ohne Breschnew“ in der Sowjetunion wiedergekehrt war.

All diese eher kurzfristig wirksamen innenpolitischen und internationalen Faktoren verbanden sich 1984 mit sehr viel grundsätzlicheren, langfristigen Faktoren. Im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte war militärische Macht ein immer wichtigeres Instrument der sowjetischen Außenpolitik geworden. Diese Entwicklung beruhte zum Teil auf „subjektiven“ Faktoren (mangelnde Bereitschaft und Möglichkeit der amerikanischen Exekutive als Folge von Vietnam und Watergate, militärische Macht gegenüber der Sowjetunion zur Geltung zu bringen), zum Teil auf „objektiven“ Faktoren, insbesondere der quantitativen und qualitativen Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der Sowjetunion auf vier Ebenen der militärischen Konkurrenz mit der gegnerischen Supermacht: der konventionellen (in Europa und Fernost), der militär-strategischen, bei den nuklearen Trägersystemen mittlerer Reichweite und bei der Fähigkeit zur Machtprojektion und Intervention in von der Sowjetunion weit entfernten Gebieten.

Unter dem Eindruck der sowjetischen Intervention in Afghanistan hatten aber die Vereinigten Staaten bereits unter Carter begonnen, die zu ihren Ungunsten verschobenen militärischen Kräfteverhältnisse wieder zurechtzurücken. Reagan fand dafür in seiner ersten Amtsperiode eine breite Mehrheit im Kongreß und in der Bevölkerung: Im Zeitraum von 1980 bis 1984 wuchsen die amerikanischen Militärausgaben jährlich real um 9%. Insgesamt wurde in diesem Zeitraum von der Legislative die schwer vorstellbare Summe von 1 007 900 000 000 US-Dollar für Verteidigungszwecke bewilligt⁵⁾. Wenn dieser Dollarregen auch nicht überall zu einem entsprechenden Anwachsen tatsächlicher militärischer Fähigkeiten geführt hat, war die Tendenz einer Trendwende bei den militärischen Kräfteverhältnissen doch unverkennbar.

Kurzfristig und langfristig wirksame sowie innen- und außenpolitische Faktoren flossen also im Laufe des Jahres 1984 zusammen und legten der politischen Führung nahe, nach einem Weg zu suchen, um die Sowjetunion aus der Selbstisolierung herauszumanövrieren, um den Trend wachsender Gemeinsamkeiten zwischen den USA, Westeuropa, Japan und China in Sicherheitsfragen einerseits und wachsender Unterschiede zwischen all diesen Machtfaktoren und der UdSSR andererseits anzuhalten und, falls möglich, umzukehren.

Westlichen Berichten zufolge⁶⁾ soll zu diesem Zweck bereits Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe unter Leitung des ersten stellvertretenden Außenministers, Kornienko, gebildet worden sein. Der Gruppe sollen Vertreter des ZK-Sekretariats, des Außenministeriums, des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte und des KGB angehört haben. Teilnehmer seien Sagladin, Samjatin (ZK-Sekretariat), Marschall Achromejew und General Tschernow (beide Generalstab) sowie Falin (der frühere sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, heute Kommentator bei der

Iswestija) gewesen. Im Frühjahr soll diese Gruppe folgenden Weg aus der Isolierung skizziert haben:

— Wiederaufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen und anderer Gespräche mit den Vereinigten Staaten.

— Fallenlassen des Standpunkts, die NATO müsse die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa zurücknehmen, ehe weiterverhandelt werden könne.

— Einstufung der Wiederaufnahme der Verhandlungen als „neu“, um das Gesicht zu wahren.

— Ablösung der Mittelstreckenwaffen als „größte Bedrohung des Friedens und der Sowjetunion“; dafür Herausstellen des Aufbaus strategischer Verteidigungssysteme der USA und der „Militarisierung des Weltraums“ als größte Gefahr.

— Herausstellen der Bereitschaft zu Gesprächen, um diese Gefahr zu bannen.

— Vermeidung all dessen, was eine Wiederwahl Reagans zum Präsidenten fördern könnte, gleichzeitig aber Vorbereitungen zu treffen, um sofort nach den Wahlen Gespräche über mögliche Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Wahlsieger aufzunehmen.

Ob derartige Berichte der Wirklichkeit entsprechen, läßt sich nicht nachprüfen. Sie können jedenfalls als plausibel gelten. Zumindest spricht mehr für diese Darstellung der Gründe und Hintergründe der Genfer Verhandlungen als die weitverbreitete These, SDI und die Forcierung der amerikanischen Rüstungsanstrengungen hätten bereits Früchte getragen und die Sowjets an den Verhandlungstisch zurückgezwungen.

Wie aber verhält es sich mit SDI wirklich? Ist die amerikanische Initiative trotzdem eine Herausforderung für die Sowjetunion oder aber lediglich ein guter Ansatzpunkt für sie, neuen Spielraum in der Westpolitik zu gewinnen?

III. Die Strategische Verteidigungsinitiative der USA: Problem oder propagandistischer Ansatzpunkt für die UdSSR?

1. Was bedeutet SDI für die Sowjetunion?

Jeder Versuch, herauszufinden, ob die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative für Moskau eine Herausforderung ist und, falls ja, als wie groß diese zu bewerten sei, stößt auf ein

wichtiges Problem: Es ist zum jetzigen Zeitpunkt wohl auch für sowjetische Beobachter keineswegs klar, welche Lösungen einer strategischen Abwehr im Weltraum nicht nur denkbar, sondern auch machbar sind, welches Ausmaß eine derartige Abwehr haben könnte, welche Kosten für ihren Aufbau in den USA als noch vertretbar betrachtet würden und wieviel Geld dafür vom Kongreß bewilligt würde. Es ist ebenfalls unklar,

⁵⁾ International Herald Tribune (IHT) vom 22. Mai 1985, S. 1 und 5.

⁶⁾ The Times (London) vom 23. Januar 1985, S. 14.

welche Absichten die Vereinigten Staaten mit SDI verbinden. Denn je nachdem, welche — und zu welchem Zeitpunkt gemachte — Äußerungen Reagans, der nationalen Sicherheitsbehörde, des Verteidigungsministeriums, des Außenministeriums oder der Arms control community man zu Rate zieht, ergeben sich ganz unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten.

Aus Moskauer Sicht könnten diese wie folgt charakterisiert werden:

„Nichts-weiter-als-Forschung“-Auslegung;

„Rüstungskontroll“-Deutung;

„Dominanz-der-Verteidigung“-Sicht und

„Überlegenheit-über-die-Sowjetunion“-Variante.

Der *ersten* „Nichts-weiter-als-Forschung“-Auslegung zufolge könnte SDI lediglich ein unverbindliches und disponibles Forschungsvorhaben sein — eine Sache also, die nicht der Aufregung wert sei. SDI werde in Washington hauptsächlich als eine „prudent response“ auf bereits laufende sowjetische Forschungen und als eine Absicherung gegen einen militärtechnologischen Durchbruch oder einen Ausbruch der Sowjetunion aus dem ABM-Vertrag betrachtet. Es sei ein Programm, bei dem Entscheidungen darüber, welche bzw. ob überhaupt Waffen im Weltraum disloziert werden, nicht vor Anfang der neunziger Jahre fallen werden und auch dann nur in enger Abstimmung mit der Sowjetunion.

Die *zweite*, die „Rüstungskontroll“-Deutung könnte in SDI etwas Substantielleres sehen. Es könnte in Moskauer Sicht um mehr als Forschung gehen, nämlich um eine Ergänzung der auf Offensivwaffen beruhenden Abschreckung durch Elemente der strategischen Verteidigung. Infolge bereits vollzogener und kommender ziviler und militärtechnologischer Entwicklungen könnte die amerikanische Initiative auf eine notwendige, wenn auch begrenzte Anpassung bestehender Rüstungskontrollverträge (wie vor allem des ABM-Vertrags und der SALT-Verträge) an veränderte Bedingungen zielen. Umfang, aber auch Prinzip einer weltraumgestützten strategischen Abwehr seien durchaus verhandelbar. Worauf es ankäme, sei die gegenseitige Sicherheit zu erhöhen, und dies könne auch durch eine Ausweitung und Verbesserung landgestützter strategischer Verteidigungssysteme erreicht werden.

In der *dritten*, der „Dominanz-der-Verteidigung“-Sicht könnte SDI als Auftakt zu einer völligen Umstrukturierung der strategischen Doktrin der USA und des militärischen Verhältnisses zwischen den Supermächten erscheinen. Es könnte tatsächlich darum gehen, wie Reagan in seiner Rede vom März 1983 sagte, die Nuklearwaffen „impotent

and obsolete“ zu machen⁷⁾. Dieses Ziel sei ethisch vertretbarer als die Abschreckung, technologisch realisierbar und könnte aus beiden Gründen für die USA nicht verhandelbar sein. Unabhängig davon, wie die Sowjetunion ihre eigenen strategischen Erfordernisse definiere, stünde am Ende der von den Vereinigten Staaten angestrebten Entwicklung eine „defense-oriented strategic environment“. Das MAD-Prinzip („mutual assured destruction“) würde durch MAS („mutual assured security“) abgelöst.

Der *vierten*, der „Überlegenheit-über-die-Sowjetunion“-Variante zufolge könnte es Sinn und Zweck von SDI sein, den Vereinigten Staaten ein politisch nutzbares Maß an strategischer Überlegenheit zurückzugeben und ihnen neue politische und militärische Optionen gegenüber der UdSSR zu eröffnen. Gestützt auf die Erwartung, die Sowjetunion könne beim Aufbau einer weltraumgestützten strategischen Verteidigung technologisch und wirtschaftlich nicht mithalten, würde sich SDI in die amerikanische Politik der Wirtschaftssanktionen und der Begrenzung des Ost-West-Technologietransfers einfügen und die militärische Konkurrenz auf eine für die USA günstigere Ebene verschieben. Erforschung, Entwicklung und Stationierung eines breit angelegten strategischen Abwehrsystems im Weltraum seien deshalb auch für die USA nicht verhandelbar.

In der Politik, so soll Präsident Kennedy gesagt haben, sei der Anschein oft wichtiger als die Wirklichkeit. Diese Beobachtung trifft auch auf das vorliegende Problem zu. Denn die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen hängt weniger davon ab, welche Absichten SDI tatsächlich zugrunde liegen, sondern davon, wie Moskau die Absichten und die Chancen ihrer Verwirklichung sieht.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sieht die politische Führung der Sowjetunion (von der militärischen ganz zu schweigen) SDI nicht als ein verbindliches Forschungsvorhaben, als eine sinnvolle Anpassung bestehender Rüstungskontrollvereinbarungen an gewandelte Verhältnisse oder als ein Programm zur Gewährleistung gegenseitiger Sicherheit, sondern als Teil des Bemühens der Regierung Reagan, die „Korrelation der Kräfte“ im Weltmaßstab zugunsten der USA zu verändern. In Moskauer Sicht ist SDI insofern weniger eine Strategic defense initiative als eine Strategic initiative (SI).

Diese Interpretation der mit SDI verbundenen Absichten Reagans liegt aus ideologischen Grün-

⁷⁾ Text in: United States Department of State, Bureau of Public Affairs (Ed.), President Reagan's Address to the Nation, Washington, D. C., 23. März 1983, Washington, D. C., März 1983.

den nahe. Die Sowjetideologie hat ja verschiedene Funktionen in der sowjetischen Außenpolitik. Unter anderem ist der Marxismus-Leninismus eine Art Prisma, durch das die internationalen Ereignisse — oft verzerrt — wahrgenommen werden. Zur Beschaffenheit dieses Prismas gehört es, daß die Welt als historisch gegebener, unänderlicher Antagonismus zwischen zwei sozioökonomischen Systemen und militärischen Bündnissen erscheint. Dies wiederum macht es für den Betrachter schwierig, gemeinsame Interessen zu erkennen und der anderen Seite lautere Absichten zuzubilligen.

Die Dynamik der militärtechnologischen Entwicklung in der Vergangenheit legt der Sowjetführung diese Deutung ebenfalls nahe. Denn in der Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Rüstungskonkurrenz gibt es praktisch kein Beispiel dafür, daß der Fluß von ziviler Innovation zu militärischer Anwendung oder der Weg von militärischer Forschung, Entwicklung und Erprobung zur Einführung von Waffen in die Streitkräfte wirksam unterbrochen worden wäre. Es muß deshalb in Moskau als unwahrscheinlich gelten, daß dies bei SDI anders wäre.

Eine sowjetischen Interessen zuwiderlaufende Auslegung von SDI wird auch durch Äußerungen Reagans und seiner engsten Mitarbeiter seit Beginn der zweiten Amtsperiode des Präsidenten gestützt. In diesen Äußerungen wird strikt die Auffassung zurückgewiesen, SDI sei verhandelbar, ein „bargaining chip“⁸⁾. Während bei manchen diesbezüglichen Stellungnahmen nicht immer deutlich ist, ob mit „SDI“ lediglich Forschung oder auch Entwicklung, Erprobung und Stationierung gemeint sein könnte, gibt es derartige Unklarheiten bei Verteidigungsminister Weinberger nicht. Er schloße, so sagte er in einem Interview mit CBS, „die Möglichkeit eines Verzichts auf ein strategisches Verteidigungssystem sowohl im Forschungsstadium als auch ... im Stadium der Stationierung aus“⁹⁾. Auf diese Stellungnahme hat sein sowjetischer Gegenspieler, Marschall Sokolow, mit dem Kommentar

⁸⁾ Verteidigungsminister Weinberger: „The President has said that he will not give up the Strategic Defense Initiative or the opportunity to develop it. It's the only thing that offers any real hope to the world and he will not give that up.“ (The Washington Post vom 24. Dezember 1984, S. A1/A6). Sicherheitsberater Robert McFarlane, einem Bericht der Washington Post zufolge, „dismissed the idea of trading with Moscow on Star Wars. We think that is not the way to go“, McFarlane said“ (ebd.). Ähnlich hat sich Fred Iklé, Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik, geäußert (ebd. 27. Oktober 1984, S. A 16).

⁹⁾ In einer Sendung der Fernsehgesellschaft CBS, in: IHT vom 15. Januar 1985, S. 1.

hingewiesen: „Ein Kommentar hierzu ist überflüssig.“¹⁰⁾

Präsident Reagan ist ebenfalls dem Eindruck entgegengetreten, die Stationierung einer Raketenabwehr sei verhandelbar: Auch dann, hat er erklärt, wenn es gelänge, ein internationales Abkommen über das Verbot von Nuklearwaffen zu erreichen, würde es sich lohnen, ein strategisches Abwehrsystem zu haben, um sich gegen Vertragsverletzungen der anderen Seite zu schützen¹¹⁾.

Wegen all der hier genannten Faktoren betrachtet die Sowjetführung SDI aller Wahrscheinlichkeit nach als eine große politische und technologische Herausforderung. Die Frage, die sich deshalb in Moskau stellt, ist: Wie ist dieser Herausforderung am besten zu begegnen? Durch Einlenken und Eingehen auf den von den Vereinigten Staaten angebotenen „strategischen Dialog“? Oder durch konfrontative politische Taktik und verstärkte eigene Forschungen und militärische Rüstung?

2. Vorläufige Festlegung der sowjetischen Haltung

Bisher haben sowjetische Politiker und Propagandisten auf Reagans Initiative mit Ablehnung und konfrontativer Taktik reagiert. Die Verhinderung der „Militarisierung des Weltraums“ ist von Moskau zum Lackmustest des Ost-West-Verhältnisses gemacht worden. SDI, so hat Gorbatschow auf der Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten im April 1985 behauptet, „destabilisiert das gesamte System der internationalen Beziehungen und führt zu einer noch größeren Verschärfung der politischen und militärischen Konfrontation“¹²⁾. Bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, erklärte er in einem Interview für die Prawda, werde „jetzt entschieden, wohin die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und die Entwicklung in der Welt insgesamt gehen wird“¹³⁾.

Auch der von den USA angebotene „strategische Dialog“ ist vom Leiter der sowjetischen Verhandlungsdelegation in Genf, Karpow, scharf zurückgewiesen worden. Man müsse den Eindruck gewinnen, kritisierte er im sowjetischen Fernsehen, daß die amerikanische Seite nicht darüber sprechen wolle, wie ein Wettrüsten im Weltall verhindert werden könne, sondern nur daran interessiert sei, „Vorträge über die angeblichen Vorzüge

¹⁰⁾ In einem Interview mit einem Korrespondenten von TASS, in: Prawda vom 6. Mai 1985, S. 4.

¹¹⁾ Interview mit der New York Times, in: IHT vom 13. Februar 1985, S. 1—2.

¹²⁾ Prawda vom 27. April 1985, S. 2.

¹³⁾ Prawda vom 8. April 1985, S. 1.

des amerikanischen Konzepts des ‚Kriegs der Sterne‘ zu halten, eines Konzepts, das darauf gerichtet ist, den Weltraum zu einer militärischen Bedrohung für die Menschheit zu machen“¹⁴⁾.

Zu den vermeintlichen, allen übergeordneten politisch-strategischen Absichten der USA hat sich der sowjetische Verteidigungsminister, Sokolow, wie folgt geäußert¹⁵⁾: Zur Zeit bestehe zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt ein ungefähres militärstrategisches Gleichgewicht. Dies sei eine „historische Errungenschaft“ der sozialistischen Gemeinschaft. Es sei eine unerläßliche Bedingung für ihre Sicherheit. Es zügle die „imperialen Ambitionen“ der USA. Und gerade deshalb würden in Washington erhebliche Anstrengungen unternommen, „die Parität zu zerstören und ein militärisches Übergewicht über die UdSSR und ihre Verbündeten zu erlangen“.

Weitere Kernpunkte der sowjetischen Argumentation können wie folgt zusammengefaßt werden:

— Es besteht eine unauflösliche Verbindung zwischen Offensiv- und Defensivwaffen. Dies ist bereits Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre erkannt und in den — aus triftigem Grund gleichzeitig abgeschlossenen — ABM- und SALT-I-Verträgen berücksichtigt worden.

— Es ist infolgedessen im höchsten Grad unlogisch, falls die USA tatsächlich eine Verringerung der nuklearen Arsenale wollen, nicht gleich zu einer drastischen Verringerung der Offensivwaffen zu schreiten, sondern erst eine strategische Abwehr aufzubauen.

— Man kann deshalb auch gar nicht davon ausgehen, daß die USA bei SDI an Verteidigung denken. Im Gegenteil, sie wollen das Potential für einen nuklearen Entwaffnungsschlag aufbauen.

— Zu diesem Zweck verbessern sie die Treffgenauigkeit und Eindringfähigkeit der bestehenden nuklearen Angriffswaffen.

— Sie haben in Verfolgung des Ziels, einen nuklearen Überraschungsangriff führen zu können, Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper in Westeuropa stationiert.

— Und sie führen dieser Zielsetzung entsprechend neue strategische Angriffswaffen ein: MX und Midgetman, seegestützte ballistische Raketen (D-5 SLBM), neue strategische Bomber (B-1 und „Stealth“-Programm) sowie land-, luft- und seegestützte Marschflugkörper.

— Der letzte Schritt zur Entwicklung einer Erstschlagsfähigkeit im Kalkül Washingtons ist

die Herstellung eines Raketenabwehrschilts. Dieser soll dazu dienen, einen Gegenschlag der UdSSR auf amerikanisches Territorium zu verhindern: Die sowjetischen Raketen, die den nuklearen Überraschungsangriff überstanden haben, sollen bereits in der Startphase vernichtet werden können¹⁶⁾.

Hinsichtlich der rüstungskontrollpolitischen Auswirkungen von SDI richtet sich der Hauptpunkt der sowjetischen Kritik gegen die mögliche Verletzung des ABM-Vertrags durch das amerikanische Forschungsprogramm. In dieser Frage hat sich die sowjetische Position erst verhärtet und ist dann etwas flexibler geworden. In einem Fernsehinterview im Anschluß an sein Treffen mit Außenminister Shultz in Genf von Mitte Januar 1985 hatte Gromyko lediglich festgestellt: „Die Durchführung wissenschaftlicher Forschungsarbeit mit dem Ziel, ein breitangelegtes Raketenabwehrsystem zu entwickeln, ist in politischer und moralischer Hinsicht zu kritisieren“; sie sei „anfechtbar (ujazvimoj) und muß zurückgewiesen werden“¹⁷⁾. Seine Sorge war nur: „Wer kann garantieren, daß man sich nach der Beendigung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten damit begnügt?“, d. h., daß es nach dem Abschluß nicht zur Erprobung und Stationierung käme¹⁸⁾.

In seinem Interview mit einem TASS-Korrespondenten hat Verteidigungsminister Sokolow dagegen behauptet:

— Die Ausflüchte Washingtons, daß die „Forschung“ durch den Vertrag von 1972 angeblich zugelassen sei, sind nicht stichhaltig. Artikel 5 dieses Vertrages verbietet die Schaffung, Erprobung und Stationierung von Raketenabwehrsystemen und ihrer weltraumgestützten Komponenten. Die in den USA betriebenen sogenannten „Forschungen“ zur Schaffung eines Raketenabwehrsystems mit weltraumgestützten Elementen gehen aber schon heute über den Rahmen wissenschaftlicher Forschungen hinaus.

— Es wird an bestimmten Versuchsmodellen von Weltraumangriffswaffen gearbeitet, an verschiedenen Lasern, elektromagnetischen Kanonen, Abfangraketen und Satellitenabwehrsystemen. Das alles sind Komponenten einer weltraumgestützten Raketenabwehr, „Steinchen eines endgültigen Systems“, wie sich der Berater des Präsidenten, Keyworth, ausdrückte. Die Forschungsarbeiten zur Schaffung solcher „Steinchen“ ste-

¹⁶⁾ Diese Argumentation findet sich fast wörtlich in den ausführlichen Stellungnahmen Sokolows (ebd.) und des sowjetischen Generalstabschefs, Marschall Achromejew (in: Prawda vom 4. Juni 1985, S. 4).

¹⁷⁾ Fernsehinterview mit einer Gruppe politischer Kommentatoren sowjetischer Massenmedien, in: Prawda vom 14. Januar 1985, S. 4.

¹⁸⁾ Ebd.

¹⁴⁾ IHT vom 18. März 1985, S. 1.

¹⁵⁾ In einem Interview mit einem TASS-Korrespondenten, in: Prawda vom 6. Mai 1985, S. 4.

hen in direktem Widerspruch zum Vertrag von 1972, sie müssen eingestellt und verboten werden¹⁹⁾.

Ganz offensichtlich ist dies eine unhaltbare Maximalposition. Denn keine der in den USA aktiv an Sicherheitspolitik beteiligten Regierungsinstitutionen und ernst zu nehmenden Interessengruppen sieht die zur Zeit laufenden Forschungsarbeiten als vertragswidrig an. Und keine dieser Institutionen und Gruppen wäre bereit, auf ein Mindestmaß an Forschung als „prudent hedge“ gegen sowjetische Entwicklungen zu verzichten. Wenn die Sowjetunion tatsächlich ein Abkommen über die Begrenzung offensiver oder defensiver strategischer Waffen will, muß sie ihre Maximalposition aufgeben.

Erste Anzeichen dafür hat es bereits gegeben. In seinem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin Time hat Gorbatschow zugestan-

den, daß sich die sowjetische Haltung nicht gegen Weltraum-Grundlagenforschung richte. Die Grenze zwischen dem, was zulässig und zu verbieten sei, liege in der *Konstruktionsphase*. Die Grenze werde dann überschritten, wenn Aufträge für die Erstellung von Prototypen vergeben würden²⁰⁾.

Ein großes Zugeständnis ist dies allerdings nicht. Was aber könnte die Sowjetführung veranlassen, größeres Entgegenkommen zu zeigen? Genauer: Aufgrund welcher Faktoren könnte sie bereit sein, nicht nur ihre starre Haltung zum Problem weltraumbezogener Forschung, sondern auch zur Frage der Entwicklung, Erprobung und Stationierung von weltraumgestützten strategischen Waffen zu revidieren? Wie steht es darüber hinaus mit den Chancen einer Verbesserung auch der politischen Beziehungen zwischen den Supermächten?

IV. Bestimmungsfaktoren der sowjetischen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten

1. Günstige innenpolitische Bedingungen in der Sowjetunion

Eine optimistische Sicht der Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und der Genfer Verhandlungen ließe sich aus günstigen innenpolitischen Voraussetzungen ableiten. Das Problem der Führungsschwäche an der Spitze der Sowjetunion, so könnte man argumentieren, gehöre endgültig der Vergangenheit an. Nach dem Immobilismus der Ära Breschnew, der dynamischen, aber kurzen Übergangsphase von Andropow und dem Rückfall in die Ideenlosigkeit einer weiteren, ebenso kurzen Übergangsphase unter Tschernenko sei mit Gorbatschow nun endlich ein Generalsekretär ernannt worden, der die Zügel des Sowjetreiches wieder fester in der Hand hält. Von ihm könne erwartet werden, daß er die Geschichte der Sowjetunion vielleicht ähnlich lange und nachhaltig beeinflussen wird, wie seinerzeit Stalin — allerdings in einer ganz anderen Richtung: Von ihm sei zu erwarten, daß er die Modernisierung der Sowjetunion und die Öffnung des Landes nach außen energisch betreiben wird.

Um sein innen- und außenpolitisches Programm zu verwirklichen, hat er bereits ein umfangreiches Revirement vorgenommen. Allein in den ersten vier Monaten seiner Amtszeit hat er vier neue Vollmitglieder des Politbüros (Tschebrikow,

Ryschkow, Ligatschow und Schewardnadse) und drei neue Sekretäre (Ligatschow, Sajkow und Eltschin) ernannt. Dieses Revirement auf höchster Ebene des sowjetischen Machtapparats ist wahrscheinlich keineswegs abgeschlossen und wird sich wohl auf der mittleren und den unteren Ebenen der Staats- und Parteibürokratie fortsetzen.

Als besonders günstig für das sowjetisch-amerikanische Verhältnis könnte sich die Beschneidung des Einflusses der sowjetischen Streitkräfte im Machtzentrum des Parteistaats auswirken. Nach der Herabstufung von Generalstabschef Ogarkow, dem Tod von Verteidigungsminister Ustinow (bis zu seinem Tod war er Vollmitglied des Politbüros) und der Ernennung von Marschall Sokolow zu seinem Nachfolger (er ist bereits 74 Jahre alt und nur Kandidat des Politbüros) mußten sie sich auch mit dem Ausscheiden von ZK-Sekretär Romanow abfinden, der als Vertreter rüstungswirtschaftlicher Interessen, Anwendung militärischer Macht nach außen und als größter Rivale Gorbatschows galt. Die politische Führung ist deshalb eher als in der Vergangenheit fähig, Rüstungskontrolle auch gegen Interessen und Vorstellungen des militärischen Establishments durchzusetzen.

²⁰⁾ Engl. Text in: Times vom 9. September 1985, S. 16 bis 29 (siehe S. 28); russ. Text in: Prawda vom 2. September 1985, S. 1—2 (siehe S. 2). Allerdings hatte bereits Gromyko im Januar 1985 weltraumbezogene Grundlagenforschung für zulässig gehalten (siehe Anm. 17).

¹⁹⁾ Prawda vom 6. Mai 1985, S. 4.

Allerdings ist große Sorgfalt bei der Bewertung der innenpolitischen Entwicklung der UdSSR geboten. Der bisher von Gorbatschow in der Innen- und Wirtschaftspolitik eingeschlagene Weg deutet darauf hin, daß er das „entwickelte System des Sozialismus“ *vervollkommen*, nicht aber grundlegend verändern will. Er will Maßnahmen ergreifen, um Staat und Gesellschaft von „fremden Erscheinungen“ zu säubern, die „sozialistische Gesetzlichkeit zu festigen“ und die „Disziplin zu stärken“²¹⁾. Wie unter Andropow soll mit Hilfe eines entschiedenen Kampfes gegen Günstlingswirtschaft, Trunksucht, Faulenzerei, „Selbstgefälligkeit und Unverantwortlichkeit“²²⁾ das Ansehen der Partei gefördert und die Arbeitsproduktivität in der Wirtschaft verbessert werden. Die notwendigen Veränderungen sollen „ohne Abweichungen in Richtung auf eine Marktwirtschaft“ erfolgen²³⁾.

Gorbatschow hat deutlich gemacht, daß es ihm nicht darum geht, eine Konsumgesellschaft westlichen Maßstabs herzustellen. Er will eine „intensive, hochentwickelte Wirtschaft“, weil nur diese „eine Festigung der Positionen [der Sowjetunion] in der internationalen Arena garantieren“ könne²⁴⁾ und weil von ihr die „Verteidigungsfähigkeit unseres Landes“ abhängt²⁵⁾.

Hinzu kommt, daß Gorbatschow nur eine erste Runde des innenpolitischen Machtkampfs zu seinen Gunsten entschieden hat. Seine Wahl zum Generalsekretär soll lediglich gegen den Widerstand konservativer und ideologisch-orthodoxer Gruppierungen in der Führungsspitze möglich gewesen sein²⁶⁾. Dieser Widerstand könnte sich wieder regen. In einer Situation gefestigter, aber noch nicht voll gesicherter Macht kann es sich Gorbatschow allerdings kaum leisten, nach innen oder außen als schwach zu erscheinen. Im Gegenteil: Er muß darauf achten, als prinzipientreuer Verfechter sowjetischer Machtinteressen zu gelten.

²¹⁾ Wirtschaftspolitische Grundsatzrede Gorbatschows vor Betriebsleitern der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft, in: Prawda vom 12. April 1985, S. 1 bis 2.

²²⁾ Rede Gorbatschows vor dem ZK der KPdSU, in: Prawda vom 12. März 1985, S. 3.

²³⁾ Ligatschow in einer Rede vor Absolventen einer Partei-Akademie, in: Prawda vom 29. Juni 1985, S. 3, und Süddeutsche Zeitung vom 1. Juli 1985, S. 2; Ligatschow ist im ZK der KPdSU für ideologische und Kaderfragen verantwortlich.

²⁴⁾ Ideologische Grundsatzrede, in: Prawda vom 11. Dezember 1984, S. 2.

²⁵⁾ Wirtschaftspolitische Grundsatzrede, in: Prawda vom 12. April 1985, S. 1—2.

²⁶⁾ Siehe beispielsweise den Bericht des Moskauer Korrespondenten der New York Times, Seth Mydans, in: IHT vom 5. Juli 1985, S. 1.

2. Technologischer Rückstand und wirtschaftliche Kosten der militärischen Konkurrenz

Ein weiterer Gesichtspunkt, der zur Erhärtung der Auffassung genannt werden kann, daß die UdSSR ein großes Interesse an einem Arrangement mit den USA haben müsse, könnte wie folgt lauten: Die Sowjetunion könne beim Aufbau einer weltraumgestützten strategischen Abwehr in *technologischer* Hinsicht nicht mit den Vereinigten Staaten mithalten. Es gehe bei der mit SDI verbundenen Forschung nicht um punktuelle militärtechnologische Entwicklungen, sondern um eine ganze Bandbreite neuer — auch ziviler — Technologien: verbesserte Sensoren (Optoelektronik) und Satelliten zur genauen Erfassung von Raketenstarts und -flugbahnen, Hochgeschwindigkeits- und Miniaturelektronik, noch leistungsfähigere Computer und ganz neue Waffen — wie zum Beispiel Strahlenwaffen —, die mit diesen Computern verbunden sind.

Es ist auch zweifelhaft, ob die Sowjetunion in der Lage ist, die für den Aufbau einer strategischen Abwehr im Weltraum notwendigen *wirtschaftlichen* Kosten zu tragen. Geht man davon aus, daß der neue sowjetische Parteichef seine vorrangige Aufgabe in der Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft sieht, würde die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Verteidigungszwecke seinen Zielsetzungen in dreierlei Hinsicht entgegenstehen.

Sie würde erstens diejenigen Machtapparate im sowjetischen Regierungssystem stärken, die bereits in der Vergangenheit allen Neuerungen im Wege gestanden haben: die mittlere Ebene der Planungsbürokratie und des Parteiapparats, die Schwerindustrie und das Militär (der „militärisch-industrielle Komplex“).

Zweitens würde die Innovation noch stärker als bisher in den militärischen Sektor der Volkswirtschaft verlagert. Ihrer Struktur nach ist die Rüstungsindustrie aber wenig durchlässig. Sie produziert fast keine „spillover“-Effekte für die Gesamtwirtschaft.

Drittens ist die Sowjetwirtschaft bereits heute mit Verteidigungsausgaben stark belastet. Dies ist eine Tatsache, die möglicherweise zu dem (von CIA und DIA berechneten) Abflachen der Wachstumsraten bei den sowjetischen Militärausgaben von ungefähr 4% von Mitte der sechziger Jahre bis Mitte der siebziger Jahre auf ca. 2 bis 3% (bei der Beschaffung neuer Waffen sogar nur auf rund 1% im Zeitraum von 1976 bis einschließlich 1982) beigetragen hat. Schon heute ist die Belastung der sowjetischen Volkswirtschaft mit Militärausgaben doppelt so hoch wie die der USA, nämlich 12 bis 13% des Bruttosozialpro-

dukts. Eine noch höhere Belastung könnte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sowjetunion insgesamt gefährden.

Einige Einschränkungen sind auch bei diesen Thesen angebracht. Ob die UdSSR technologisch und wirtschaftlich mit den USA wirksam konkurrieren kann, wird ganz entscheidend davon abhängen, ob strategische Verteidigung tatsächlich zu einem zentralen Aspekt der amerikanischen Militärdoktrin wird und, falls ja, ob der Kongreß die dafür notwendigen Mittel bewilligen wird. Zumindest ist die große Unterstützung, die der Präsident für seine militärischen Vorhaben in der ersten Amtszeit im Kongreß und in der öffentlichen Meinung hatte, zu Beginn seiner zweiten Amtsperiode erheblich zurückgegangen.

Zweitens ist gegenüber der Auffassung, die Sowjets könnten in technologischer Hinsicht bei der Erforschung und Entwicklung einer strategischen Abwehr mit den USA nicht mithalten, aus historischen Gründen Vorsicht geboten. Die Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Rüstungskonkurrenz enthält viele Lehrstücke. Zu diesen gehört nicht nur die Überschätzung der sowjetischen Fähigkeiten in der Raumfahrt („Sputnik-Schock“) und der Interkontinentalraketen („missile gap“) Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre, sondern auch die *Ünterschätzung* sowjetischer Fähigkeiten. Das beste Beispiel dafür ist die Fehleinschätzung des Zeitbedarfs für die Entwicklung einer sowjetischen Atombombe: Noch 17 Monate vor dem Test der ersten sowjetischen Nuklearwaffe im August 1949 meinten ernst zu nehmende westliche Wissenschaftler, die UdSSR würde noch gut ein halbes Jahrzehnt brauchen, um diesen Schritt tun zu können. Ähnliche — wenn auch weniger drastische — Fehlbeurteilungen gab es in den siebziger Jahren bei der Berechnung des von der Sowjetunion benötigten Zeitbedarfs für die Entwicklung von MIRV-Systemen und Marschflugkörpern.

Drittens zeigen kürzlich vom amerikanischen Verteidigungsministerium gemachte Angaben²⁷⁾, daß die USA der UdSSR zwar bei den meisten technologischen Entwicklungen im zivilen Bereich voraus sind, daß der Abstand zwischen den beiden Staaten in der *Militärtechnologie* aber nicht so groß ist und daß er bei den tatsächlich dislozierten Waffensystemen am geringsten ist, ja daß die Sowjetunion bei einigen modernen Waffen sogar einen Vorsprung besitzt.

Dieses Untersuchungsergebnis findet seine Erklärung darin, daß der Rüstungssektor in der UdSSR in vieler Hinsicht anders strukturiert ist

als die zivile Wirtschaft. Er ist privilegiert, er ist zentralisierter, schärferer Kontrolle unterworfen und leistungsfähiger (wenn auch nicht unbedingt wirtschaftlich effizienter) als die Gesamtwirtschaft. In ihm gelten andere Gesetze. Trotz der besonderen Beschaffenheit des Rüstungssektors und seiner Verbindung mit technologischen Entwicklungen in westlichen Industriestaaten über ein umfangreiches Auswertungs- und Spionagesgesetz sowie legalen und illegalen Technologietransfer könnten die USA (bei energischen Anstrengungen) Vorteile über die UdSSR bei der militärtechnologischen Konkurrenz erringen. Ob dadurch aber das militärstrategische Kräfteverhältnis wesentlich verändert und politisch nutzbar gemacht werden könnte, ist zweifelhaft.

Was viertens die Belastung der sowjetischen Wirtschaft mit Verteidigungsausgaben angeht, ist anzumerken, daß der Effekt, der durch eine scharfe Beschneidung dieser Ausgaben für die Volkswirtschaft erzielt würde, sehr umstritten ist. Franz Walter, ein deutscher Fachmann für sowjetische Rüstungs- und Wirtschaftsfragen, kommt in einer entsprechenden Untersuchung zu dem Ergebnis, daß selbst größere Kürzungen der Zuwachsraten bei den Militärausgaben das Wirtschaftswachstum nur um Bruchteile eines Prozents verbessern würden²⁸⁾. Abraham Bergson, ein amerikanischer Wissenschaftler, meint, sogar eine Halbierung der sowjetischen Verteidigungsausgaben würde nur zu einer Zunahme des Wirtschaftswachstums von ca. 0,5% führen — und das auch erst nach einigen Jahren²⁹⁾. Das Interesse der Sowjetführung an Rüstungsvereinbarungen braucht deshalb — trotz drängender wirtschaftlicher Probleme — nicht sehr groß zu sein, wenn es darum gehen soll, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen. Um Wachstumseffekte zu erzeugen, muß die Führung hauptsächlich bei der Beseitigung der systembedingten Hindernisse ansetzen.

Zu berücksichtigen ist schließlich noch die Tatsache, daß die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie für strategische Waffen in der Sowjetunion — wie in den Vereinigten Staaten — nur einen geringen Prozentsatz der gesamten Rüstungsaufwendungen ausmachen (ca. 13% bei der ersten Ausgabenkategorie und ca. 21% bei der zweiten)³⁰⁾. Umschichtungen in der Ausgaben-

²⁸⁾ Franz Walter, Rüstung und Wirtschaftswachstum in der UdSSR, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1978/1979, München 1979, S. 166—76.

²⁹⁾ Auf einer Konferenz über sowjetische Militärausgaben im Russian Research Center der Harvard Universität am 14. Februar 1985.

³⁰⁾ National Foreign Assessment Center, Soviet and US Defense Activities, 1971—80: A Dollar Cost Com-

²⁷⁾ The Fiscal Year 1985 Department of Defense Program for Research, Development and Acquisition, Washington 1984.

struktur würden es der UdSSR erleichtern, größere Mittel sowohl für Forschung und Entwicklung als auch für defensive oder offensive strategische Waffen bereitzustellen.

3. Schaffung neuer Stabilität bei den strategischen Offensiv- und Defensivwaffen

Ein weiterer Grund dafür, warum der Sowjetführung daran gelegen sein könnte, auf den ihr von Präsident Reagan angebotenen „strategischen Dialog“ einzugehen, liegt in den Anstrengungen der Vereinigten Staaten, ihre offensiven strategischen Systeme zu modernisieren. Denn bei den land-, see- und luftgestützten Offensivwaffen der USA zeichnet sich deutlich folgender Trend ab: Verbesserung der Zielgenauigkeit, Durchdringungsfähigkeit und Zerstörungskraft der Trägersysteme sowie die Aufstockung der Anzahl der Sprengköpfe von heute ungefähr 9 000 auf 14 000 im Jahre 1990. Das strategische Potential der UdSSR würde dadurch einer qualitativ neuen Bedrohung ausgesetzt. Diesen Trend zu verzögern oder anzuhalten, würde durchaus im Interesse der Sowjets liegen.

Eine zwingende Notwendigkeit, auf amerikanische Vorstellungen einzugehen, ergibt sich hieraus allerdings nicht. Die UdSSR befindet sich bei der Rüstungskonkurrenz auf dem Gebiet der strategischen Offensivwaffen keineswegs im Hintertreffen. Sie ist gegenüber den USA im Vorteil, weil sie den größten Teil ihrer strategischen Offensivwaffen auf landgestützte Systeme verteilt hat und dort wiederum auf die „schweren“ MIRV-fähigen Raketen des Typs SS-18 und SS-19, und weil sie darüber hinaus Produktionskapazitäten besitzt, die weit über die gegenwärtigen Stationierungs-, Test- und Austauschbedürfnisse der UdSSR hinausgehen.

Dies hat dazu geführt, daß die Vereinigten Staaten heute ein größeres Interesse als die UdSSR an der Einhaltung der SALT-II-Bestimmungen haben müssen. Denn würde die UdSSR beispielsweise in nächster Zeit ihre Drohung wahr machen, den Verhandlungstisch in Genf zu verlassen und auf die Entwicklung, Erforschung oder den Beginn der Stationierung von weltraumgestützten Abwehrsystemen der USA mit dem Ausbau ihrer Offensivwaffen zu reagieren, könnte sie dies viel schneller tun als die USA.

Dieser Ausbau könnte explosionsartig verlaufen. Schätzungen des Congressional Research Service zufolge könnte die UdSSR bei einem Ausbruch aus SALT II die Anzahl ihrer strategischen Waf-

parison, SR 81-1005, Januar 1985; dass., Soviet and US Defense Activities, 1970—79: A Dollar Cost Comparison SR 80-1005, Januar 1980, S. 4 u. 6.

fen von heute ca. 10 000 auf 30 000 im Jahr 1994 aufstocken³¹⁾. Die Federation of American Scientists berechnet die noch höhere Zahl von 40 000 Waffen³²⁾.

Eine Aufstockung sowjetischer Offensivwaffen würde die Wirksamkeit einer weltraumgestützten strategischen Abwehr in zweierlei Hinsicht einschränken. Erstens könnte die Abwehr übersättigt werden. Nach Berechnung eines amerikanischen Fachmanns für sowjetische Militärfragen³³⁾ wäre die UdSSR fähig, unter Nutzung brachliegender Produktionskapazitäten bis Ende der neunziger Jahre ca. 6 000 Raketen herzustellen. Ohne daß es nötig wäre, sie mit Nuklearsprengköpfen zu bestücken, könnten sie in der „Boost“- und „Post-boost“-Phase des Flugs als Köder eingesetzt werden. Zweitens könnte die Produktion von derzeit jährlich weniger als 10 Bear-H Bombern relativ problemlos auf ungefähr die Produktionsrate ausgeweitet werden, welche der Herstellung des Backfire-Bombers zugrunde liegt, nämlich rund 30 Stück pro Jahr. Noch vor der möglichen Fertigstellung eines weltraumgestützten strategischen Abwehrsystems durch die USA könnten der UdSSR infolgedessen Ende der neunziger Jahre zwischen 1 500 und 3 000 Marschflugkörper für strategische Angriffsoperationen zur Verfügung stehen³⁴⁾. Die strategische Abwehr könnte dadurch umgangen werden, denn gegen derartige Systeme ist sie unwirksam.

Die politische und militärische Führung der Sowjetunion kann also und wird wahrscheinlich davon ausgehen, daß es möglich sein wird, eine von den USA aufgebaute strategische Abwehr zu umgehen — und darüber hinaus auch militärisch zu bekämpfen. Ihr dürfte bekannt sein, daß es in der Militärgeschichte noch kein Beispiel dafür gegeben hat, daß eine Verbesserung der Defensivwaffen nicht durch eine Verstärkung der Offensivwaffen aufgehoben werden konnte. Sie wird auch wissen, daß sich die UdSSR bei den Offensivwaffen in einer vorteilhaften Position gegenüber den USA befindet. Es würde infolgedessen jeder Logik — und vor allem jeder „sowjetischen Logik“ — widersprechen, einer Reduzierung von Offensivwaffen zuzustimmen, ohne daß Begrenzungen von Defensivwaffen vereinbart worden wären. Es

³¹⁾ Angaben zit. nach: Strobe Talbott, Questions About Soviet Cheating, in: Time Magazine vom 3. Dezember 1984, S. 33.

³²⁾ Ebd.

³³⁾ Stephen Meyer, Soviet Strategic Programs and the U. S. SDI, unveröffentlichtes Forschungspapier, vorgelegt auf der Konferenz des International Institute for Strategic Studies, The Future of Arms Control, 8. bis 10. Mai 1985, S. 10f.

³⁴⁾ Ebd.

wäre deswegen auch unklug, die folgende, von General Tschernow, einem Mitglied des sowjetischen Generalstabs, ausgesprochene Warnung als bedeutungslose Propaganda abzutun: „Wir werden nicht auf unseren Händen sitzen und

warten“, bis sich die Vereinigten Staaten „entschieden haben“, eine Raketenabwehr aufzubauen. „Wir werden vor diesem Zeitpunkt anfangen, unsere strategischen Streitkräfte zu vervollkommen.“³⁵⁾

V. Fazit

Selbstverständlich muß die neue sowjetische Führung ein großes Interesse daran haben, ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu verbessern. Ihr muß auch daran gelegen sein, einen für sie riskanten und wirtschaftlich kostspieligen Wettbewerb mit den USA bei der strategischen Abwehr zu vermeiden. Das trifft ganz besonders für den Wettbewerb bei den „exotischen“ Weltraum-Komponenten der Abwehr zu. Sie befindet sich zur Zeit aber keineswegs im Zugzwang.

Die für sie beste Verhandlungsstrategie und das durch diese anzustrebende Verhandlungspaket könnte wie folgt aussehen:

— Festhalten — vielleicht bis zum Ende der zweiten und letzten Amtszeit Reagans — an dem Rahmen, der durch die SALT-Abkommen und den ABM-Vertrag gezogen worden ist.

— Fortsetzung des Test-Moratoriums bei ASAT, um die Grenze zu den weltraumgestützten Abwehrwaffen nicht zu verwischen und das sowjetisch-amerikanische Kommunikationsnetz in Krisen nicht zu gefährden.

— Herausstellen der sowjetischen Bereitschaft, scharfen Beschneidungen bei den Offensivwaffen zuzustimmen — unter der Voraussetzung allerdings eines Verbots von Weltraumwaffen.

— Mit Hilfe entsprechender Vorschläge für strategische Rüstungskontrolle Einwirken auf die öffentliche Meinung in den USA und Westeuropa mit dem Ziel, das SDI-Programm politisch zu

untergraben und seine Entfaltung zu verzögern und eventuell sogar ganz zu Fall zu bringen.

— Fallenlassen der Maximalposition, daß SDI-„Forschung“ untersagt werden müsse; Anheben der Verbots-Schwelle durch eine Unterscheidung von (erlaubter) „Forschung“ einerseits und (verbotener) „Entwicklung“ und „Erprobung“ von Prototypen und der „Stationierung“ von Waffen andererseits.

— In einer späteren Phase Zustimmung zu Anpassungen des ABM-Vertrags an — auch im Rahmen von SDI-Forschung gemachte — neue militärtechnologische Entwicklungen, zu einer Modernisierung der landgestützten Komponenten strategischer Abwehr beider Seiten und einer Begrenzung der offensiven Systeme; im Austausch dafür aber Vereinbarung eines strikten Verbots der Stationierung von „Angriffs“-Weltraumwaffen.

Dem Kernpunkt der sowjetischen propagandistischen Position wäre dadurch Genüge getan: Die „Militarisierung des Weltraums“ würde in sowjetischer Sicht verhindert. Auch dem Kern des sowjetischen Interesses wäre gedient: Die de facto bestehende militärstrategische Parität würde nicht gefährdet und die UdSSR würde nicht zum Aufbau einer weltraumgestützten Abwehr gezwungen.

³⁵⁾ In einem Interview in den Vereinigten Staaten, in: IHT vom 6. März 1985.

Sowjetische und amerikanische Feindbilder

Die kognitiven Grundlagen der Ost-West-Beziehungen

I. Theoretische Vorbemerkungen: Die Bedeutung gegenseitiger Wahrnehmungen in der internationalen Politik

1. Erwartung und Handeln

Der Ost-West-Gegensatz ist — wie alle Gegensätze in der internationalen Politik — auch und zu einem wesentlichen Teil ein Gegensatz zwischen unterschiedlichen Sehweisen oder Perspektiven. Eine Betrachtung eines internationalen Problems wäre unvollständig ohne Einbezug dieses kognitiven Aspekts, d. h. des Aspekts der gegenseitigen Wahrnehmungen; denn jede außenpolitische Entscheidung, die sich auf das Gegenüber bezieht, beruht auf bestimmten Annahmen über das künftige Verhalten dieser Gegenseite. Diese Annahmen fußen ihrerseits auf Annahmen über die gegnerischen Ziele und Motive, die Fähigkeiten und die Absichten des Gegners. Was immer eine Regierung in einer bestimmten Lage beschließt, hängt folglich ab von der Art und Weise, wie sie diese Lage wahrnimmt. Noch allgemeiner ausgedrückt: Verhalten wird offenbar weitgehend bestimmt durch die Wahrnehmung — wie man den Gegner wahrnimmt, so handelt man ihm gegenüber.

So geht es im Konflikt zwischen Ost und West letztlich nicht um die Zahl der Raketen, der nuklearen Gefechtsköpfe, der Reichweiten, der Panzer und um die Truppenbestände. Dergleichen steht zwar stets im Vordergrund und beschäftigt die verantwortlichen Politiker und Be-

Dieser Beitrag fußt auf der im Auftrag des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung (UNIDIR) verfaßten Studie „Assumptions and Perceptions in Disarmament“, verlegt bei United Nations Publications, New York 1984, die auch alle Belege detailliert nachweist. Eine deutsche Kurzfassung ist als Taschenbuch unter dem Titel „Feindbilder und Abrüstung“, München 1985, erschienen. Beide Veröffentlichungen enthalten umfassende Quellen- und Literaturangaben, auf deren Wiedergabe hier verzichtet wird.

amten nicht weniger als die alarmierte Öffentlichkeit. Aber hinter den Waffen stehen Menschen mit ihren Erwartungen, mit ihrem Mißtrauen und vor allem mit den Bildern, die sie sich von der Gegenseite machen. Wichtiger als die Gefechtsköpfe sind die Köpfe der Politiker.

Das friedliche oder feindselige Nebeneinander zweier Staaten ergibt sich keineswegs nur aus dem Stand ihrer Rüstung; das gerüstete Nebeneinander Deutschlands und Frankreichs stellt heute ebensowenig ein politisches Problem dar wie dasjenige der bewaffneten Kleinstaaten Österreich und Schweiz. Erst die Erwartung feindseliger Absichten macht ein solches Nebeneinander zur Gegnerschaft. Je nachdem, ob man den Partner als Freund oder als Feind wahrnimmt, erhalten dieselben Tatsachen — Rüstungsbestände und Mannschaftsstärken — eine je völlig verschiedenartige Bedeutung.

2. Sind Feindbilder abbaubar?

Aufgrund dieses Umstandes folgern viele kritische Betrachter, daß es daher einer Überwindung der „Feindbilder“ bedürfe, um Frieden zu schaffen. Entspannung sei in erster Linie eine Angelegenheit richtiger Wahrnehmung, Spannung eine Folge von Fehlwahrnehmung oder Vorurteil. Manche Vertreter der Friedenspädagogik äußern die Auffassung, es genüge, Vorurteile zu „hinterfragen“ und Feindbilder „abzubauen“, um den Konflikt zwischen Ost und West zum Verschwinden zu bringen. Der Friede sei herstellbar, sobald erst die Zerrbilder und Mißverständnisse in der gegenseitigen Wahrnehmung beseitigt seien. Es brauche lediglich eine Seite damit zu beginnen, den Teufelskreis von Feindbildwahrnehmung, Furcht und „Politik der Stärke“ gegenüber der anderen Seite zu durchbrechen — dann würde die andere Seite über kurz oder lang folgen und ihrerseits ihr Feindbild in derselben Weise ab-

bauen, wie sie es vorher im Wechselspiel mit dem Gegner hochgeschaukelt habe.

Diese These beruht auf der Annahme, Fehlwahrnehmungen und durch sie erzeugte Mißverständnisse bildeten die wichtigste, wenn nicht gar einzige Ursache von Konflikten. Der praktische Wert der aus ihr abgeleiteten Folgerungen steht und fällt natürlich ebenfalls mit dieser Annahme — einer Annahme, die sich bei näherem Zusehen als reichlich kühn erweist und kritischer Prüfung kaum standhält. Denn selbstverständlich gibt es auch echte und tiefgreifende Interessenkonflikte, die sich nicht einfach als Mißverständnisse deuten lassen.

Wenn nicht alles täuscht, dürfte es sich auch beim Ost-West-Konflikt um einen solchen echten Konflikt handeln. Grundsätzliche Interessensgegensätze scheiden die sowjetische und die amerikanische Führung voneinander, und diese unvereinbaren Interessen wurzeln ihrerseits in unterschiedlichen Wertstrukturen, die letztlich tief im Wesen der jeweiligen Gesellschafts- und Regierungsform verankert sind. Dies zu übersehen, hieße einer sehr oberflächlichen Betrachtungsweise huldigen.

Darüber hinaus müssen sich viele friedenspädagogische Befürworter eines „Feindbildabbaus“ als des wichtigsten oder gar einzigen Ansatzes der Friedenssicherung den Vorwurf einer gewissen Naivität gefallen lassen. Denn sie meinen offenbar recht unkritisch und zuversichtlich, einer klaren Scheidung von „richtiger“ Wahrnehmung und „Fehlwahrnehmung“ fähig zu sein. Sie prangern bestimmte Sehweisen von Regierungen als „Zerrbilder“ oder „Vorurteile“ an, ohne in irgendeiner Weise erläutern zu können, wie denn Wahn und Wirklichkeit sich im konkreten Fall auseinanderhalten lassen. Meistens begnügen sie sich damit, einfach eine bestimmte, ihnen aus irgendeinem (meist innenpolitischen) Grund mißliebige Sehweise als „Fehlwahrnehmung“ abzutun. Damit tragen sie freilich nicht zur Klärung bei, sondern liefern weiter nichts als ein Bekenntnis ihres eigenen Vorurteils.

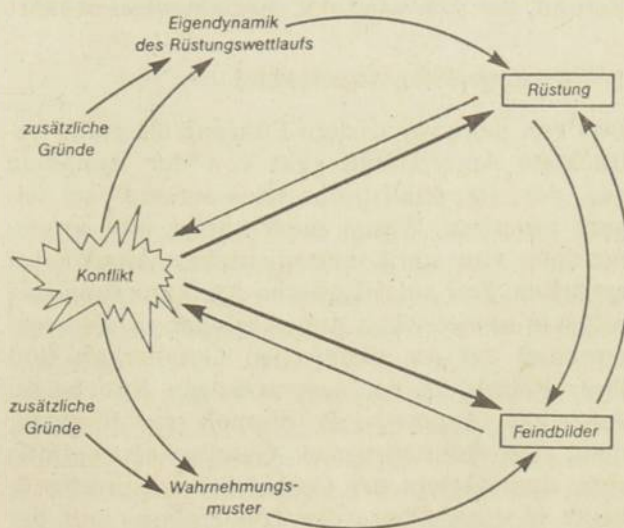
3. Konflikt und Feindbilder

Bei einer nüchternen Würdigung der Zusammenhänge wird man sich der Einsicht nicht verschließen können, daß der Konflikt Feindbilder entstehen läßt und nicht umgekehrt. Ganz ähnlich wie auch der Rüstungswettlauf ja letztlich durch den ihm zugrundeliegenden politischen Konflikt hervorgerufen wird, wie die Waffen nicht abgeschafft werden können ohne eine vorherige Lösung dieses politischen Grundkonflikts, lassen sich auch die unversöhnlichen und auf Feindse-

ligkeit gestimmten Bilder von der Gegenseite nicht einfach durch bessere Information und etwas guten Willen überwinden, solange nicht der Konflikt, dem sie entspringen, selbst geregelt oder gelöst ist.

Allerdings pflegen Konflikte auf allen Gebieten — auf dem Gebiet der Rüstung nicht weniger als auf dem Gebiet der Gegnerwahrnehmung — eine Reihe zusätzlicher Prozesse auszulösen, die ihrerseits wieder mächtig verstärkend auf den Konflikt zurückwirken. Genauso wie der Rüstungswettlauf sich zusätzlich durch die ihm innewohnende Dynamik und durch weitere sekundäre Faktoren wie innenpolitische Interessen, Trägheit der Rüstungsplanung, technologische Innovation usw. dauernd steigert, werden auch die feindseligen Vorstellungen vom jeweiligen Gegner dauernd weiter vertieft und weiter verzerrt durch die Eigendynamik der Wahrnehmungsmuster. Rüstung wie Feindbilder verstärken auf diese Weise den Konflikt.

Zudem beeinflussen diese hüben und drüben ablaufenden Prozesse einander auch noch gegenseitig: Ein durch Wahrnehmungsverzerrungen in seiner Feindseligkeit bestärktes Gegnerbild veranlaßt dessen Träger, noch mehr Sicherheit in mehr Waffen zu suchen. Ein „überzogenes“ Gegnerbild ruft nach einer „Sicherheitsmarge“ gegenüber der andern Seite. Aber ein solches Verhalten erschreckt seinerseits den Gegner, und es bestätigt und verstärkt dessen Bedrohungswahrnehmung. Kurz: Die beiden Gegner geraten in einen Teufelskreis wechselseitiger Wahrnehmungen, Verdächtigungen und Aufrüstungsschritte. Dieser Kreis vertieft und verschärft ihren Konflikt, verzerrt ihre gegenseitige Wahrnehmung und verschüttet laufend Ansätze der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle. Die folgende Graphik veranschaulicht diese fatalen Zusammenhänge in geraffter Form:



Dabei ist es wichtig, die primären Ursache-Wirkungsbeziehungen von den sekundären Folgen zu unterscheiden. An erster Stelle nämlich ist es stets der grundlegende und echte Konflikt zwischen den beiden Mächten und der von ihnen vertretenen Standpunkte, der sowohl Rüstung wie Feindbilder erzeugt und dauernd nährt. Die sekundären Folgewirkungen verstärken beides durch ihre Eigendynamik. Zudem verschlingen sich gewissermaßen zwei Teufelskreise, indem jede Seite das Verhalten der Gegenseite wahrnimmt und im Rahmen ihres Feindbildes deutet. Die Folgerung ist nicht zu vermeiden, daß das Bemühen um eine „Berichtigung“ der Feindbil-

der allein nicht genügt. Das Übel wäre vielmehr an der Wurzel zu packen, d. h. es wäre der Konflikt in geregelte Bahnen zu lenken oder, noch besser, wirklich zu lösen.

Prüft man die allenfalls denkbaren Veränderungs- und Verbesserungsmöglichkeiten in der gegenseitigen Wahrnehmung der Gegner mit der gebotenen Vorsicht, so wird man im Auge behalten müssen, daß sich bestenfalls sekundäre Folgen im Sinn der Eigendynamik der Gegnerwahrnehmung beeinflussen lassen, vermutlich aber kaum die im Grundsätzlichen wurzelnden Vorstellungen. Nur die sekundären Folgen sind gewissermaßen „unnötig“ und deshalb abbaubar.

II. UdSSR und USA: Die beiden Gegnerbilder

Was läßt sich nun über die gegenseitige Wahrnehmung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika bzw. über deren Feindbilder aussagen? Eine sorgsame Bestandsaufnahme der einschlägigen Äußerungen von offizieller Seite fördert Sehweisen zutage, die über das taktische Hin und Her in seinen Bezügen zum aktuellen Tagesgeschehen hinaus Bestand haben. Beide Seiten (und im Grunde jede Regierung) perzipieren und operieren aus einer bestimmten Menge mittel- und langfristig stabiler Prämissen mit verhältnismäßig hohem Verallgemeinerungsgrad heraus. Beide Seiten pflegen ihren diesbezüglichen Ansichten auch immer wieder beredt Ausdruck zu geben. (Die methodologischen Aspekte der Erhebung und Analyse solcher Bilder werden, da sie in der diesem Beitrag zugrundeliegenden Studie ausführlich dargelegt sind, an dieser Stelle nicht weiter beschrieben.) Die Auswertung der Textquellen und eine gezielte Befragung hochrangiger Verantwortlicher in Moskau und Washington ergibt in dieser Hinsicht einen Befund, der sich wie folgt zusammenfassen läßt:

1. Das sowjetische Amerikabild

Das von der sowjetischen Führung als gültig betrachtete Amerikabild geht von der Annahme aus, der „imperialistische Klassenfeind“ sei seinem innersten Wesen nach immer und unvermeidbar von antikommunistischer Angriffslust getrieben. Der amerikanische Antikommunismus bildet in sowjetischen Augen folglich ein Wesensmerkmal der amerikanischen Gesellschaft und ihrer Politik. In der gegenwärtigen Epoche sei Amerikas Aggressivität doppelt zu fürchten, denn die kapitalistische Gesellschaft befinde sich, dem Gesetz der Geschichte entsprechend, heute in einer Phase des Niedergangs und der

„inneren Widersprüche“. Die weltweite Schwächung der USA durch den Verlust Vietnams, Kambodschas, Irans und durch die Siege des Sozialismus in Afghanistan, Angola, Moçambique, Äthiopien, Simbabwe und Nicaragua hätte deutlich gemacht, wohin das Schicksal des Kapitalismus letztlich führe. Seine innere Krise, ja sein Verfall sei übrigens aufgrund der wachsenden Arbeitslosenziffern, der Verschlechterung der Wohnungslage, des Gesundheits- und Erziehungswesens sowie aufgrund des allgemeinen moralischen Verfalls, insbesondere unter den Jugendlichen, nicht mehr zu übersehen. Der Kapitalismus stehe folglich gewissermaßen mit dem Rücken an der Wand.

Aber gerade darum sei er jetzt doppelt gefährlich; denn man müsse jederzeit mit Verzweiflungstaten rechnen, d. h. mit einer Flucht nach vorn und folglich mit Aggressionshandlungen gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder. Eine besonders unheilvolle Rolle spiele im amerikanischen politischen System der sogenannte „militärisch-industrielle Komplex“. Dieser wittere in der Gegnerschaft zur Sowjetunion unerhörte Profitgelegenheiten. Folglich habe er ein Interesse daran, die amerikanische Bevölkerung gegen die Sowjetunion aufzuhetzen und die amerikanischen Politiker durch Lügengeschwätz über die angebliche sowjetische Bedrohung zur Finanzierung immer neuer Rüstungsrunden zu veranlassen.

Bei ihrer Betrachtung des amerikanischen „Klassenfeindes“ glaubt die Sowjetführung von zweifelsfrei objektiver Erkenntnis auszugehen, indem sie sich eine „Klassenanalyse“ zu eigen macht und in erster Linie die „Klassennatur“ der amerikanischen Gesellschaft und Politik ins Auge faßt — der Rest ergibt sich in ihrer Sicht zwangsläufig

daraus. Ja, viele sowjetische Beobachter geben sogar ihre Überzeugung zu erkennen, das Wesen der amerikanischen Gesellschaft im Grunde viel besser zu verstehen als die Amerikaner selbst.

2. Das amerikanische UdSSR-Bild

Im Bild, das sich umgekehrt die amerikanische Regierung von der Sowjetunion macht, nimmt die sowjetische Militärmacht einen vorrangigen Platz ein. Diese Militärmacht übersteigt nach amerikanischer Auffassung bei weitem, was die Sowjetunion zu ihrer eigenen Verteidigung benötigt. Folglich dient die militärische Macht der Sowjetunion, so schließt man auf amerikanischer Seite, letztlich aggressiven Zwecken, nämlich einer Politik der Expansion und schließlich der Weltherrschaft. Man sieht diese Tendenz bestätigt durch historische Erfahrungen und auch durch das ideologische Fundament aller sowjetischen Politik.

Immer wieder betonen amerikanische Regierungssprecher auch die diktatorischen und tyrannischen Zustände im Innern der Sowjetherrschaft. Da das sowjetische Volk seinen Herren sehr große Opfer erbringen müsse und die Herrschenden in der Sowjetunion nichts anderes im Sinne hätten als die Sicherung und Mehrung ihrer Machtstellung, werde die Öffentlichkeit mit ideologischen Rechtfertigungen abgespeist. Die Sowjetführung fühlte sich aber trotzdem gegenüber ihrem eigenen Volk nicht sicher genug und sei besessen vom Streben nach innerer Machtsicherung, was seinerseits wieder einen höheren Rechtfertigungsbedarf erzeuge. Auf diese Weise sei das sowjetische politische System in einen

inneren Teufelskreis verstrickt, aus dem es kein Entrinnen gebe.

Vor allem aber pflege diese Mischung aus herrschaftsorientiertem Sicherheitsstreben und innenpolitisch notwendiger ideologischer Rechtfertigung zu einem Sendungsanspruch gegenüber der Außenwelt zu führen, der letztlich dauernd Aggressivität nähre. Wo immer die Sowjetunion folglich nicht auf Entschlossenheit und Widerstand stoße, nütze sie Schwächen des Gegners unermüdlich aus.

Ganz besondere Aufmerksamkeit widmen amerikanische Quellen in diesem Zusammenhang dem politischen Gebrauch militärischer Macht durch die Sowjetunion. Der Aufbau eines gewaltigen Militärpotentials diene der Sowjetführung einerseits als Instrument zum direkten Eingreifen auch in entfernten Gegenden, dies insbesondere dank der wachsenden Interventionskapazität der Roten Flotte. Andererseits aber kenne die sowjetische Führung auch eine politische Verwendung ihrer militärischen Macht, indem sie gewissermaßen damit „Schatten werfe“, Gegner, Partner und Dritte beeindrucke und zu mehr oder weniger großer Gefügigkeit veranlasse.

Auf der Ebene der großen Strategie, vor allem der Atomstrategie, sinnt die Sowjetführung nach amerikanischer Auffassung auf nichts anderes als einen atomaren „Blitzkrieg“ gegen die freie Welt. Sie bemühe sich fieberhaft, das westliche Abschreckungspotential gewissermaßen schachmatt zu setzen und eine Lage herbeizuführen, in der Amerika es sich nicht mehr leisten könnte, sowjetischen Druckversuchen zu widerstehen, in der Amerika darauf verzichten müsse, im Fall eines sowjetischen Angriffs einen amerikanischen Gegenschlag in Aussicht zu stellen.

III. Zwei Weltbilder als Hintergrund der Gegnerbilder

Die beiden gegensätzlichen Feindbilder sind ihrerseits Bestandteile umfassender Weltbilder und lassen sich nur vor diesem Hintergrund verstehen:

1. Die sowjetische Schau

Nach sowjetischer Auffassung ist die Welt in zwei Lager gespalten: Auf der einen Seite stehen die sozialistischen Länder, verbündet mit der „Arbeiterklasse“ in den kapitalistischen Ländern und mit den in revolutionärem Umbruch sich befindenden jungen Nationen; auf der anderen Seite stehen „die Imperialisten“. Dieser „Grundwiderspruch“ der internationalen Beziehungen

werde durch nichts gemildert — insbesondere nicht durch das, was in westlicher Sicht hin und wieder als „Nord-Süd-Gegensatz“ bezeichnet wird.

Internationale Politik ist nach sowjetischer Doktrin internationaler Klassenkampf und als solcher nicht identisch mit dem angeblich wichtigen „Nord-Süd-Gegensatz“. Sowjetische Stimmen behaupten denn auch immer wieder, die Lehre vom Nord-Süd-Gegensatz sei lediglich eine trickreiche Erfindung westlicher „Revisionisten und bourgeoiser Ausbeuter“ und diene nur dazu, das „Friedenslager“, zu dem die sozialistischen Länder ebenso wie die im nationalen Befreiungs-

kampf stehenden Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gehörten, zu spalten und vom einzig wichtigen „Grundwiderspruch“ abzulenken.

Zudem sehen sowjetische Betrachter die Welt, verstanden als Arena eines internationalen Klassenkampfes, alles andere als statisch. Grundbegriff in diesem Zusammenhang ist der des „internationalen Kräfteverhältnisses“. Nach sowjetischer Lehre verschiebt sich dieses laufend zugunsten des Sozialismus und auf Kosten des „Imperialismus“, und zwar aufgrund eines ehernen Gesetzes der Geschichte, das letztlich zum „Endsieg des Sozialismus“ führe. Der aktive „Kampf um die Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses“ müsse von den sozialistischen Ländern auch in Friedenszeiten energisch weitergeführt werden, wenn auch im wesentlichen vorübergehend ohne militärische Mittel.

Damit identisch ist der Begriff der „friedlichen Koexistenz“. Darunter versteht man in sowjetischer Terminologie — im Gegensatz zu vielen westlichen Mißverständnissen — einfach eine „Weiterführung des internationalen Klassenkampfes unter den gegenwärtigen Bedingungen“, d. h. unter den Bedingungen des Risikos eines Atomkriegs, den es natürlich mit allen Mitteln zu vermeiden gelte, da er ja selbstmörderisch wäre. Keinesfalls aber bedeute „friedliche Koexistenz“ Stillstand oder Anerkennung des Status quo im internationalen Klassenkampf.

2. Die amerikanische Schau

Im Gegensatz zur sowjetischen Weltanschauung sieht aus amerikanischer Sicht die Welt nicht zweige-

teilt aus. Vielmehr gilt als Idealzustand „eine freie Gemeinschaft freier Nationen“, d. h. ein friedliches, entspanntes Nebeneinander einer Vielzahl von Staaten. Ebenfalls im Gegensatz zur sowjetischen Weltanschauung ist das amerikanische Weltbild in erster Linie statisch, d. h. es wird keinerlei dramatische oder weltrevolutionäre Veränderung des Status quo mit dem Endsieg einer der beiden Seiten propagiert.

Wenn Präsident Reagan die Sowjetunion als „Reich des Bösen“ bezeichnete, so kommt darin ansatzweise allerdings doch eine zweigliedrige Weltanschauung zum Ausdruck — hier die Guten, dort die Bösen. Im Grunde hat der amerikanische Präsident einfach die ideologische Schau der Welt, wie sie die Sowjetunion pflegt, aufgegriffen und gewissermaßen der Sowjetunion mit gleicher Münze heimgezahlt. Es ist aber bezeichnend für die amerikanische Auffassung, daß man auch aus solchen Ansätzen keine weiteren programmatischen Folgerungen ableitet, sondern sich zunächst einmal mit diesen Feststellungen begnügt.

Im übrigen ist nach amerikanischer Sicht die Sowjetunion nicht etwa zu bestrafen oder gar „auf den Abfallhaufen der Geschichte“ zu werfen (wie dies die Sowjetunion mit ihrem „imperialistischen Klassenfeind“ ausdrücklich zu tun beansprucht), sondern man möchte vielmehr die sowjetische Führung und die Sowjetunion durch eine Politik der Stärke und Entschlossenheit wieder in den Kreis der „zivilisierten Nationen“ her einführen und zur Beachtung des internationalen Rechts veranlassen.

IV. Abrüstungspolitische Folgen der beiden Gegnerbilder

Es liegt auf der Hand, daß sich die beiden Positionen nicht leicht miteinander versöhnen und die beiden Feindbilder sich nicht einfach aufheben lassen. Um so schwerwiegender sind ihre Folgen, dies vor allem im Bereich der Abrüstung, wo unter diesen Umständen ein Fortschritt nur mühsam erreichbar erscheint. Die Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle kommen nicht in erster Linie deshalb so langsam und zähflüssig voran, weil die technische Komplexität der Waffensysteme die Unterhändler überfordert, sondern weil die Bilder und Erwartungen in bezug auf die Gegenseite den beiden Kontrahenten ein Nachgeben nicht geraten erscheinen lassen.

1. Die sowjetischen Erwartungen

Die Sowjetunion erwartet im Rahmen der Abrüstungsverhandlungen von den Vereinigten Staaten nur das Schlimmste. Die USA wollten, so heißt es, die Sowjetunion zu einseitigen Abrüstungsschritten drängen, ohne selber nachzuziehen. Die amerikanische Regierung führe Verhandlungen ohne den ernstesten Willen, Fortschritte zu erzielen. Das einzige Ziel dieser Verhandlungen sei, die eigene kritische Öffentlichkeit zu beruhigen und von ihren Zweifeln über den Sinn des Wettrüstens abzulenken. Die amerikanischen Unterhändler brächten auch immer wieder völlig sachfremde Fragen — beispiels-

weise die Ereignisse in Afghanistan — als Bestandteile in die Debatte, obwohl diese doch offensichtlich mit Abrüstungsanliegen überhaupt nichts zu tun hätten. Schließlich befürchtet man auf sowjetischer Seite auch, das Beharren der Amerikaner auf Maßnahmen zur Überwachung (Verifikation) von Abrüstungsvereinbarungen diene einzig und allein dem Zweck der „legalisierten Spionage“ und der „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion“.

Wenn man sowjetische Unterhändler fragt, weshalb denn die Amerikaner trotz der ihnen unterstellten Börsartigkeit und Unehrllichkeit sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder zur Unterzeichnung von Rüstungskontrollabkommen bereit erklärt hätten, so lautet die Antwort immer einhellig: weil die Amerikaner dazu gezwungen gewesen seien — gezwungen und beeindruckt nämlich durch die wachsende Macht des sozialistischen Lagers — und keineswegs etwa aus einem inneren Wandel zum Besseren heraus.

Im übrigen zweifelt man auch an der Beständigkeit des amerikanischen Willens, einmal unterzeichnete Abkommen zu ratifizieren und ratifizierte Abkommen zu beachten; man hegt aus Moskauer Sicht nur Unverständnis, ja Verachtung für die „Unordentlichkeit“ des pluralistisch-demokratischen Entscheidungsprozesses in den Vereinigten Staaten, der einmal diese, einmal jene Meinung obenauf schwingen läßt. Das pluralistische Gezänk um die amerikanische Verhandlungsposition beweise ja nur, wie wenig die amerikanische Regierung im Recht sei.

2. Die amerikanischen Erwartungen

Auf amerikanischer Seite blickt man dem sowjetischen Verhalten auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit ebenso wenig positiven Erwartungen entgegen. Man vermutet, die

Sowjetunion wolle mit ihrer Verhandlungsführung in erster Linie das westliche Publikum einlullen und gleichzeitig die westlichen Länder auseinanderdividieren. Überhaupt hat man für die öffentlichkeitswirksame Publizistik, mit der die sowjetische Führung ihre diplomatischen Verhandlungen begleitet, wenig Verständnis — und fürchtet sie auch.

Als Hauptziel sowjetischer Abrüstungspolitik erblickt man den Willen der Sowjetführung, sich den eigenen Status als Supermacht immer wieder bestätigen zu lassen. Die Sowjetführung würde in Rüstungsabkommen nur dann einwilligen, wenn sie sich davon handfeste Vorteile erhoffe oder aber wenn sie aufgrund der technologischen Überlegenheit der USA einen amerikanischen Vorsprung im Wettrüsten befürchte; dem wolle sie durch rasche Aufnahme und Abschluß von Abrüstungsverhandlungen jeweils zuvorkommen, ohne indessen zu angemessenen Gegenleistungen bereit zu sein. An eigentlichen Beschränkungen sei die Sowjetführung dagegen gar nicht interessiert, und die in ihrem eigenen Lande ja politisch nicht artikulationsfähige Öffentlichkeit übe auch keinen innenpolitischen Druck in dieser Richtung auf sie aus.

Das einzige, worauf die Sowjetunion in Abrüstungsverhandlungen positiv reagiere, sei massiver Druck, insbesondere die Drohung mit einer neuen Aufrüstungsrunde. Und selbst wenn ein Abkommen erst einmal unterzeichnet sei, bequeme sich die Sowjetunion nur so lange zu dessen Beachtung, als die Amerikaner in der Lage seien, durch allfällige Kompensations- und Vergeltungsmaßnahmen sowjetische Verstöße gegen den Geist und den Inhalt des Abkommens abzuschrecken. Als Folgerung aus dieser Einschätzung sowjetischer Absichten ergibt sich für die amerikanische Regierung die Einsicht, mit der Sowjetunion sei am besten aus einer Position der Stärke zu verhandeln.

V. Die Konfrontation der Gegnerbilder: Veränderung oder Verständnis?

Die Zukunft der Ost-West-Beziehungen hängt in erheblichem Maße vom Spielraum ab, den die Vereinbarkeit bzw. Unvereinbarkeit der beiden Sehweisen offenläßt. Dabei kommt es in erster Linie auf jene Unterschiede in den Standpunkten von Ost und West an, die in den tiefsten philosophischen Überzeugungen der beiden Welten gründen. Da es sich dabei um sehr dauerhafte Überzeugungen handelt, dürften die daraus entspringenden Wahrnehmungen irgendwelchen

Versuchen zur Veränderung kaum ohne weiteres zugänglich sein.

Immerhin schaffen diese unveränderbaren Annahmen ein Minimum an Stabilität. Jede Seite ist sich im klaren, was die andere Seite will und was man folglich künftig von ihr zu erwarten hat. Eine Gegnerschaft, in der derart stabile Erwartungen wirksam sind, ist einer Feindschaft, in der alles im Ungewissen bleibt und in der die beiden Seiten voneinander überhaupt nichts Berechnen-

bares erwarten, eindeutig vorzuziehen. Auch Verhandlungen über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle lassen sich eher sinnvoll führen, wenn jede Seite weiß, in welchem Bezugsrahmen sich der Gegner orientiert und von welchen Annahmen er grundsätzlich ausgeht. Daher scheint es gerechtfertigt zu sagen, in den festgegründeten Überzeugungen der beiden Mächte stecke wenigstens der Keim zu einer Verständigung.

Um ihn zur Entfaltung zu bringen, bedarf es freilich auf beiden Seiten des gründlichen Verständnisses der jeweiligen Gegenseite. Verständigung setzt Verständnis voraus. Was die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten benötigen, ist folglich ein Mehr an Empathie, d. h. eine vergrößerte und vertiefte Bereitschaft und Fähigkeit, sich in die Einstellungen des anderen einzufühlen.

Überprüft man den in Ost und West je vorhandenen Grad an Empathie für die Gegenseite, so zeigt sich klar, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zu Empathie eher bereit und fähig ist als die Führung der Sowjetunion. Eine Auszählung einzelner wahrgenommener Bestandteile der verschiedenen Bilder hinsichtlich der sowjetisch-

amerikanischen Übereinstimmung bzw. Nichtübereinstimmung ergibt, daß die sowjetische Wahrnehmung elfmal von der entsprechenden amerikanischen Wahrnehmung abweicht, während umgekehrt die amerikanische Wahrnehmung nur viermal von den entsprechenden sowjetischen Wahrnehmungen abweicht. Anders gesagt: Der Westen scheint eher in der Lage, den Osten zu verstehen, als der Osten den Westen.

Sucht man nach einer Erklärung für diesen Unterschied, so könnte vermutet werden, der Westen befaße sich eingehender mit dem Osten als umgekehrt. Dabei fällt besonders das Wirken einer öffentlichen, pluralistischen und darum kritischen Diskussion über Ziele und Fähigkeiten der Sowjetunion ins Gewicht. Im übrigen könnten auch unterschiedliche kulturelle Traditionen eine Rolle spielen; so wurde schon darauf hingewiesen, daß die russische (und nicht nur die sowjetische) Denktradition seit jeher weniger wirklichkeits- und beweisorientiert angelegt ist als die durch erfahrungswissenschaftliche Grundsätze und rationale Kritik geprägte westliche Denkweise.

VI. Die Bedeutung des Genfer Treffens vom November 1985

1. Das Genfer Treffen als Mittel der Bild-Manipulation

Das Genfer Treffen vom 19. und 20. November 1985 zwischen Präsident Ronald Reagan und Generalsekretär Michail S. Gorbatschow ist von vielen Kommentatoren angesichts des Ausbleibens konkreter Resultate mit Zurückhaltung, ja Enttäuschung beurteilt worden. Eine derartige Beurteilung geschieht freilich zu Unrecht, denn sie mißt das Ergebnis an übertriebenen Erwartungen. Vielmehr ist bei der Beurteilung des Genfer Treffens von den Zielen auszugehen, die sich beide Seiten für diesen Anlaß gesetzt hatten. Diese bezogen sich eindeutig nicht auf den Abschluß eines Abkommens oder gar auf einen Durchbruch zu völliger Neugestaltung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, sondern beide Seiten richteten ihre Aufmerksamkeit auf eine Ebene, die gerade im Rahmen des vorliegenden Beitrags Interesse verdient: auf die Ebene der gegenseitigen Wahrnehmungen. Beiden Seiten galt — von innenpolitischen Funktionen abgesehen — die Begegnung in Genf als eine Gelegenheit, die Wahrnehmungen der anderen Seite zu beeinflussen. Dabei wandten sich die sowjetische und die amerikanische Führung allerdings an ein je unterschiedliches Publikum.

2. Sowjetische „Public Relations“-Strategie

Für die sowjetische Führung ging es dabei allerdings nicht bloß um die zweitägigen persönlichen Gespräche, sondern sie sah die eigentliche Begegnung der beiden Regierungschefs nur als Teil und Höhepunkt eines länger anhaltenden Prozesses, der bereits Monate vor dem 19. November 1985 eingesetzt hatte. In diesem Rahmen beabsichtigte die sowjetische Führung keineswegs in erster Linie das Bild zu beeinflussen, das Präsident Reagan und seine Administration von ihr hatten, sondern das Bild der Sowjetunion in den Augen der amerikanischen und der westeuropäischen Öffentlichkeit.

Laut sowjetischer Auffassung hat die Außenpolitik eines sozialistischen Staates stets auf zwei Gleisen zu wirken: als Dialog zwischen Regierungen und als Appell an die „Massen“. Das theoretische Fundament dieses Doppelansatzes hat seinerzeit Lenin gelegt, und die modernen Lehrbücher der sowjetischen Diplomatie und Außenpolitik berufen sich dabei ausdrücklich auf ihn. Die unablässig wechselnden Signale an die Gegenseite im Vorfeld des Genfer Treffens — die verwirrende Abfolge von Äußerungen der Hoffnung, Andeutung gewichtiger Konzessionen, Drohungen, Anklagen und Beschuldigungen,

Freundlichkeiten und Höflichkeiten — sind in diesem Licht als Fortsetzung einer sowjetischen Politik der Massenbeeinflussung zu sehen, die schon im „Heißen Herbst“ zwei Jahre zuvor versucht hatte, über den Hebel der westlichen Öffentlichkeit auf die Verhandlungsposition des Westens Druck auszuüben. Diesmal galt der so erzeugte Druck in erster Linie der Verhinderung weiterer amerikanischer Fortschritte in Richtung auf ein strategisches Defensivsystem (SDI); daher die zentrale Stellung des Schlagwortes „Kein Wettrüsten im All!“.

Gleichzeitig vermochte sich die Sowjetunion in den Augen des Westens als im Grunde friedliebende Macht darzustellen, die lediglich — und obendrein unwillig — auf amerikanische Rüstungsherausforderungen reagiere. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Generalsekretär Gorbatschow sich nicht mit eigentlichen Verhandlungszielen in Genf an den Tisch setzte, sondern daß auch sein Verhalten dort lediglich als Teil einer viel breiter angelegten „Inszenierung“ zu verstehen war — einer Inszenierung, die durch das ungewohnt massive Aufgebot an „Public Relations“-Mitteln und der auffälligen Pflege des Umganges mit den westlichen Medienvertretern in ihrer Planung und ihren Zielen besonders zum Ausdruck kam.

Die Wirksamkeit der sowjetischen Beeinflussungstechnik wird seit einiger Zeit dank einem adressatenspezifischen Einsatz unterschiedlicher „Politsprachen“ erhöht. Auf die Frage des Verfassers nach der sowjetischen Wahrnehmung und Beurteilung des amerikanischen Meinungspluralismus antwortete eine leitende Persönlichkeit an einem der sowjetischen Akademieinstitute wörtlich und in vertrauensheischend-beschwörendem Ton: „Wissen Sie, auch bei uns gibt es Pluralismus, wenn auch weniger offen — insbesondere zwischen Falken und Tauben. Sie im Westen sollten uns durch großzügige Entspannungspolitik helfen, die Tauben zu stärken.“ Auf dieselbe Frage antwortete andererseits ein sowjetischer Dreisternegeneral triumphierend: „Die Existenz vieler Meinungen in Amerika beweist schlagend, daß die amerikanische Regierung offenbar nicht recht hat.“

Der erste Gesprächspartner, offenbar vertraut mit westlichen Wertvorstellungen, „schlüpft“ mit seiner Antwort gewissermaßen in ein Gewand westlicher Konzepte und Wörter, die er geschickt zur Bildmanipulation einsetzt. Dem zweiten Gesprächspartner dagegen ist die Idee des westlichen Meinungspluralismus offensichtlich fremd, und er gibt die sowjetische Position naiv, aber richtig wieder. Solche Unterschiede spiegeln keine inneren Meinungsgegensätze oder einen

-wandel, sondern deuten auf Verfeinerungen in der Technik der Bildprojektion und -manipulation hin.

3. Amerikanische Empathie-Bemühungen

Im Vorfeld des Genfer Treffens hat Präsident Reagan wiederholt erklärt, ihm gehe es in Genf vor allem darum, seinem Gesprächspartner „darzulegen, daß die Vereinigten Staaten keinerlei feindselige Absichten gegen die Sowjetunion hegen“. Dieser Ansatz erscheint im Licht der Problematik der Gegnerwahrnehmung und der Empathieproblematik sehr interessant. Reagan hat zudem auch die Vermutung ausgesprochen, der sowjetische Expansionsdrang sei möglicherweise auf „die Angst und den Argwohn der Sowjets gegenüber dem Rest der Welt“ zurückzuführen. Gleichzeitig stellte er in Aussicht, dem sowjetischen Generalsekretär seine, Amerikas Besorgnisse darzulegen und auch auszusprechen, „warum wir uns über die sowjetischen Rüstungsanstrengungen sorgen und welche ihrer Rüstungsprogramme für uns das größte Problem darstellen“.

Reagan bemühte sich also um ein Verständnis des sowjetischen Standpunktes. Er bekundete damit eine bemerkenswerte Bereitschaft zur Empathie. In diesem Fall ging seine Empathiebereitschaft sogar so weit, daß er versuchte, die USA und die Freie Welt durch sowjetische Augen wahrzunehmen und das in den Köpfen der sowjetischen Führung steckende Feindbild zu erfassen und zu beeinflussen. Andererseits bemühte er sich gezielt, auf sowjetischer Seite Verständnis für amerikanische Befürchtungen zu wecken, und zwar durch die an Generalsekretär Gorbatschow gerichtete Aufforderung, sich das Bedrohliche in der sowjetischen Rüstung aus amerikanischer Sicht zu vergegenwärtigen.

Reagan hat damit die Problematik der Gegnerwahrnehmung nicht nur klar erfaßt und zum bewußt gewählten Thema gemacht, sondern auch differenziert: nämlich in bezug auf die Gegensätze, die beidseitig bestehen zwischen Selbstbild und gegnerischem Feindbild und ebenso zwischen diesem gegnerischen Feindbild und dessen Wahrnehmung mit eigenen Augen, d. h. dem sogenannten Meta-Bild.

Es scheint, daß die Gespräche in Genf dann auch tatsächlich entlang der damit skizzierten Linien verlaufen sind; dies läßt sich aus der Abschlußklärung vom 21. November schließen, in der es bezeichnenderweise heißt: „Zwar war man sich der Unterschiede der Systeme und der daraus resultierenden Fragen bewußt, doch konnten die beiden Führer ein besseres Verständnis für die Position des Gesprächspartners erreichen.“

VII. Die Zukunft der Gegnerbilder: Möglichkeiten und Grenzen des Wandels

1. Verbesserung der Empathiefähigkeit

Es steht außer Zweifel, daß Kontakte die Empathiefähigkeit fördern. Darum sind Begegnungen wie jene von Genf und die in Genf vereinbarten weiteren Treffen zu begrüßen. Im Licht der Empathieproblematik betrachtet, verdienen auch alle bi- und multilateralen Verhandlungsgremien als Stätten der Kontaktnahme und damit der Empathieförderung gewürdigt zu werden. Das gilt auch für Verhandlungsforen, in denen (wie in der KSZE) nur symbolische oder (wie im Fall der Wiener Truppenreduzierungsgespräche) gar keine Fortschritte erzielt werden.

Allerdings muß bewußt bleiben, daß sich dabei bestenfalls Fortschritte in der gegenseitigen Empathie erzielen lassen — mehr nicht. Es wäre müßig, auf eine grundlegende Veränderung der Bilder zu hoffen, die sich beide Seiten voneinander machen. Entspannung ist nicht einfach um den Preis „guten Zuredens“ zu haben; denn Empathie schließt weder Sympathie notwendigerweise ein, noch bedeutet sie Hinnahme oder gar Annahme von Werten des anderen.

Auch sollte dieser gegenseitige „Informationsaustausch“ nicht verwechselt werden mit der naiven Vorstellung, die beiden Staatsmänner müßten sich nur „menschlich näherkommen“, und die „Irrtümer“ erledigten sich dann von selbst. Diese Vorstellung hat seinerzeit Henry Kissinger als den „psychiatrischen Ansatz in der internationalen Politik“ zu Recht verspottet. Denn die beiden Staatsmänner begegnen sich nicht als Individuen — nicht als „Ronnie“ und „Mike“ —, sondern als Rollenträger, als Verkörperung von Traditionen, Interessen und Normensystemen. Die letzteren bestimmen auch ihre Art und Weise, sich selbst, die Welt und den Gegner zu sehen. Die Gefahr, daß der amerikanische Präsident und der sowjetische Generalsekretär diesbezüglich Selbsttäuschungen zum Opfer gefallen wären, ist gewiß sehr gering. Dennoch scheint zeitweise im amerikanischen innenpolitischen Umfeld und auch in einem Teil der westlichen Medien die Neigung manchmal groß, ausgerechnet solchen Verwechslungen zu erliegen und die künftigen Entwicklungschancen der Ost-West-Beziehungen in solchem Licht zu beurteilen.

2. Abbau verstärkender Sekundärfolgen der Gegnerwahrnehmung

Was die Möglichkeiten eines eigentlichen Wandels der Feindbilder selbst betrifft, so scheint der Spielraum begrenzt. Der gutgemeinte Ratschlag,

doch endlich die Gegenseite „in freundlicherem Licht“ zu sehen, reicht nicht weit, denn der echte und tiefe Konflikt, der die Sowjetunion von den Vereinigten Staaten trennt, wird dadurch nicht berührt. Möglicherweise schadet der Wille, den Gegner allen Widrigkeiten zum Trotz stets freundlich durch eine rosarote Brille zu sehen, sogar mehr als er nützt. Denn nicht nur Feindbilder, sondern auch Freundbilder könnten durch Illusionen zustande kommen. Besser wäre es, Illusionen überhaupt zu vermeiden.

Anders gestalten sich indessen die Möglichkeiten im Bereich der (oben unter I.3 beschriebenen) sekundären Folgen der Gegnerwahrnehmung: Soweit die Feindbilder durch die Eigendynamik der Wahrnehmung und der in ihr lauernden Verzerrungs- und Entstellungsneigung geprägt sind, wäre ein Wandel sinnvoll und möglich. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat über zwei Dutzend Wahrnehmungsmuster identifiziert, die in Konfliktsituationen typischerweise das Gegnerbild verzerren und zusammen eine Art fatale „Psycho-Logik“ der Gegnerwahrnehmung bilden. Dazu gehören Mechanismen wie das Schwarz-Weiß-Denken, das Denken in doppelten Standards, das Spiegelbild-Denken, die Überschätzung der eigenen Wahrnehmungsfähigkeit, die selektive Wahrnehmung, das Mutmaßen im Sinne des schlimmsten denkbaren Falles („worst case“-Denken), die Unmöglichkeit des Gegenteilbeweises, die Dichotomisierung des Gegners in eine „kriegshetzerische Führung“ und eine „friedliebende Bevölkerung“, die Unterschätzung gegenseitigen Entgegenkommens, Zweifel an der Reziprozität, der Hang zur Polarisierung, das „Nullsummen-Denken“ und viele andere mehr. Wer sich des Wirkens solcher Mechanismen bewußt zu werden versucht, wird die gewissermaßen „unnötigen“ Sekundärfolgen der Gegnerwahrnehmung zu vermeiden und damit die ihr innewohnende Eigendynamik zu bannen wissen.

Vermehrte Kontakte zwischen den beiden Seiten sind auch in dieser Hinsicht zu begrüßen, denn der direkte Zugang zur Information in der unmittelbaren Begegnung verschafft die beste Möglichkeit einer Realitätskontrolle und hilft, derartige psychodynamische „Übertreibungen“ zu korrigieren. Hier liegt aber auch eine wichtige Aufgabe der Wissenschaft, die mit der weiteren Erforschung der „Psycho-Logik“ der Feindbilder einen praxisrelevanten Beitrag leisten kann — vorausgesetzt, sie auferlegt sich ein genügendes Maß an Selbstdisziplin, um sich nicht einfach in

pauschaler Verunglimpfung der angeblich „mit Blindheit geschlagenen“ Politiker zu ergehen und arroganter Besserwisserei zu verfallen.

3. Beharrungsvermögen der Feindbilder

Immer wieder wird man sich beim Wunsch nach Überwindung der Feindbilder in Erinnerung rufen müssen, daß bestimmte Elemente der Gegnerwahrnehmung in den tiefsten philosophischen Überzeugungen wurzeln, in denen die Regierungssysteme in Ost und West gründen. Hier stößt man an die Grenzen der Wandelbarkeit von Feindbildern. Das Bild vom Gegner ergibt sich nämlich in seinen beständigen, festgefügt und grundsätzlichen Elementen stets aus dem Bild seiner selbst — aus den Werten, auf die die eigene Gesellschaft gegründet ist und die sie gegenüber der internationalen Umwelt hochhalten will.

Wer behauptet, Ost und West „bräuchten“ ihre Feinde gleichermaßen aus Gründen innerer Herrschaftssicherung, vereinfacht die Dinge allzusehr und wird selber Opfer eines Vorurteils. Bei einem nüchternen Vergleich der beiden Feindbilder kann man tiefgreifende Unterschiede nicht übersehen. Auch die gesellschaftlichen Zwänge, die die Entstehung und Weiterentwicklung von Feindbildern fördern, wirken hüben und drüben nicht in derselben Weise.

Die sowjetische Führung fürchtet den „Feind Amerika“ ja nicht auf Grund dessen, was der amerikanische Präsident *tut* oder unterläßt, sondern auf Grund dessen, was Amerika *ist*. Im eigenen Selbstverständnis als der — gemäß der marxistisch-leninistischen Lehre — zur Exekution der Weltgeschichte berufenen Avantgarde verfügt die Kommunistische Partei der Sowjetunion zur Rechtfertigung ihres Machtmonopols über keine andere Legitimität als eben diese Berufung auf die welthistorische Sendung. Jeden Anspruch, der auf einer anderen Legitimität fußt, sieht sie zu Recht als Bedrohung. Das gilt insbesondere für den Anspruch einer demokratischen Gesellschaft mit ihrer in der Idee der Volkssouveränität begründeten Legitimierung der Herrschaft durch Wahl und Abwahl.

Nur wenn die sowjetische Führung ihre Berufung auf die marxistisch-leninistische Herrschaftslegitimierung aufgäbe, könnte sie aufhören, den Westen als Bedrohung und damit als Feind wahrzunehmen. Das aber liefe auf eine freiwillige Ab-

dankung hinaus — ein Schritt, der bis auf weiteres kaum zu erwarten sein dürfte. Der andere Ausweg aus dem Dilemma läge im Verschwinden oder in der „Liquidierung“ dieser Herausforderung seitens der demokratisch legitimierten Alternative — was wieder auf die Grundtatsache des Ost-West-Konfliktes zurückverweist.

Demgegenüber ergibt sich die amerikanische Wahrnehmung des „Feindbildes Sowjetunion“ nicht so zwingend aus strukturellen Sachverhalten der Herrschaftslegitimierung. Im Gegenteil: Dank der demokratischen Öffentlichkeit findet sich das von der amerikanischen Administration angenommene Bild von der Sowjetunion einer unablässigen kritischen Begutachtung ausgesetzt. Dauernd werden die Annahmen und Wahrnehmungen der Administration bezüglich des Wesens und der Bedeutung der sowjetischen Bedrohung hinterfragt und auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft — durch eine sehr rasch reagierende Presse, im Kongreß und seinen Ausschüssen und nicht zuletzt auch durch eine fachlich äußerst kompetente „Gegenelite“, die die Tätigkeit der Administration von den großen „Think tanks“ (Brookings Institution, Carnegie Endowment, Council on Foreign Relations, spezialisierte Institute an den renommierten Universitäten usw.) aus mit viel Lust am Widerspruch mitverfolgt. Damit sind Möglichkeiten einer Feindbild-Korrektur von vornherein strukturell vorprogrammiert. Der Aufschrei, den Präsident Reagans Bezeichnung der Sowjetunion als „Reich des Bösen“ in den Vereinigten Staaten selbst auslöste, und die intensive Diskussion über das Wesen der sowjetischen Herausforderung, die sich daraus ergab, illustrieren diese Zusammenhänge sehr anschaulich. Europäische Versuche, den Amerikanern bezüglich ihres Sowjetunion-Bildes Lektionen zu erteilen, dürften sich in Anbetracht dieses Sachverhaltes weitgehend erübrigen.

Dagegen wäre es von größter praktischer Tragweite, wenn sich die politisch verantwortlichen Eliten aller westlichen Länder Gedanken darüber machten, welche westlichen Verhaltensweisen in welcher Weise auf das sowjetische Feindbild und die sowjetischen Bedrohungsvorstellungen einwirken. Ziel einer solchen Reflexion müßte es sein, die sowjetische Führung in ihrer Feindbildgestaltung auf das „unverzichtbare“ Kernelement der Gegnerwahrnehmung hinzuweisen und sie zu einem Abbau ihrer „unnötigen“, weil zusätzlichen Elemente zu bewegen. Das Treffen von Genf war ein erster Schritt in diese Richtung.

Ost-West-Konflikt, Krisenbewußtsein und Protestbewegung in Westeuropa

Freunde und Gegner der zwischen 1977 und 1983 in verschiedenen westlichen Ländern sehr aktiven und ihren sicherheitspolitischen Protest mit großer öffentlicher Resonanz bekundenden „neuen Friedensbewegungen“ haben deren Auftreten, Aktionen, interne Konflikte, allgemeine und partielle Zielvorstellungen gewissermaßen parallel mit beträchtlichem publizistischem Aufwand verfolgt und dokumentiert. Dabei entwickelte sich so etwas wie eine oftmals bizarre Verfolgungsfahrt zwischen der „Bewegung“ und ihrem publizistischen „Troß“, deren Mitglieder sich teils als „Betreuer“, teils als distanzierte Beobachter, teils als „Verlangsamer“ der Protestbewegung fühlten. So oder ähnlich stellt sich der Laie die „Tour de France“ vor.

Insgesamt ergibt sich damit eine zwiespältige Situation für denjenigen, der sich mit dem sicherheitspolitischen Protest in Westeuropa während jener sechs Jahre¹⁾ befaßt; zwar findet er Daten und Informationen in Hülle und Fülle vor, aber zumeist haben sie je nach Ursprungsquelle einen entweder „narzistischen“ oder überkritischen Drall, und in den meisten Fällen werden sie unter Fragestellungen geordnet, die, gelinde gesagt, Kurzatmigkeit verraten.

Die folgende Studie fragt nach dem Zusammenhang zwischen dem Ost-West-Konflikt, Verände-

rungen im öffentlichen Krisenbewußtsein in Westeuropa und dem Auftreten sicherheitspolitischen Protests in großen Friedensbewegungen. Die Konzentration auf Westeuropa bedeutet nicht, daß wir entsprechende Phänomene in anderen westlichen Gesellschaften, z.B. im pazifischen Raum oder besonders natürlich in den Vereinigten Staaten von Amerika, für unerheblicher hielten. Nur hätte eine Ausdehnung des Untersuchungsfeldes auf diese praktisch eine Verdoppelung des Arbeitsaufwandes bedeutet; hier ist also noch Platz für Folgeuntersuchungen.

Im folgenden soll zunächst der Protestzyklus nach 1945 skizziert werden, also der Prozeß des langsamen und von Zeit zu Zeit schubweise beschleunigten Anwachsens eines Protestpotentials in Westeuropa, das ein breites Spektrum von ganz unterschiedlichen Themen bis hin zu dem „universalistischsten“ Thema, nämlich Frieden, aufgegriffen hat. Im zweiten Kapitel wird es in einer Art historischer Momentaufnahme anhand von Material aus der Umfrageforschung darum gehen, das zum Untersuchungszeitraum vorherrschende Krisenbewußtsein in Westeuropa zu dokumentieren. Schließlich soll im dritten Kapitel die Zukunft von Friedensbewegungen und sozialem Protest in Westeuropa erörtert werden.

Protestzyklus nach 1945

In *sozialen Bewegungen* drückt sich Protest gegen bestehende politische und soziale Verhältnisse, die als ungerecht wahrgenommen werden, in einer besonderen Form aus: locker institutionalisiert, mit einem hohen Maß an Protestbewußtsein und in Schwung gehalten von der Vorstellung, daß die Bewegung im Prinzip immer weiter anwächst. Soziale Bewegungen stagnieren eigentlich nicht; sie wachsen, erreichen für einen kurzen Augenblick ihren Wirkungshöhepunkt und verfallen dann wieder, sei es, daß sie sich

fester institutionalisieren, z.B. zu einer politischen Partei werden, sei es, daß sie auf ihren Kern von Aktivisten zurückschrumpfen, zu einer nostalgischen Kleingruppe werden oder sogar völlig verschwinden.

Dennoch bleibt ein Potential für künftigen Protest zurück, und zwar in zwei Versionen. Sowohl die Aktiven des Kerns als auch die einmal Mitgerissenen vom Rande der sozialen Bewegung bleiben empfänglich für ein neues Krisenthema, ja suchen ein solches oft intensiv. An den Biographien von Anhängern, insbesondere Aktivi-

Dieser Aufsatz faßt einen Teil der Ergebnisse unserer umfangreichen Studie „Krise und Protest. Ursprünge und Elemente der Friedensbewegungen in Westeuropa“ zusammen.

¹⁾ Der Zeitraum umfaßt die Kampagnen gegen die Neutronenwaffe und gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in westeuropäischen NATO-Staaten.

sten der Friedensbewegungen kann man erkennen, wie nach den ursprünglichen *rites de passages* (seit der Studentenbewegung „Politisierung“ genannt) Protestverhalten in sozialen Bewegungen in ihrem die Themen wechselnden zyklischen Auf und Ab zu einem Bestandteil der Lebensweise wurde²).

Bei den größeren und allgemeineren Ziele verfolgenden Protestbewegungen nach 1945 kann man einen auf den ersten Blick verblüffenden Bezug auf den Ost-West-Konflikt erkennen. Der Ost-West-Konflikt gilt uns als die dominante Ordnungsstruktur der internationalen und transnationalen Beziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs; er besitzt eine machtpolitische, ideologisch-gesellschaftspolitische und eine nuklearstrategische Dimension, die in ihrem teilweise widersprüchlichen Zusammenwirken die Akteure auf ein kompliziertes Gemisch von Feindlichkeit und Kooperation, von offensiven und defensiven Handlungen verweisen³).

Zur Zeit der Ausbildung von Ost-West-Konflikt-Strukturen während des Kalten Krieges hat sich politische Identität in den europäischen Gesellschaften beiderseits der Blockgrenze in deutlicher Freund-Feind-Polarität gebildet oder jedenfalls bilden sollen. Zwar gab es in den meisten westeuropäischen Ländern auch eine „Partei der anderen Seite“, in einigen konnte sie sogar auf beachtliche Wahlerfolge zählen, aber damit wurde das Polaritätsmuster nicht verwischt, sondern eher noch plastischer⁴).

Soziale und politische Protestbewegungen in Westeuropa sind nun aber von ihren Anfängen an und in Fällen ihrer Unterstützung durch kommunistische Gruppierungen nicht wegen, sondern *trotz* dieser Unterstützung dadurch gekennzeichnet, daß sie sich dieser kollektiven Identitätszuweisung über die Ost-West-Polarisierung zu entziehen suchen. Dies gilt auch und eigentlich sogar besonders nachdrücklich dort, wo zu den Zielen solchen Protests auch Werte gehören, die scheinbar „zum Besitzstand“ der anderen Seite gehören, so z. B. „Sozialismus“. Was immer da-

mit im einzelnen gemeint sein mag, man kann als sicher unterstellen, daß „Sozialismus“ als Ziel westeuropäischer Protestbewegungen gerade *nicht* den seit ein paar Jahren mit nicht übertrieben feinem Sprachgefühl so genannten „real existierenden Sozialismus“ meint⁵).

Soziale und politische Protestbewegungen nach 1945, von den auf ein „Aussteigen“ aus der Gesellschaft orientierten Bewegungen mit dezidiert anti-politischer Grundhaltung über die Anti-Atom-Bewegungen der fünfziger und in erweiterter Form der siebziger Jahre bis hin zur Ökologiebewegung, der Friedensbewegung oder, wiederum mit Schwerpunkt auf einer anderen sozialen Ebene, der Frauenbewegung, haben sich immer so verstanden, als stünden sie jenseits des Ost-West-Konflikts. Es ist, sieht man einmal von „unechten“ Teilnehmern sozialer und politischer Protestbewegungen ab, niemals um eine innerhalb des Ost-West-Konflikts vorfindbare Kontradiktion gegangen, sondern immer um die Utopie des Nicht-Konflikts, für welche ganz unterschiedliche Namen, oft solche mit mißverständlichen Nebendeutungen, verwendet werden: kollektives Glück, Basisdemokratie, Emanzipation, Frieden im Sinne eines „positiven“ Friedens (ein Un-Begriff!) oder eben auch „Sozialismus“.

Aufschwung und Scheitern der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre sind für den Formwandel des sozialen und politischen Protests in Westeuropa von besonderer Bedeutung, denn der Studentenprotest zielte zum ersten Mal seiner Anlage und Absicht nach auf den Gesamtbereich der sozialen Welt. Hier wurde zum ersten Mal in bildungsbürgerlichem Milieu und mit erheblicher öffentlicher Resonanz die Verstrickung hochpolitischer Ereignisse der internationalen Politik mit mikropolitischen Schwierigkeiten und mit persönlichen Problemen (die allerdings hauptsächlich altersspezifisch waren) demonstriert, wenn auch meist nur als Pose. Aber damit war ein neues Grundmuster für sozialen und politischen Protest gefunden. Die von den bestehenden Institutionen politisch, ökonomisch und kulturell gestaltete Welt wurde in diesem Deutungsmuster als die Ursache für individuelle Probleme und reduzierte Lebenschancen gesehen. Zugleich tauchte als „positiver Gegenhorizont“ in dieser Perspektive die Welt als natürlicher Lebensraum auf. Genau diese Polarisierung — die von den Menschen organisiert verschandelte Welt versus die Welt als *natürlicher* Lebensraum — schob sich in den siebziger und achtziger Jahren im Milieu des politischen Protests in den Vordergrund.

⁵) Die dennoch (z. B. in Folge organisatorischer Gründe) zuweilen gewichtige Rolle kommunistischer Gruppierungen in den Protestbewegungen wird dort in der Tat auch meist als zwiespältig empfunden.

²) Vgl. als aussagekräftiges und übrigens menschlich sympathisches Beispiel die autobiographischen Notizen von K. Vack, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Für und über Klaus Vack, Sensbachtal 1985, S. 151 ff.

³) Die politikwissenschaftliche Literatur zum Ost-West-Konflikt ist, wen wundert's, in der Regel wenig tauglich. Die hier benutzte Perspektive ist etwas weiter ausholend skizziert in: W. von Bredow, Was kommt nach der Entspannungspolitik?, in: Politische Vierteljahresschrift, 23 (1982) 1, S. 87—95.

⁴) Vgl. hierzu: E. Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München-Zürich 1974, S. 421 ff., wo am deutschen Beispiel das „Konversionspotential der Systeme“ analysiert wird.

Die Energiepreiskrise, nicht nur in diesem Milieu mißverstanden als Knappheitskrise, verstärkte eine sich ausbreitende Gefühlslage, wonach die politische und wirtschaftliche Weltordnung die Erde ausbeutet, und zwar so, daß sich jeder einzelne Mensch als „unmittelbar betroffen“ verstehen kann. Außerdem läßt sich dieser Topos leicht in die Kritik am „Neokolonialismus“ mit seiner klaren Zuweisung der Opfer-Rolle für die Entwicklungsländer übertragen⁶⁾. Solches Protestgefühl, schon auf dieser Ebene mit Spuren von apokalyptischen Ängsten durchsetzt, breitete sich weiter aus im Kontext des sogenannten Atomkonflikts. Die Verwendung von Nuklearenergie wird von ihren Gegnern als ein Schritt interpretiert, der letztlich in die Selbstvernichtung der Menschheit führt. Die Ökologiebewegung erweiterte dieses Krisenbewußtsein und das darin angelegte Polarisierungs-Schema bis hin zur Exterminismusthese, der Vorstellung, daß das gesamte „Industriesystem“ samt seinen Werten und Normen auf den Weltuntergang zusteuert⁷⁾.

Damit war das politische Leitmotiv der neuen sozialen Bewegungen endgültig ausformuliert — sie verstehen sich als „Lebenschutzanwalt“ der Bevölkerung. Vom Ost-West-Konflikt hat sich dieses Selbst- und Weltverständnis vollends gelöst, ist doch in solcher Perspektive die lebensbedrohende Kurzsichtigkeit der „Herrschenden“ hüben wie drüben gleichermaßen anzutreffen.

In diese fiktive Realität sind seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit ihrem steten Verfall der Entspannung im Ost-West-Konflikt scharfkantige Bewußtseinssplinter einer anderen, härteren Wirklichkeit eingedrungen. Die Entspannung hatte sich nach dem Ende der Kuba-Krise 1962 zunächst auf bilateraler Ebene der Weltführungsmächte, später insgesamt zwischen den antagonistischen Bündnissen als neues Austragungsmuster für den Ost-West-Konflikt angebahnt und durchgesetzt. Sie bedeutet, vereinfacht gesagt, nichts anderes als die Fortsetzung des Konflikts unter Beimischung von mehr Elementen

⁶⁾ Ein größerer Teil der Debatte über die Möglichkeiten der Entwicklung der unterentwickelten Länder (wie man sie ja wohl etwas weniger zartfühlend, aber korrekt nennen muß) auch unter Sozialwissenschaftlern steht im Bann einer solchen Rollenverteilung. Erhellend demgegenüber die in den letzten Jahren veröffentlichten Arbeiten von Hartmut Elsenhans zu diesem Thema, z. B.: ders., Nord-Süd-Beziehungen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Stuttgart 1984.

⁷⁾ Der Erfinder der Exterminismus-Ideologie ist der britische Historiker E. P. Thompson, der in der britischen Friedensbewegung eine wichtige Rolle spielt und auch auf dem Kontinent in Kreisen der Friedensbewegungen heftig diskutiert wird. In der Bundesrepublik ist die Exterminismus-Perspektive von Rudolf Bahro mit deutscher Gründlichkeit ausgebaut und perfektioniert worden.

ten der Kooperation. Wichtige Felder solcher vermehrten Kooperation waren die Rüstungskontrolle und die Wirtschaftsbeziehungen.

Die Möglichkeiten der Entspannung blieben indes nach einigen beachtlichen Erfolgen letztlich unausgeschöpft, und schon ein so umfänglich detailliert angelegtes intersystemares Entspannungsdokument wie die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975 bezeugte eher die Zerbrechlichkeit der Entspannung als deren Ausbauchancen. So entwickelte sich aus der Entspannung eine mehrdimensionale sicherheitspolitische Krise, Folge der (strukturellen wie personellen) Unfähigkeit der Weltführungsmächte, das militärische und das politische Risiko der Ost-West-Konfrontation auf beiden Seiten einzuhegen.

Sobald aber diese Problematik deutlich wurde, trat auch eine zweite sicherheitspolitische Krisensituation an den Tag: die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen bewirkte das Aufbrechen der langfristig angelegten und politisch vernachlässigten westeuropäischen Sicherheitsdefizite innerhalb der Atlantischen Allianz. Diese Defizite folgen aus der sicherheitspolitisch und bündnispolitisch unzureichenden Bearbeitung aller der Probleme, die sich vornehmlich aus der geopolitischen Trennung der NATO ergeben. Das betrifft in erster Linie die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Atomschirms über Westeuropa, die konventionelle Schwäche der NATO und die antizipierbaren Konsequenzen der „Vorneverteidigung“. Daß es gegen Ende der siebziger Jahre zu einer Themenkonjunktur „Sicherheit“ in Westeuropa kommen würde, war also fast unvermeidlich.

Für die Friedensbewegungen entstand so ein dreifach verstärkter Impuls: Sie konnten über ihr in der Umwelt- und Antikernkraftdiskussion entwickeltes Selbstverständnis, Lebensschutzanwalt der *ganzen* Bevölkerung zu sein, sowohl das bis dahin angesammelte Protestpotential als auch irritiertes Bürgertum themenspezifisch rekrutieren; sie konnten hochbrisante, wenn auch den Nicht-Experten nicht immer verständliche Strategie- und Sicherheitsdebatten durch „Gegen-Experten“ aller Art für ihre Zwecke instrumentalisieren⁸⁾; und sie konnten schließlich die Ost-West-Konfrontation als Bezugspunkt für Politik, in

⁸⁾ Zeugnis dafür ist die Sturzflut von Broschüren, Büchern usw. über „alternative Militärstrategien“, die in den letzten Jahren auf uns niedergegangen ist. Universitätsseminare werden noch jahrelang davon zehren können.

manchen Gruppen sogar Politik schlechthin diskreditieren⁹⁾.

Wichtig ist auch, daß die Friedensbewegungen, nachdem es ihnen gelungen war, das Themenfeld „Sicherheitsdefizite in Westeuropa“ zu besetzen, auch die in den fünfziger Jahren angeknüpften Verbindungen zu sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien wiederzubeleben vermochten, insbesondere in Ländern, in denen sich diese Parteien in der Opposition (z. B. Großbritannien)

oder auf dem Wege dorthin (z. B. Bundesrepublik vor 1982) befanden. Weil auch von dieser Seite her neben gruppenspezifischen Interessen die politische Zielvorstellung von der Überwindung des Ost-West-Konflikts, z. B. über ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, atomwaffenfreie Zonen usw., eingebracht wurde, insgesamt der Topos von der „Europäisierung Europas“ antiamerikanische Konturen bekam, verstärkten sich die inneratlantischen Selbstwahrnehmungsprobleme noch weiter.

Zum Meinungsklima in Westeuropa zu Beginn der achtziger Jahre

Wie hängt nun die Krisenperzeption in den Friedensbewegungen mit dem Meinungsklima in der Bevölkerung zusammen? Haben sich etwa in Westeuropa insgesamt oder in einzelnen Ländern die Bedrohungsvorstellungen in den letzten Jahren grundlegend verändert? Die Daten, mit denen diese Fragen beantwortet werden sollen, stammen aus der Umfrageforschung und verlangen einen vorsichtigen Umgang.

Da alle sozialen Protestbewegungen immer nur im Zusammenhang mit sozialen Krisen existie-

ren, kann man sich bei der Auswahl solcher Daten auf Aussagen über Zukunftsängste und -hoffnungen konzentrieren. Es liegt nahe, Antwort auf die Frage nach Verbreitung und Intensität von *Kriegsfurcht* zu suchen. In Tabelle 1 sind weniger die Prozentzahlen von Interesse, als vielmehr die Trendentwicklung. Gefragt wurde nach der Beurteilung der Gefahr eines neuen Weltkriegs im nächsten Jahrzehnt.

Die Tabelle 1 zeigt eindrucksvoll den Verlauf der Themenkonjunktur, welche die Friedensbewegungen in Westeuropa zwischen 1977 und 1983 emportrug, sie danach dann wieder, eigentlich ziemlich unsanft, an ihren Ausgangspunkt absetzte. Aber auch 1984 waren Frauen und jüngere Befragte (15—24 Jahre) im Durchschnitt besorgter als Männer und Ältere.

1982 wurden einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung in der Europäischen Gemeinschaft eine Liste mit zehn Werten und dazu die

⁹⁾ Zu solchen „anti-politischen“ Gruppen in den Friedensbewegungen zählen in manchen Ländern, insbesondere in der Bundesrepublik, die christlichen Friedensgruppen. Nicht deren Engagement für den Frieden selbst, dies beileibe nicht, wohl aber dessen Formen und Begleiterscheinungen deuten auf institutionelle und theologische Selbstverständnisschwierigkeiten der Kirchen, vor allem der protestantischen Kirchen hin.

Tabelle 1: Weltkriegsgefahr in den nächsten zehn Jahren

Halten Sie einen neuen Weltkrieg innerhalb der nächsten zehn Jahre für „wahrscheinlich“?¹⁾
(von 100 Antwortenden in Prozent)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG ²⁾
Juli 1971	8	—	11	12	—	13	7	11	—	—	12
Oktober/November 1977	21	10	13	14	14	14	11	17	13	—	14
April 1980	33	18	25	42	31	32	15	24	39	—	34
Oktober 1981	32	—	32	25	28	18	27	20	21	8	24
Oktober 1982	20	10	19	20	25	14	19	19	17	9	18
Oktober 1983	17	15	18	24	27	18	14	13	17	12	19
Oktober 1984	16	13	14	13	18	12	15	21	14	10	13

¹⁾ Unter „wahrscheinlich“ erfassen wir jene Personengruppen, die das Risiko eines neuen Weltkrieges mit über 50 Prozent veranschlagen.

²⁾ Gewogenes Mittel.

Quelle: Euro-Barometer Nr. 21/22 vom Dezember 1984.

Frage vorgelegt: „Für welche großen Ziele aus der folgenden Liste lohnt es sich ihrer Ansicht nach heutzutage, Risiken einzugehen oder Opfer auf sich zu nehmen?“

Tabelle 2: Politischer Zielkatalog nach Prioritäten in der EG

1. Der Frieden	60%
2. Die Menschenrechte	44%
3. Die Bekämpfung des Elends	40%
4. Die Freiheit des einzelnen	40%
5. Der Schutz der Natur	35%
6. Die Verteidigung des Landes	23%
7. Der religiöse Glaube	16%
8. Die Gleichberechtigung der Geschlechter	16%
9. Die Vereinigung Europas	11%
10. Die Revolution	3%
Nichts von alledem	7%

Quelle: Die Europäer über sich selbst. Zehn Jahre Euro-Barometer 1973—1983, hrsg. vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1983, S. 39.

Die Art der Fragestellung gibt allerdings den unterschiedlichst motivierten Individuen, z. B. Soldaten und Aktivisten der Friedensbewegung, den Impuls, guten Gewissens den Frieden an die Spitze dieses Katalogs zu setzen.

Die Ergebnisse der empirischen Soziologie legen die Vermutung nahe, daß Sicherheitsbedürfnisse gegenüber äußeren Gefahren in ihrer allgemeinen Wertigkeit erst *nach* wirtschaftlichen Sicherheitsbedürfnissen rangieren¹⁰). Wenn die wirtschaftliche Entwicklung in düsteren Farben gesehen wird, scheint in einer Art Übersprungeffekt auch die Kriegsfurcht rascher zu steigen.

Ein solcher Zusammenhang ergibt sich jedenfalls aus der folgenden Tabelle 3. Hier wurde nach wichtigen sozialen Problemen gefragt, die auf einer Werteskala von 4 (= sehr wichtig) bis 1 (= überhaupt nicht wichtig) unterzubringen waren. Eine Differenz von weniger als 0.13 gilt als nicht signifikant.

Die nur auf den ersten Blick verwirrende Zahlenvielfalt spiegelt eine überaus feste Struktur in der Problemsicht der Befragten, sowohl was innergesellschaftliche als auch was zwischengesellschaftliche Probleme betrifft. In allen Ländern steht die Beschäftigungsproblematik obenan. Die zweite Position teilen sich Umwelt- und Terrorismusprobleme.

¹⁰) Vgl. etwa: K. Arzberger u. a., Die Bürger. Bedürfnisse, Einstellungen, Verhalten, Königstein/Ts. 1979.

Man darf annehmen, daß deshalb die im Jahr 1982 in der Europäischen Gemeinschaft insgesamt erhobenen Daten über Zukunftshoffnungen und Zukunftsängste im Kern für alle einzelnen Länder gleich und für die ersten beiden Drittel der achtziger Jahre gültig sind (Tabelle 4).

Gewachsene Kriegsangst und angestiegene Dringlichkeit des Friedenswunsches, das ergibt sich aus diesen Daten, können nur im Zusammenhang einer allgemein eher pessimistischen Zukunftsperspektive gesehen werden und als gegenüber ökonomischen Sicherheitsbedürfnissen nachgeordnet.

Die Datenlage zu dem speziell von den Friedensbewegungen aufgenommenen Thema zeigt eine ungleiche Verteilung der Meinungen in Westeuropa. Auf die Frage, was die Sicherheit ihres Landes am meisten gefährde, die Präsenz sowjetischer Raketen in Osteuropa oder die geplante Stationierung von NATO-Mittelstrecken-Raketen in Westeuropa, gab es 1981 die aus Tabelle 5 ersichtlichen Antworten.

Wie nachdrücklich die jeweilige Fragestellung das Ergebnis einer Umfrage bereits mitbestimmt, wird an einer Gallup-Umfrage deutlich. Gefragt wurde, ob die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen die Gefahr eines Angriffs auf Europa größer oder geringer werden lasse (vgl. Tabelle 6).

Auf die berühmte Bündnisfrage („mit den USA oder mit der UdSSR?“) gab es 1981 die in Tabelle 7 enthaltenen Antworten.

Der in dieser letzten Umfrage durchgängig starke Neutralitätswunsch ist in seiner Größenordnung durch die Fragestellung induziert worden. Zu offenkundig kann mit diesem Begriff die Möglichkeit assoziiert werden, man könne sich und sein Land aus den unerfreulichen Ost-West-Querelen heraushalten. In der Bundesrepublik Deutschland sprachen sich 1981 rund 35 % der Befragten für und rund 63 % gegen eine Neutralität nach österreichischem Muster aus¹¹), befürworteten aber zu 45 % eine größere Distanz zu den USA, sofern diese eine Anpassung der westdeutschen Politik an ihre Konfrontationspolitik gegenüber Osteuropa fordern sollten¹²). Man kann deshalb vermuten, daß — bis zu einem gewissen Grade ist Frankreich hier auszunehmen — der ausgedrückte Neutralitätswunsch eher die Überzeugung spiegelt, man müsse sich von einer eher konfrontativen amerikanischen Außenpolitik distanzieren.

¹¹) Der Spiegel, (1981) 49, S. 103.

¹²) Ebd., S. 103.

Tabelle 3: Zentrale Probleme in der Europäischen Gemeinschaft

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK	GR	EG
<i>Arbeitslosigkeit</i>											
Mai bis Juni 1976	3.72	3.76	3.66	3.75	3.85	3.85	3.47	3.73	3.63	—	3.72
November 1976	3.80	3.88	3.80	3.78	3.88	3.78	3.63	3.81	3.69	—	3.77
Okt. bis Nov. 1978	3.79	3.85	3.63	3.80	3.84	3.79	3.38	3.78	3.73	—	3.74
Oktober 1983	3.68	3.83	3.77	3.77	3.86	3.82	3.64	3.74	3.76	3.79	3.78
<i>Terrorismus</i>											
Oktober 1983	3.41	3.78	3.36	3.58	3.56	3.72	3.22	3.42	3.66	3.50	3.56
<i>Umweltschutz</i>											
Mai bis Juni 1976	3.53	3.70	3.36	3.73	3.38	3.46	3.57	3.58	3.41	—	3.49
November 1976	3.64	3.75	3.60	3.68	3.40	3.66	3.77	3.66	3.38	—	3.58
Okt. bis Nov. 1978	3.54	3.65	3.46	3.56	3.37	3.60	3.27	3.67	3.41	—	3.52
Oktober 1983	3.38	3.79	3.63	3.45	3.25	3.56	3.64	3.46	3.41	3.68	3.52
<i>Energieversorgung</i>											
Oktober 1983	3.39	3.73	3.40	3.36	3.47	3.35	3.46	3.24	3.53	3.41	3.41
<i>Verhältnis zu den Supermächten</i>											
Mai bis Juni 1976	2.95	3.13	2.91	3.22	3.08	3.06	3.04	2.90	3.12	—	2.95
November 1976	3.19	3.22	3.15	3.36	3.05	3.26	3.05	3.17	3.14	—	3.22
Okt. bis Nov. 1978	3.26	3.17	3.19	3.31	3.01	3.21	3.02	3.16	3.18	—	3.21
Oktober 1983	3.14	3.33	3.21	3.37	2.86	3.28	2.84	2.99	3.37	3.53	3.28
<i>Verringerung des Gefälles zwischen arm und reich</i>											
Mai bis Juni 1976	3.17	3.12	2.88	3.33	3.19	3.45	3.31	3.11	2.57	—	3.06
November 1976	3.23	3.23	2.93	3.48	3.20	3.59	3.13	3.23	2.54	—	3.15
Okt. bis Nov. 1978	3.33	3.16	2.84	3.47	3.22	3.42	3.02	3.41	2.42	—	3.07
Oktober 1983	3.34	3.03	3.11	3.24	3.31	3.33	3.23	3.18	2.95	3.44	3.17
<i>Verringerung des regionalen Gefälles im eigenen Land</i>											
Mai bis Juni 1976	2.81	3.11	2.52	3.00	3.19	3.28	3.15	2.98	2.79	—	2.90
November 1976	2.98	3.24	2.82	3.22	3.23	3.37	3.10	3.07	2.96	—	3.08
Okt. bis Nov. 1978	2.94	3.09	2.80	3.20	3.17	3.38	2.85	3.10	2.92	—	3.07
Oktober 1983	3.03	2.90	2.79	3.06	3.05	3.13	2.93	2.80	3.05	3.30	3.04
<i>Hilfe für die armen Länder</i>											
Okt. bis Nov. 1978	2.64	2.98	2.36	2.85	2.84	3.09	2.82	2.97	2.46	—	2.76
Oktober 1983	2.78	3.11	2.89	2.89	2.68	2.87	2.98	2.90	2.73	2.84	2.85
<i>Stärkung der Verteidigungsfähigkeit</i>											
Mai bis Juni 1976	1.97	2.53	2.43	2.51	2.58	2.24	2.25	2.45	2.98	—	2.51
November 1976	2.22	2.64	2.66	2.61	2.93	2.44	2.19	2.81	3.02	—	2.68
Okt. bis Nov. 1978	2.25	2.59	2.85	2.50	2.91	2.34	2.03	2.47	3.19	—	2.70
Oktober 1983	2.66	2.65	2.60	2.81	2.67	2.44	1.94	2.49	3.15	3.39	2.75

Quelle: Euro-Barometer vom 20. Dezember 1983, S. 44.

(Werteskala von 1 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 4 = „sehr wichtig“)

Tabelle 4: Zukunftshoffnungen und -ängste in der EG (in %)*Zukunftshoffnungen*

Entwicklung von Wissenschaft und Technik	39%
Verständnis und Einvernehmen zwischen den Menschen	35%
Entwicklung des Lebensstandards	31%
Verbesserung der Lebensqualität	30%
Verständnis zwischen Industriestaaten und der Dritten Welt	27%
Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost und West	25%
Entwicklung der (guten) Sitten	21%
Verhältnis zwischen den Regionen (und der Hauptstadt)	17%
Vereinigung Europas	17%
Nichts von alledem	9%

Zukunftsängste

Zunahme der Kriminalität und des Terrorismus	71%
Erhöhung der Arbeitslosigkeit als Folge der Automatisierung	66%
Zerstörung der Natur durch Verschmutzung aller Art	57%
Immer unnatürlichere Lebensbedingungen (Wohnung, Verkehr, Ernährung)	41%
Zunahme der sozialen Spannungen, die zu Unruhen führen	38%
Kritische Verschärfung der internationalen Beziehungen	35%
Risiko durch Eingriffe in das Leben durch Medizin und Pharmazie	29%
Ernsthafte Störungen in der Öl- und Gasversorgung	23%
Überflutung mit Niedrigpreisprodukten aus dem Fernen Osten	20%
Verminderung des Einflusses (Ihres Landes) in Europa	14%
Verminderung des Einflusses Westeuropas in der Welt	10%

Quelle: Die Europäer über sich selbst. Zehn Jahre Euro-Barometer 1973—1983, hrsg. vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1983, S. 38f.

Tabelle 5: Die größere Bedrohung der Sicherheit 1981 (in %)

	F	D	UK	NL	I
Die Präsenz der sowjetischen Raketen in Osteuropa	41%	58%	43%	29%	14%
Die geplante Aufstellung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa	19%	33%	29%	24%	15%
beides	7%	2%	—	31%	60%
Weiß ich nicht	33%	7%	28%	16%	11%

Quelle: H.-E. Radbruch, The Italian Peace Movement, in: H.-U. Kohr/ H.-R. Räder (Ed.), New Social Movements and the Perception of Military Threat in Western Democracies, München 1983, (SOWI Forum, 3), S. 142.

Tabelle 6: US-Raketen: Gefahr oder Sicherheit? Umfrage 1982 (in %)

	D	B	F	DK	UK	USA
Gefahr wird größer	28	34	31	28	44	16
Gefahr wird kleiner	43	36	40	39	31	62
kein Einfluß	29	30	29	33	25	22

Quelle: Der Spiegel, (1982) 10, S. 97.

Tabelle 7: Bündnispräferenzen in Westeuropa 1981 (in %)

	F	D	UK	NL	I
Bündnis mit den USA	30	51	43	39	24
Bündnis mit der UdSSR	3	2	1	1	5
Neutralität	58	44	46	55	55
weiß nicht	9	3	10	5	16

Quelle: Der Spiegel, (1982) 10, S. 143.

Aus dem hier vorgelegten und umfangreichen weiteren Material¹³⁾ folgern wir, daß die in Westeuropa und übrigens auch in den USA erkennbare Sympathie mit den allgemeinsten Zielen der Friedensbewegungen in der Bevölkerung zunächst ein Reflex auf die Verschärfung der welt-politischen Lage war und vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Unsicherheiten begriffen werden muß. Merklich verringert sich diese Sym-

pathie, wenn es um einzelne oder spezielle Ziele der Bewegung geht. In keinem der Länder der NATO, in denen es zwischen 1979 und 1983 zu allgemeinen Parlamentswahlen gekommen ist, konnte sich das Friedens-Thema als wahlentscheidend durchsetzen; die Parteien, die dieses Thema in den Vordergrund ihres eigenen Wahlkampfes schoben, mußten bittere Niederlagen hinnehmen.

Zukunft des sicherheitspolitischen Protests

Die Frage nach der Zukunft sicherheitspoliti-scher Protestbewegungen kann man auf verschie-dene Art zu beantworten versuchen. Trotz aller strukturell angelegten Ähnlichkeiten dieser Be-wegungen in Westeuropa haben alle auch ein spezifisches Profil, das von den politischen Tra-ditionen, der Kultur und den sozialen und politi-schen Bedingungen in den einzelnen westeuro-päischen Gesellschaften bestimmt wird. Aber selbst, wenn man die jeweiligen Besonderheiten, so weit es geht, aus dem Blick läßt, ergeben sich noch unterschiedliche Ansätze.

Der *themenspezifische* Ansatz betont einmal den schematischen Verlauf einer bestimmten The-menkonjunktur, und zweitens fragt er nach künf-tigen Entwicklungen innerhalb des Themenfeldes (hier also: der Sicherheitspolitik), auf dem mög-licherweise neue Einzelthemen mit Mobilisie-rungskraft erwachsen können.

Die Themenkonjunktur, die die westeuropäi-schen Friedensbewegungen zwischen 1977 und 1983 pfleglich ausnutzen konnten, rankte sich um die beiden Themen Neutronenwaffe und NATO-Doppelbeschluß. Letzterer, von seinen Initiato-ren ja als Rüstungskontrollmaßnahme gedacht, hat durch die Zeitgrenze 1983 Intensität und

Dauer der Themenkonjunktur mitbestimmt. Am Ende eines Themenkonjunkturboogens ist ein eini-germaßen komplexes Thema natürlich keines-wegs ausdiskutiert, aber es hat seine Mobilisie-rungskraft eingebüßt. In der Geschichte der Bun-desrepublik ist ein solcher Bogen mehrfach zu beobachten; und selbst den soziologisch geschul-ten Beobachter wird immer wieder in Erstaunen setzen, wie rasch sein Abfall erfolgt und wie quasi von heute auf morgen die Brisanz eines Themas im öffentlichen Bewußtsein verfliegt. So ging es mit der Wiederbewaffnung und auch mit den Notstandsgesetzen, um nur zwei Beispiele zu nennen; und in ähnlicher Weise ist auch das Thema der Raketenstationierung seit dem No-vember 1983 bar aller Massenwirksamkeit.

Wie aber sieht es mit dem Themenfeld der Sicher-heitspolitik insgesamt aus? Es gibt immerhin An-zeichen dafür, daß aus dem aktivistischen Kern der Friedensbewegungen heraus nach einem „neu-en“ öffentlichkeitswirksamen Mobilisierungs-thema gesucht wird, wenngleich die neu gefunde-nen Themen bislang die ersten Tests nicht recht überstanden haben, teils weil sie — wie das Thema „Airland Battle“ — doch zu fachspezifisch, teils weil sie — wie das Thema „Strategic Defense In-itiative“ — (noch?) zu diffus sind.

Grundsätzlich indes erscheint das Themenfeld der Sicherheitspolitik auch in Zukunft „bewe-gungssoziologisch“ interessant. Das militärische Risiko im Ost-West-Konflikt kann ja nur durch

¹³⁾ Weitere Daten u. a. bei: D. Capitanich/R. C. Eichenberg, *Defence and Public Opinion*, London 1983; B. Russett/D. R. Deluca, *Theater Nuclear Forces: Public Opinion in Western Europe*, in: *Political Science Quarterly*, 98 (1983) 2, S. 179 ff.

eine effiziente antagonistische Kooperation insbesondere auf der Ebene USA/UdSSR so kalkulierbar und handhabbar gemacht werden, daß es sowohl im Sektor globaler intersystemarer Konkurrenz als auch im Sektor der Verteidigungsfähigkeit durch Verteidigungsbereitschaft akzeptabel ist. Die Versuchung zur „Flucht aus dem Ost-West-Konflikt“, denen sich insbesondere die Westeuropäer und unter ihnen wegen ihrer nationalen Problematik die Westdeutschen auch in Zukunft ausgesetzt sehen, wird ihre Anziehungskraft dann noch steigern können, wenn zugleich auch die wirtschaftlichen und politischen Probleme innerhalb der westlichen Industriestaaten weiterhin oder gar vermehrt auf die westlichen Bündnisse Druck ausüben werden.

Dies leitet über zu einem zweiten Ansatz, den man *bewegungssoziologisch* nennen könnte. Hier geht es um die Frage nach der sozialen Trägerschaft des politischen Protests und nach den sozio-kulturellen Rahmenbedingungen für seine Formierung, wobei das im engeren Sinne mobilisierende Thema letztlich zweitrangig bleibt. Wie also sehen Umfang und Struktur des Protestpotentials in Westeuropa aus?

Gut gesichert ist hier die Ausgangshypothese, daß die Probleme wirtschaftlicher Sicherheit alle anderen überschatten und erst diejenigen Verhältnisse schaffen, in denen soziale Unzufriedenheit und politischer Protest gedeihen. Dabei ist wichtig — wichtiger als der Sachverhalt allgemeiner wirtschaftlicher Unsicherheit —, daß die Verteilung der Krisenlasten und -folgen als sozial ungleich und ungerecht wahrgenommen wird. Neben anderem ist hier vor allem die Streuung des Beschäftigungsrisikos (Arbeitslosigkeit) zu nennen.

Schwieriger werden Prognosen bei der sozialen Trägerschaft des Protests. Die konfliktfähigste Gruppe innerhalb des Protestpotentials stellen zweifellos die jungen Leute des neuen Mittelstandes dar. Hier haben sich nun in den letzten Jahren zwei verschiedene Oppositionshaltungen herausgebildet, der Neokonservatismus einerseits und die neuen sozialen Bewegungen seit 1968 andererseits. Beide Gruppen wollen, mit zum Teil verblüffenden Zielüberschneidungen, sich selbst und der Gesellschaft neue Zukunftschancen eröffnen. Beide Gruppen stehen für eine ansatzweise Radikalisierung des Mittelstandes, durch welche die nach 1945 entwickelten politischen Kräftekonstellationen, z. B. die herkömmlichen Parteien der Mitte, unter Druck geraten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die aktiven Träger gesellschaftlicher Konflikte weiterhin die jungen Leute des Mittelstandes sein werden.

Die neuen sozialen Bewegungen werden sich themenspezifisch kaum weiterentwickeln können. Für die Friedensbewegungen als eines ihrer Elemente bedeutet das, daß sie sich wegen der unübertrefflichen Breite ihres Leitmotivs Frieden nach dem Abklingen der Einheitlichkeit der Bewegung in segmentierten Themen- und Protestbereichen immer wieder in Erinnerung bringen werden und mithin bald zu allem und jedem ihren Protest wirksam zur Kenntnis zu geben versuchen.

Hier muß man allerdings sehr genau auf die Unterschiede zwischen einzelnen westeuropäischen Gesellschaften achten. Denn jene beschriebene „Fehde“ innerhalb des Mittelstandes spielt sich überall ein wenig anders als beim Nachbarn ab. Die Antwort auf die Frage nach der nächsten populistischen Wendung des neuen Mittelstandsradikalismus kann deshalb auch nicht einheitlich ausfallen. Im übrigen sind sich hier nicht nur die Beobachter, sondern auch die Strategen der neuen sozialen Bewegungen und der Friedensbewegungen nicht einig, wie sich an den Auseinandersetzungen etwa in der Bundesrepublik und in den Niederlanden (den beiden interessantesten Beispielen) nach 1983 erkennen läßt. Die einen unter den zuletzt genannten wollen die ‚besseren‘ Sozialisten/Sozialdemokraten werden und die entsprechenden Parteien beerben. Andere halten eine solche Strategie für falsch, weil nicht mehrheitsfähig. Sie wollen deshalb ohne den Umweg über konservative Parteien in das konservative Lager der Bevölkerung einbrechen; über das Thema Umwelt- und Naturschutz und, in der Bundesrepublik, über das Thema Wiedervereinigung bieten sich Wege für eine solche Strategie in der Tat auch an.

Legt man die demoskopischen Untersuchungen zugrunde, dann liegt der größere Bewegungsspielraum für die neuen sozialen Bewegungen und für die Friedensbewegung auf der rechten Seite des politisch-ideologischen Rechts-links-Schemas. Denn in das linke Spektrum sind sie schon tief eingebrochen und stoßen jetzt an Potentialgrenzen. Demgegenüber ist zu betonen, daß die allseits mit geringer Aufmerksamkeit wahrgenommenen national-revolutionären Elemente der neuen sozialen Bewegungen in ihnen strukturell angelegt sind und keine Verirrungen rechter Splittergruppen darstellen. Es ist unwahrscheinlich, daß diese „Rechtsentwicklung“ sich mit den eher sozialistischen und international ausgerichteten Strömungen innerhalb der Bewegungen vereinbaren läßt. Unmöglich ist eine solche Amalgamierung aber nicht. Käme es dazu, geriete das politische System allerdings in eine fatale Zange.

Ernst-Otto Czempel: Der Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/86, S. 3—15

Eine Standortbestimmung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu Beginn des Jahres 1986 muß zunächst deren Struktur benennen. Sie liegt in der von der Sowjetunion seit Mitte der sechziger Jahre erhobenen und durch zunehmende Aufrüstung unterstrichenen Forderung, von den USA als gleichberechtigte Weltmacht anerkannt zu werden. Auf diese Herausforderung haben die einzelnen amerikanischen Administrationen unterschiedliche Antworten gegeben. Präsident Nixon verband Anerkennung der militärischen Parität Moskaus durch Rüstungskontrolle mit einer pragmatischen Handhabung ihrer politischen Parität durch die Linkage-Politik Kissingers. Präsident Carter akzeptierte mit seiner Rüstungskontrollpolitik ebenfalls die militärische Parität der Sowjetunion, verweigerte aber mit einer offensiven Menschenrechtspolitik die politische Parität.

Nach der Kurzbeschreibung dieser beiden Ansätze analysiert der Aufsatz die Politik der Reagan-Administration ausführlich. Sie verweigerte in der ersten Amtszeit 1980—1984 beide Paritäten ausdrücklich, indem sie eine zurückhaltende Rüstungskontrollpolitik mit einer politischen Konfrontation verband, vor allem im deklaratorischen Bereich. Seit 1984 zeichnet sich insofern eine Wende ab, als die Reagan-Administration sich hinsichtlich der politischen Parität der Sowjetunion pragmatisch zu verhalten scheint. Sie schließt eine Kooperation mit Moskau bei Krisen in der Dritten Welt nicht mehr aus und nähert sich offensichtlich wieder der Nixon-Linie. Von ihr unterscheidet sie sich nach wie vor durch die Nichtanerkennung einer militärischen Parität der Sowjetunion. Damit sind die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach Genf gekennzeichnet im Bereich der militärischen Parität durch kontrollierte Aufrüstung und im Bereich der politischen Parität durch einen flexiblen Pragmatismus, der auch die selektive Kooperation nicht ausschließt. Der Aufsatz schließt mit der Frage, ob sich auf dieser Basis ein stabiles Verhältnis zwischen den beiden Supermächten errichten läßt.

Hannes Adomeit: Sowjetisch-amerikanische Beziehungen unter Gorbatschow

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/86, S. 16—27

Der wichtigste Faktor, der zur Wiederaufnahme des sowjetisch-amerikanischen Dialogs geführt hat, war die nahezu vollständige Isolierung der Sowjetunion im Jahre 1984. Aufmerksame Beobachter der internationalen Politik in Moskau mußten erkennen, daß das von der Sowjetführung gezeigte „steinharte Gesicht“ und die von ihr eingenommene Haltung des „beleidigten Riesen“ begonnen hatten, den sowjetischen Spielraum stark einzuengen. Die sterile Verweigerungspolitik mußte aufgegeben werden.

Der Ansatzpunkt hierfür war paradoxerweise die Strategische Verteidigungsinitiative Reagans. Sie verschaffte der Sowjetführung das Argument, es gehe nicht um eine bloße Wiederaufnahme der INF- und START-Verhandlungen, sondern um „völlig neue Gespräche“. Allerdings ist auch richtig, daß SDI von der Sowjetunion als eine große politische, militärische, technologische und wirtschaftliche Herausforderung angesehen werden muß. In der Sicht Moskaus ist das amerikanische Forschungsprogramm voraussichtlich Teil einer von Reagan konsequent verfolgten Politik, den Vereinigten Staaten neue politische und militärische Optionen gegenüber der UdSSR zu verschaffen.

Trotz der bisher gezeigten Ablehnung gibt es eine ganze Reihe von Faktoren, die der sowjetischen Führung nahelegen könnten, eine einvernehmliche Lösung mit den USA anzustreben: Gorbatschow ist sich der Notwendigkeit bewußt, das gesellschaftliche und wirtschaftliche System des Landes grundlegend zu überholen und leistungsfähiger zu machen. Entsprechenden Anstrengungen, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen, stünde jedoch eine Verschärfung der militärstrategischen Konkurrenz mit den USA entgegen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht Gorbatschow allerdings noch nicht unter Zugzwang. Ihm stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, SDI politisch und militärisch zu untergraben. Es wäre deshalb von westlicher Seite verfehlt, zu scharf an dem SDI-Hebel zu drücken. Anstatt in Moskau weiterhin Gewichte in einer für den Westen vorteilhaften Richtung zu verschieben, könnte der Hebel durch forcierte Rüstungsanstrengungen der anderen Seite unwirksam werden.

Daniel Frei: Sowjetische und amerikanische Feindbilder. Die kognitiven Grundlagen der Ost-West-Beziehungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/86, S. 28—37

Der Ost-West-Gegensatz ist auch ein Gegensatz zwischen unterschiedlichen Sehweisen. Jede Seite nimmt die Gegenseite in einer bestimmten Art und Weise wahr und unterstellt ihr bestimmte Absichten. Vielleicht geht es im Ost-West-Konflikt deshalb gar nicht so sehr um die Zahl der Raketen und Gefechtsköpfe, sondern wichtiger als diese sind die Köpfe der Menschen und die in ihnen steckenden „Feindbilder“. Allerdings entspringen derartige „Feindbilder“ nicht einfach Mißverständnissen, die sich durch etwas guten Willen überwinden ließen, wie dies einzelne Vertreter der Friedenspädagogik glauben. Denn grundsätzliche Interessengegensätze scheiden die sowjetische und die amerikanische Führung voneinander, und diese unvereinbaren Interessen wurzeln ihrerseits in unterschiedlichen Wertstrukturen, die letztlich tief im Wesen der jeweiligen Gesellschafts- und Regierungsform verankert sind. Es ist dieser Wertkonflikt, der die auf Feindseligkeit gestimmten Bilder von der Gegenseite erzeugt, und nicht umgekehrt.

Das sowjetische Amerikabild und das amerikanische UdSSR-Bild werden ausführlich dargestellt, auf die ihnen zugrunde liegenden Weltbilder hin untersucht und auch in ihren Folgen für Rüstung und Abrüstung analysiert. Diese Analyse legt den Schluß nahe, daß es sich bei den Gegnerbildern um sehr dauerhafte Überzeugungen handelt. Daher dürften sich die daraus entspringenden Wahrnehmungen nicht ohne weiteres verändern lassen. Das Beste, was man erhoffen kann, ist ein Mehr an gegenseitiger Empathie, d. h. an der Fähigkeit, die Welt und sich selbst auch aus der Sicht des Gegners zu verstehen. Verständigung setzt Verständnis voraus. Das Genfer Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow leistete einen Beitrag dazu. Offenbar kamen die beiden Führer mit der ausdrücklichen Absicht nach Genf, der Gegenseite ihre Sicht der Dinge darzulegen — nicht mehr, aber auch nicht weniger. Keine Seite machte sich Illusionen über die Veränderbarkeit der gegnerischen Ansichten. Aber immerhin schafft das bessere Verständnis der gegnerischen Positionen ein gewisses Element der Stabilisierung und damit vielleicht auch eine Grundlage für einen *modus vivendi*.

Wilfried v. Bredow / Rudolf H. Brocke: Ost-West-Konflikt, Krisenbewußtsein und Protestbewegung in Westeuropa

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/86, S. 38—46

Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Verlaufsform des Ost-West-Konflikts, Veränderungen im öffentlichen Krisenbewußtsein und dem Auftreten sicherheitspolitischen Protests in Westeuropa? Deutet das rapide Anwachsen einer allgemeinen Furcht vor einem neuen Weltkrieg, das man zwischen 1977 und 1983 beobachten konnte, auf eine tiefreichende Verschiebung des Meinungsklimas und der kollektiven politischen Wahrnehmung hin? Oder soll man das ebenso rapide Abklingen dieser Kriegsfurcht nach 1983 und die raschen Schrumpfungsprozesse des in sozialen Bewegungen locker institutionalisierten sicherheitspolitischen Protests dahingehend deuten, daß im ständigen Auf und Ab von Themenkonjunkturen auch die Sicherheitspolitik einfach einmal an die Reihe gekommen und jetzt wieder in den Hintergrund öffentlichen Interesses getreten ist?

Eine nähere Untersuchung von Protestzyklen nach 1945 zeigt zweierlei: Erstens ist, weitgehend unabhängig von den einzelnen Gegenständen des Protests in sozialen Bewegungen, das gesellschaftliche Protestpotential langsam gewachsen. Zweitens bezieht sich sozialer und politischer Protest in westlichen Ländern durchgängig auf die dominante Ordnungs- und Konfliktstruktur des internationalen Systems, den Ost-West-Konflikt. Dieser Bezug steht in der Regel unter einem negativen Vorzeichen — es geht bei jenem Protest also häufig um Zielvorstellungen und Utopien jenseits des Ost-West-Konflikts. Im Meinungsklima Westeuropas zu Beginn der achtziger Jahre müssen gewachsene Kriegsangst und angestiegene Dringlichkeit des Friedenswunsches im Zusammenhang mit einer allgemein eher pessimistischen Zukunftsperspektive gesehen werden. Sie sind durchgängig ökonomischen Sicherheitsbedürfnissen nachgeordnet.

Unter themenspezifischem Gesichtspunkt wird man prognostizieren können, daß ein erneuter Aufschwung sicherheitspolitischen Protests in Westeuropa unangesehen der Fortdauer sicherheitspolitischer Probleme im westlichen Bündnis kaum zu gewärtigen ist. Demgegenüber ist unter soziologischem Gesichtspunkt auf das weiter angewachsene Protestpotential insbesondere unter den jungen Leuten des neuen Mittelstandes hinzuweisen. Hier haben sich neben eher links orientierten Oppositionshaltungen auch solche herausgebildet, die sich eher nach rechts orientieren. Ansatzweise sind Themenüberschneidungen beider Oppositionshaltungen erkennbar. Je nach den politischen Traditionen und Kulturen der einzelnen westeuropäischen Gesellschaften werden sich diese Oppositionshaltungen in Zukunft stärker oder schwächer, insgesamt aber nachdrücklicher artikulieren.